

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 174 Juli/August 2014 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 174 Juli/August 2014

Nur im Internet | www.kurdistanreport.de:



Die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution in Rojava/Nordsyrien hat die Bevölkerung in die eigenen Hände genommen.



Die Bevölkerung in Nordkurdistan protestiert gegen den Ausbau von Militäranlagen der türkischen Armee. Wieder sind zwei Personen von »Sicherheitskräften« getötet worden.



Halim Dener, gefoltert.geflüchtet.verboten.erschossen. Vor 20 Jahren erschoss ein SEKler Halim Dener. Etwa1500 Menschen folgten dem Aufruf der Kampagne und kamen zur Demonstration nach Hannover.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir müssen die aktuelle Ausgabe mit dem unerfreulichen Erstarken der islamistischen Organisation ISIS im Nahen und Mittleren Osten einleiten. Nachdem sie, unterstützt von arabischen Golfstaaten und der Türkei, in Syrien vor allem im Krieg gegen Rojava/Nordsyrien auffiel, hat sie nun im Irak gleich in mehreren Städten, darunter auch in Mûsil (Mossul), die Kontrolle an sich gerissen. Über die internationalen Reaktionen berichten die Medien zur Genüge. Doch was bedeutet diese Entwicklung aus Sicht der kurdischen Freiheitsbewegung?

Schon am 26. März 2003 gelangte über seine AnwältInnen die Botschaft Abdullah Öcalans an die Öffentlichkeit: »Die rückständigen Diktaturen des Mittleren Ostens werden sich auflösen. [...] Das imperialistische kapitalistische System und der Mittleren Osten stehen in einem tiefen Widerspruch zueinander. Entweder werden die neuen Männer der USA an die Macht kommen oder der demokratische Frühling der Völker wird sich entwickeln. [...] Wir durchleben eine Übergangsphase.« Die krisenbehaftete Übergangsphase, von der er vor mehr als elf Jahren sprach, hält weiter an und ISIS ist deren Produkt. In Syrien wurde diese Organisation vom Westen gefördert oder zumindest geduldet. Das rächt sich nun, denn ihr Machtzuwachs im Irak läuft westlichen Interessen scheinbar zuwider.

Der kurdischen Freiheitsbewegung kommt jetzt die Aufgabe zu, den Widerstand für den demokratischen Frühling der Völker in der Region voranzutreiben. Der Schutz der Revolution von Rojava, auch gegen ISIS, ist ein gelungenes Beispiel für die Organisierung kollektiven Widerstands. Dem muss nun auch im Irak und in Südkurdistan gefolgt werden. Der denkbar schlechteste Weg wäre nämlich, wieder auf Westunterstützung, allen voran der USA, im Kampf gegen die IslamistInnen zu setzen. Denn wer hat den Irak in die Krise gestürzt und so den perfekten Nährboden für radikalislamistische Gruppen hinterlassen? Wer hat ISIS im Kampf gegen das Baath-Regime in Syrien überhaupt erst großgemacht? Die Schuld des Westens ist unübersehbar. Und nun sollen die in erster Linie für das Chaos in der Region Verantwortlichen die Sache wieder geradebiegen? Eines ist sicher, eine demokratische und freiheitliche Perspektive kann nur aus dem demokratischen Widerstand vor Ort keimen und nicht durch Intervention von außen.

Der Kampf für den demokratischen Frühling ist nicht einfach, das zeigen auch die Entwicklungen in Nordkurdistan. Dort hat der Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau neuer Militärstützpunkte wieder Todesopfer gefordert. Doch die Aggressivität des türkischen Staates steht in keinem Widerspruch zu den anhaltenden Gesprächen auf Imralı, wie manche meinen. Es ist vielmehr der Beweis dafür, dass die kurdische Freiheitsbewegung diesen Prozess gut führt und den Staat in Bedrängnis bringt. Deshalb heißt es auch weiterhin: nicht auf Schritte von staatlicher Seite warten, sondern eigenständig den demokratischen Frühling der Völker organisieren!

Mit dem Wunsch nach einer lohnenden Lektüre,

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Einheit in der Vielfalt für den Mittleren Osten

Nilüfer Koç, Kovorsitzende des Nationalkongresses Kurdistans (KNK)

Es vergeht kein Tag, an dem nicht die uralten Konflikte im Mittleren Osten aufbrechen. Wie zuletzt am Beispiel der Übernahme der mehrheitlich von sunnitischen Arabern bewohnten 1,8-Millionen-Stadt Mûsil (Mossul) durch ISIS (Islamischer Staat im Irak und der Levante). Mûsil ist die zweitgrößte Stadt Iraks nach Bagdad. Bei den jüngsten militärischen Invasionskämpfen geht es um den 1400-jährigen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. ISIS ist eine radikalsunnitische Gruppe, die im Irak gegründet wurde und für die Herrschaft der Sunniten kämpft.

Nach dem Sturz Saddam Husseins 2003 wurde im Irak eine politische Konstellation aus Schiiten, Sunniten und Kurden gezimmert. Während die Kurden ihre Region immer mehr ausbauten und entwickelten, haben die Schiiten mit der Zeit, vor allem seitdem Nuri al-Maliki an der Macht ist, ihren Einfluss über die Sunniten ausgedehnt. Dabei waren sie selbst lange Zeit Opfer der Brutalität des sunnitischen Baath-Regimes von Saddam gewesen. Das Unbehagen unter den Sunniten, die die Bevölkerungsmehrheit im Irak stellen, wuchs, was sunnitisch-islamistischen Gruppen wie ISIS Tür und Tor öffnete.

Allein aus der Fluchtroute des ehemaligen irakischen Vizepräsidenten Tariq al-Hashimi, eines zugleich sunnitischen Politikers, wird ersichtlich, welche Kräfte sich im sunnitischen Lager – gegenüber dem schiitischen – verorten. Nach dem Haftbefehl Nuri al-Malikis gegen ihn Ende 2011 ging Al-Hashimi erst nach Hewlêr (Arbil), anschließend Qatar, Saudi-Arabien und dann in die Türkei. Dort hält er sich seit 2012 auf und ist immer noch gegen die Al-Maliki-Regierung aktiv.

Preis für den Dialog mit dem Iran

Nuri al-Maliki hat sich, anstatt die ethnische und religiöse Vielfalt im Irak zu berücksichtigen, darauf konzentriert, die schiitische Autorität zusammen mit dem Iran auszuweiten. Seine und des Iran Solidarität mit Bashar al-Assad in Syrien beruht auf der alawitischen *[gilt eher dem Schiismus nahe]* Identität des syrischen Regimes. Auch gegen diese Zusammenarbeit wuchs das Unbehagen der sunnitischen Araber. Eine Stärkung seiner schiitischen Linie sah Al-Maliki auch durch die US-Politik. Er seinerseits hat für die Bestrebungen der USA, den Iran im Rahmen eines Dialogs unter Kontrolle zu halten, als Vermittler gut gearbeitet; nach seinem Washington-Besuch im November 2013 erhielt er Militär- und Finanzhilfe. Der Versuch der USA, den Einfluss des Iran in Irak und Syrien auszubalancieren, korrespondiert direkt mit seiner Interessenspolitik. Den USA geht es ohnehin nicht darum, die uralten Probleme der Region wie zum Beispiel den sunnitisch-schiitischen Konflikt zu lösen, sondern vielmehr darum, ihre Hegemonie über die Konflikte zu etablieren. Aufgrund der Besorgnis, den Iran nicht am Zügel halten zu können, wurde daher bei der expandierenden Macht der Schiiten ein Auge zugedrückt. Die Folge ist die Explosion eines Konfessionskrieges wie jetzt in Mûsil und Umgebung.

Der Iran seinerseits hat seine Autorität nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien immens verstärkt und damit um die schiitisch-alawitische Front erweitert. Er ist nach eigenen Angaben sowohl im Irak als auch in Syrien präsent.

Aus diesem Grund trifft die Behauptung nicht zu, der sunnitische islamistische ISIS hätte Mûsil *[allein]* im Kampf gewonnen. Er war seit langem in der Gegend organisiert. Die Wut der sunnitischen Araber auf die schiitische Macht in Bagdad und ihre Unzufriedenheit bildeten den Nährboden für ISIS. Was diesen zudem zu einer Adresse der sunnitischen Araber macht, ist der Fakt, dass er zahlreichen ehemaligen Offizieren und Armeeangehörigen Saddams ein Heim bietet.

Auch die Türkei polarisiert

Ein weiterer Staat, neben Saudi-Arabien und Qatar, der die eigenen staatlichen Herrschaftsinteressen über den sunnitischen Islam definiert, ist die Türkei. Seit der Syrien-Krise steckt auch sie in einer Situation der Angst und Panik. Um zu

verhindern, dass die Kurden in der Umwälzungsphase in Syrien ihre Autonomie erklären, hat sie nicht nur die Al-Nusra-Front, den syrischen Al-Qaida-Flügel, sondern auch ISIS aktiv unterstützt. Ihre etwa 900 km lange Grenze zu Syrien hat sie des Öfteren für die Bandenmitglieder von Al-Nusra und ISIS offengehalten. Auch wurden sie von Ankara logistisch und militärisch unterstützt. Die Türkei hat ihren traditionellen Kampf gegen die Kurden in der Türkei nach Rojava (kurd.: »Westen«; Westkurdistan/Nordsyrien) verlagert. Mit der Besonderheit, dass sie hier über ISIS die Demokratische Autonomie in Rojava bekämpft. Etliche Dokumente belegen, dass türkische Offiziere in die Ausbildung der ISIS-Banden verwickelt sind. Auf Druck der USA hat die Türkei vor kurzem ISIS als terroristische Organisation geächtet. Die Antwort von ISIS war die Belagerung des türkischen Generalkonsulats in Mûsil sowie die Entführung seines Personals.

Weiterhin versuchte die Türkei, um dem schiitischen Einfluss im Irak entgegenzuwirken, die südkurdische Demokratische Partei Kurdistans (PDK) mit in ihren Bann zu ziehen, und zwar über den Erdölhandel, und vertiefte somit den ohnehin bestehenden Konflikt zwischen Al-Maliki und PDK. Immer wieder kam es vor, dass Al-Maliki die Autonomie Südkurdistans nicht respektierte, sondern seine Macht auch hier sprechen zu lassen versuchte. Die türkische Regierung der Partei für Aufschwung und Gerechtigkeit (AKP) nutzte das aus und goss mit der Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Kurdischen Regionalregierung (KRG) Benzin ins Feuer zwischen Hewlêr und Bagdad.

Die Politik der PDK mit der AKP-Regierung hat nun Kurdistan, wie in Mûsil ersichtlich, in große Gefahr gebracht, denn die Achse der ISIS-Expansion betrifft Ortschaften, die die Grenzen zur KRG in Südkurdistan, aber auch zu Rojava bilden. Hier sind viele Orte arabisch-sunnitisch bewohnt. Hierbei bleibt anzumerken, dass ISIS nicht nur als eine terroristische Organisation im klassischen Sinne zu begreifen ist. Sie ist eine radikal-salafistische Organisation, errichtet eine Gesellschaftsordnung gemäß der Ideologie des Salafismus. Es geht ihr mit der brutalen Gewalt um den Aufbau eines sunnitisch-islamischen Staates in Irak und Syrien *[und auch darüber hinaus]*, wie schon ihrem Namen zu entnehmen ist. Sie verhält sich besonders brutal gegenüber Kurden, Alawiten, Schiiten und Ezidi-Kurden.

Jeder ISIS-Erfolg birgt für die Kurden Lebensgefahr, wie zu Zeiten Saddam Husseins.

Kurdischer Weg als Ausweg

In der Stunde der Gefahr ist die enge Zusammenarbeit der kurdischen politischen Kräfte von lebenswichtiger Bedeutung. Die sofortige Reaktion der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) als auch der Volksverteidigungseinheiten (YPG) auf die ISIS-Invasion, sie würden die KRG vor der Gefahr verteidigen, war ein weiteres Signal im Hinblick auf Einheit unter den Kurden. Es geht jetzt um die Verteidigung der kurdischen Errungenschaften in der KRG und in Rojava. Denn über ISIS bezwecken regionale Kräfte die Schwächung der KRG und die Zerstörung der Demokratischen Autonomie in Rojava.

Bekanntlich waren die Kurden in Rojava in den letzten beiden Jahren in ihrem Kampf gegen Al-Nusra und ISIS erfolgreich. Zuletzt wurde die breit angelegte Umzingelung des dritten Kantons Kobanê (Ain al-Arab) gesprengt. Auch hier hatte die Türkei ISIS unterstützt. Zudem hatte das Assad-Regime zugesehen, wie sich ISIS-Gruppen aus den unter seiner Kontrolle stehenden Gebieten nach Kobanê bewegten.



Proteste der Bevölkerung in Nordkurdistan gegen die Erschießung von Flüchtlingen durch türkische Soldaten an der Grenze zu Rojava. Foto: DIHA

Der Erfolg gegenüber ISIS und Al-Nusra in Rojava ist nicht nur militärisch zu begreifen. Denn auch in Rojava leben viele sunnitische Araber. Daneben Assyrer, Armenier, Alawiten und Ezidi-Kurden. Der Erfolg in Rojava liegt in der Tatsache begründet, dass eine Politik der »Einheit in der Vielfalt« praktiziert worden ist. Das heißt, im Gegensatz zur Politik der Dominanz einer Komponente wurden hier alle Komponenten, d. h. Kurden, Araber, Armenier, Assyrer als auch Ezidi-Kurden, gleichberechtigt in die Strukturen der Demokratischen Autonomie aufgenommen. Damit jede dieser Komponenten aktiv an den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Entscheidungen teilhat, wurde ihnen mit der Organisierung in Kantonen direkter Zugang ermöglicht. Die Kantonsstrukturen ermöglichen allen, bis in die kleinsten Dörfer hinein, das Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen. Denn mit der Arabisierungspolitik des Baath-Regimes in Syrien waren arabisch besiedelte Dörfer zur Kontrolle der kurdischen Bevölkerung eingerichtet worden (der sogenannte Arabische Gürtel entlang der Grenze zur Türkei und zum Irak). Das heißt, in demografischer Hinsicht ist jedes kurdische Dorf umgeben von sunnitischen arabischen Dörfern. Die sunnitischen Araber in Rojava sind in den Entscheidungsgremien vertreten, ferner haben sie die Möglichkeit, sich autonom zu organisieren, was sie davon abhält, Kräfte wie ISIS zu unterstützen. Das heißt, im Gegensatz zum Irak haben sie die Sicherheit der eigenständigen Entfaltung. Sie sind wie alle anderen Komponenten auch gleichberechtigt mit den Kurden, obwohl diese zahlenmäßig die absolute Mehrheit in Rojava stellen. Die Demokratie in Rojava ist nicht darauf fokussiert, die Quantität zu suchen, sondern die Qualität politischer Organisationsstrukturen, die alle Komponenten umfassen. Es geht hier um die ideologische Ausrichtung der Einheit in der Vielfalt, die zugleich das Fundament der Demokratischen Autonomie bildet. Die kantonale Selbstverwaltungsstruktur gewährleistet selbst für die kleinsten Ortschaften den direkten Zugang zu den Entscheidungsgremien.

Ein anderer wesentlicher Grund für die Entfaltung der Demokratischen Autonomie in Rojava war die Strategie des dritten Weges. Das bedeutet, im Gegensatz zur PDK in Irakisch-Kurdistan haben die Kurden in Rojava keine Partei für irgendeine Front im syrischen Krieg ergriffen. Obwohl sie dazu gezwungen werden sollten. Partei für eine dieser Fronten zu ergreifen hätte bedeutet, mitspielen zu wollen im Machtkampf der militärisch und finanziell überlegenen Kräfte und folglich permanent unter dem Druck der Kräfteverhältnisse zu stehen. Das wäre problematisch, da sich die Kräfteverhältnisse in einer multipolaren Politik häufig ändern. Außerdem haben die Kurden Erfahrung damit, denn sie haben im 20. Jahrhundert des Öfteren Partei für die einen oder die anderen ergriffen. Am Ende bezahlten sie einen hohen Preis und erzielten nicht, was sie erhofft hatten. Anders hätte es auch gar nicht ausgehen können, da die Machthaber die Kurden stets als Instrument ihrer Politik sahen und die kurdische Karte entsprechend ih-



... Ein anderer wesentlicher Grund für die Entfaltung der Demokratischen Autonomie in Rojava war die Strategie des dritten Weges. Das bedeutet, im Gegensatz zur PDK in Irakisch-Kurdistan haben die Kurden in Rojava keine Partei für irgendeine Front im syrischen Krieg ergriffen. Obwohl sie dazu gezwungen werden sollten. Partei für eine dieser Fronten zu ergreifen hätte bedeutet, mitspielen zu wollen im Machtkampf der militärisch und finanziell überlegenen Kräfte und folglich permanent unter dem Druck der Kräfteverhältnisse zu stehen. ... Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

ren Interessen ausspielten, was für die Kurden oft ein Blutbad bedeutete. An dieser Stelle ist ein Hinweis auf die Sykes-Picot-Logik, auf die unter britischem Einfluss durchgeführte Konferenz von Kairo 1921 angebracht. Für die Kurden war dort vorgesehen, dass ihr Kampf für Selbstbestimmung den größeren, übergeordneten Interessen dienen sollte. Im Klartext bedeutet das, dass sie als Passivfaktor eingesetzt wurden.

Das aus der Geschichte gezogene Fazit war die Strategie des dritten Weges, die mit Beginn des Syrien-Konflikts angewandt wurde. Das heißt, weder für diese noch jene politische Front Partei zu ergreifen. Stattdessen selbst zu einer Partei zu werden. In Rojava wurde das erfolgreich realisiert. Nun sind die Kurden dort eine eigenständige Kraft. Hier hat die Transformation vom Passivfaktor zum Akteur stattgefunden. Die Kurden sind ohnehin fester Bestandteil des Mittleren Ostens. Ohne die Lösung der kurdischen Frage kann heute keine Rede sein von politischer Stabilität in der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien als den Schlüsselländern der Region. Für die regionalen und globalen Kräfte bedeutet es, die Kurden nunmehr aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.

Im Machtkampf der politischen Polarität wird die Haltung der Kurden entscheidend sein. Gerade im erbitterten Konflikt um den Irak herum wird es an ihnen hängen, wie es weitergeht.

Akut ist erstens, die KRG und Rojava zu verteidigen. Zeitgleich sind Präventivmaßnahmen gegen die Gefahr für Rojava zu ergreifen. Dabei wird eine Einheitspolitik vonnöten sein. Die Verteidigung Rojavas bedeutet nicht nur Schutz für das Leben der Menschen dort, sondern auch die Verteidigung eines neuen Gesellschafts-Modells für die Region. Die oben genannte Lösung in Rojava kann ein Lösungsmodell für die gesamte Region sein.

Für die Fortsetzung des einseitigen andauernden Lösungsprozesses in der Türkei werden die Entwicklungen in Irak und Syrien ebenso von Bedeutung sein. Die AKP steht erneut vor einer Entscheidung. Für Ministerpräsident Erdoğan wird es wichtig sein, den gegenwärtigen Konflikt im Irak zu meistern. Nicht nur aus Sicherheitsgründen für die Türkei, sondern auch im Hinblick auf die bevorstehende Präsidentschaftswahl im August. Er braucht die Stimmen der Kurden. In diesem Wissen beharrt Abdullah Öcalan auf dem Fortbestehen des politischen Lösungsprozesses. Sein Beharren beruht auf seinem Bewusstsein darüber, den politischen Zwiespalt in der Türkei in eine demokratische Lösung zu transformieren. Nicht nur in Rojava, sondern auch in Bakûr (kurd.: »Norden«; Nordkurdistan/Osttürkei) wird die Politik der Kurden für den Werdegang des Landes bestimmend sein.

Zuletzt ist auch die Kurdenpolitik des Iran einen Blick wert. Selbst wenn der sich als starke Kraft in Syrien und Irak behauptet, so wird er bei seinen Maßnahmen im dortigen Kurdistan Vorsicht walten lassen müssen, da sich seine Pro- oder Kontra-Haltung gegenüber kurdischen Angelegenheiten sofort auf das eigene Territorium auswirkt. Die Goodwill-Politik der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK), den nunmehr dreijährigen Waffenstillstand mit Teheran aufrechtzuhalten, ist für den Iran gegenwärtig wichtig. Denn im Falle iranischer Interventionen (über das Assad-Regime) in Rojava können die Kurden in Rojhilat (kurd.: »Osten«; Ostkurdistan/Iran) ihre politische Position schnell ändern. Auch im Irak wird die Destabilisierung der KRG schwierig werden, da Südkurdistan keine bloße Parteienangelegenheit ist, sondern als eine gesamtnationale Errungenschaft verstanden wird.

So gesehen kann im Klartext gesagt werden, dass die politischen Chancen für die Kurden nicht schlecht stehen. Alle politischen Parteien in Kurdistan stehen gegenwärtig in der historischen Verantwortung. Es geht über Parteiinteressen hinaus. Es geht um die Verteidigung des Freiheitswillens des kurdischen Volkes wie auch aller Völker, die mit den Kurden Land und Leben teilen.

So gesehen kann im Klartext gesagt werden, dass die politischen Chancen für die Kurden nicht schlecht stehen. Alle politischen Parteien in Kurdistan stehen gegenwärtig in der historischen Verantwortung. Es geht über Parteiinteressen hinaus. Es geht um die Verteidigung des Freiheitswillens des kurdischen Volkes wie auch aller Völker, die mit den Kurden Land und Leben teilen. Was gestärkt werden müsste, wäre eine Politik für eine nationale Einheit. Öcalan hatte daher auf eine kurdische nationale Konferenz in Hewlêr gepocht, da er sich der künftigen entscheidenden Bedeutung kurdischer Politik bewusst war. Um den Status quo der KRG aufzuwerten, bat er den KRG-Präsidenten Massud Barzanî, diese historische Verantwortung auf sich zu nehmen und die Konferenz einzuberufen. Diese Zusammenkunft hätte die KRG gestärkt, in ihrer Einheit zudem der Türkei, Iran, Syrien und Irak eine klare kurdische Perspektive vermittelt. Nun aber besteht erneut die politische Notwendigkeit einer solchen kurdischen Nationalkonferenz. Daran muss jetzt gearbeitet werden. ♦

Der zweite Parteikongress der Demokratischen Partei der Völker

Wir werden die Demokratische Autonomie in Kurdistan aufbauen und die Türkei demokratisieren ...

Mako Qocgiri

Die Türkei durchlebt derzeit eine höchst brisante Zeit. Einerseits halten im Inland die Proteste gegen die geplanten Militärstützpunkte in Nordkurdistan weiter an. Andererseits finden in den südlichen Nachbarstaaten, sprich im Irak und in Syrien, bedeutende Entwicklungen statt, die ohne Frage große Rückwirkungen auf die Politik in der Türkei haben werden. In genau diese wichtige Phase fiel der zweite Parteikongress der Demokratischen Partei der Völker, kurz HDP. Am 22. Juni kamen in Ankara mehr als tausend Delegierte der Partei und Gäste zusammen, um Rolle und Verantwortung der HDP für die naheliegende Zukunft zu diskutieren.

»Heute sind hier alle in der Türkei verleugneten und unterdrückten Gruppen zusammengekommen und sie rufen laut: ›Wir sind hier und wir erheben uns!‹« Aus diesen Worten der Begrüßungsrede der HDP-Abgeordneten Selma Irmak ging die Perspektive des Parteikongresses hervor. Die HDP hatte sich bereits mit ihrer Gründung zum Ziel gesetzt, alle durch das herrschende System der Türkei Ausgeschlossenen zu vereinen und gemeinsam mit ihnen die Demokratisierung der Türkei voranzubringen. »Wir haben noch einen langen Weg dahin, aber wir haben auch bereits wichtige Hürden genommen und werden gemeinsam zum Erfolg gelangen«, so Irmak weiter.

Die Botschaft Abdullah Öcalans auf dem HDP-Kongress

Verehrte GenossInnen,

unsere Bewegung entstand aus den revolutionären Bewegungen der 70er Jahre heraus und hat zu keiner Zeit andere Gedanken verfolgt als die revolutionären demokratischen und sozialistischen Bewegungen. Wir haben uns stets als einen Teil dieser Bewegungen betrachtet und zu jeder Zeit Wert darauf gelegt, gemeinsam als Teil eines Ganzen mit ihnen zu agieren. Wir tätigten Aufrufe, gingen Schritte. Aus bekannten oder weniger bekannten Gründen haben wir uns aber auch mal gespalten. Der Faschismus in der Türkei tauchte den Westen des Landes ins Dunkel, im Osten ließen wir nicht zu, dass sich durch den Faschismus tödliche Stille breitmacht. Doch wir haben auch stets die Werktätigen und die VertreterInnen der kulturellen Werte der gesamten Region als unsere wichtigsten FreundInnen und GenossInnen betrachtet. Dadurch haben wir die Basis geschaffen für einen wirklichen Internationalismus, seinen Weg eröffnet, auf dem wir nun voranschreiten. Wir wollen uns nun mit unseren wichtigsten Freundinnen und Freunden von Neuem treffen und mit ihnen agieren.

Bei der Gründung des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) und der Demokratischen Partei der Völker (HDP) scheuten wir keine Mühe. Trotz aller Hindernisse des hegemonialen Systems traten wir keinen Schritt zurück. Die hegemonialen, oligarchischen Kräfte hielten uns stets die »Unteilbarkeit des Landes, des Volkes und des Staates« vor, doch waren sie es stets, die die Gesellschaft gespalten und gegeneinander aufgebracht haben. Sie förderten sogar den kurdischen Nationalismus und wurden zum Architekten eines kleinen kurdischen Staates. Ihre Spielchen kennen kein Ende, doch ihre Masken sind gefallen.

Wir als kurdische Freiheitsbewegung setzen diesen Spaltungsversuchen mit aller Kraft die Bemühungen um ein Miteinander der Völker entgegen.

Verehrte GenossInnen, wir unternahmen in jüngster Vergangenheit nun einen weiteren Schritt für die Rechte und Freiheiten aller Völker, für die demokratische Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft. Um die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) von der ihr aufgebürdeten eingeengten regionalen Politik und von den Vorwürfen, natio-

In der zweiten Eröffnungsrede des Kongresses erklärte Prof. Gencay Gürsoy, welche Dynamik aus der HDP hervorgehen könne: »Wir haben auf der einen Seite die organisierte politische Erfahrung der kurdischen Freiheitsbewegung hinter uns. Sie hat seit dem letztjährigen Newroz-Fest den Raum für ein ziviles politisches Leben aufgemacht. Und auf der anderen Seite sprengen wir derzeit die eng geschnürten Grenzen der Linken hierzulande. Mit dem Geist des Gezi-Widerstands gelingt es uns, alle unterdrückten und ausgeschlossenen Identitäten der Türkei, allen voran die AlevitInnen, auf unserem Weg mitzunehmen.«

Dass der Freiheitskampf in Kurdistan und der Kampf um Demokratie in der Türkei sich gegenseitig bedingen, war eine weitere wichtige Botschaft des Parteikongresses. »Wir haben ein Versprechen an Euch: Wir werden die Demokratische Autonomie in Kurdistan aufbauen und die Türkei demokratisieren«, so die HDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel in ihrer Rede. Der vom PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan 2013 initiierte Prozess und die Gespräche zwischen ihm und dem türkischen Staat seien ein wichtiger Eckpfeiler zum Erreichen dieses Zieles, erklärte Tuncel und fuhr fort: »Wenn von Seiten der türkischen Regierung anstatt auf das Voranbringen des Prozesses auf den Bau neuer Militärstützpunkte gesetzt wird, so wird auch der Widerstand dagegen weitergehen. Wir grüßen all diejenigen, die in den Meskan-Bergen den Widerstand fortsetzen. Wir gedenken nochmals der Opfer des Widerstands in Pîran (Lice).« Sie erklärte, die HDP sei die Heimat verschiedenster sozialer Kämpfe in der Türkei. Die Forderungen der Ökologiebewegung und ihr Kampf gegen Wasserkraftwerke (HES) seien ebenso Teil des Kampfes der HDP wie es der Frauenfreiheitskampf sei. »Das ist erst der Anfang. Die bisher geführten Kämpfe auf diesen Ebenen werden die Grundlage unseres Kampfes bilden«, so Tuncel weiter.

Die Bedeutung der Verknüpfung der Kämpfe und Fortschritte auf diesem Weg hob auch der bisherige HDP-Vorsitzende Ertuğrul Kürkçü hervor: »Wenn heute zehntausende Kurdinnen und Kurden wegen des Massakers an den Bergarbeitern von Soma auf die Straße gehen, so ist das nichts, was sich von allein entwickelt hat. Das ist die Leistung der bewussten Anstrengungen all derjenigen, die sich gegen ihre Ausgrenzung wenden. Das ist die Leistung der Bevölkerung von Kurdistan und meines verehrten Genossen Öcalan.« Die Rolle des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan unterstrich Kürkçü nochmals mit den Worten: »Welcher politischen Leitfigur ist es denn außer ihm noch gelungen, den gemeinsamen Widerstand aller Völker der Türkei auf diese Art zu organisieren? Öcalan und seine WeggefährtInnen haben die revolutionäre Bewegung der Türkei stets als Anstoß für ihre Bewegung in ihrem Herzen getragen.« Zum ersten Mal eröffne sich mit der HDP der Weg zur Befreiung aller unterdrückten Identitäten in der Türkei.

nalistisch zu agieren, zu befreien, haben wir der HDP im türkischen Parlament die Möglichkeit geschaffen, eine Fraktion zu bilden und damit zu einer praktisch-politischen Einheit der demokratischen sozialistischen Kräfte im Land zu werden. Wir können mit diesem Schritt eine ähnlich wichtige Etappe nehmen, wie sie die ArbeiterInnenpartei der Türkei (TIP) 1965 nahm, denn dieser Schritt wird einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der ArbeiterInnenbewegung leisten.

Während keine Naht des bisherigen türkischen Staates mehr hält, während der institutionelle Faschismus und der Nationalstaat in diesem Land dazu verurteilt sind, überwunden zu werden, kann die HDP mit dem Paradigma der »demokratischen Nation, demokratischen Republik und gemeinsamen Heimat« die monistische Sichtweise überwinden und damit eine historische Funktion einnehmen.

Verehrte GenossInnen,

die Neuorganisierung des HDK und der HDP wird keine der in ihnen agierenden Gruppen, Bewegungen und Parteien ideologisch oder organisatorisch schwächen, sondern zu ihrer Stärkung beitragen. So entsteht nämlich nicht nur eine ernstzunehmende Einheit der demokratischen und sozialistischen Bewegungen im Land. Dieser Weg ermöglicht auch, dass jede Gruppe, Bewegung und Partei mit ihrer Identität Teil dieses Ganzen sein wird. Die HDP wird durch eine gemeinsame praktische Politik inner- und außerhalb des Parlaments bedeutende Synergien freisetzen. Während in der Vergangenheit durch Komplotte und Vernichtung seit den 1960ern, eigentlich gar seit den 1920ern, die Einheit der demokratisch-sozialistischen Kräfte unterbunden wurde, ist heute die Chance zum Erreichen dieses Ziels größer denn je.

Der »demokratische Dialog- und Verhandlungsprozess« ist ein wichtiger Teil dieser Entwicklung. Dieser Prozess ist ein historisches Novum. Wir müssen ihn deshalb richtig bewerten und weiterentwickeln. Wenn die Türkei in Richtung Sozialismus und einer offenen Demokratie voranschreiten soll, so hängt das auch mit dem Fortgang dieses Prozesses zusammen.

Ich bin der Überzeugung, dass Ihr, meine Vorschläge einbeziehend, auf theoretischer und praktischer Ebene tiefgehend über diese Themen diskutieren und sie bereichern werdet. Von Eurem Erfolg überzeugt, verabschiede ich mich mit herzlichen Grüßen an Euch alle.



Der zweite Kongress der HDP in Ankara. Foto: DIHA

Ertuğrul Kürkçü wurde auf dem Parteikongress zum Ehrenvorsitzenden der HDP erklärt. Als neue Kovorsitzende wurden der bisherige BDP-Kovorsitzende Selahattin Demirtaş und die bisherige Vorsitzende der ESP (Sozialistische Partei der Unterdrückten) Figen Yüksekdağ gewählt. Sowohl die ESP als auch die BDP bestehen als eigenständige Parteien fort, sind aber zugleich neben einer Vielzahl von Organisationen Teil der HDP. Außer den beiden Vorsitzenden wurde auch ein hundertköpfiger Parteirat gewählt.

An dem Kongress nahmen neben VertreterInnen verschiedener politischer Parteien auch zahlreiche VertreterInnen von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft teil. Aus der Autonomen Region Kurdistan (Südkurdistan/Nordirak) und der demokratisch-autonomen Verwaltung Rojavas (Westkurdistan/Nordsyrien) reisten Gäste an. Auch die Familienangehörigen der 34 in Roboskî Ermordeten sowie des in Adana ermordeten Ibrahim Aras und des bei den Gezi-Protesten ermordeten Ethem Sarısülük nahmen am Kongress teil.

»Verhandlungen werden mit dem Staat geführt, der Frieden wird mit der Bevölkerung geschlossen«

Die neugewählte HDP-Kovorsitzende Figen Yüksekdağ äußerte sich nach dem Parteikongress in einem Interview mit dem Nachrichtensender Al Jazeera zum Projekt der HDP, zu den Gesprächen zwischen dem Staat und Öcalan und zum letzten Stand in der kurdischen Frage. Wir geben eine leicht gekürzte Fassung des Interviews mit Al Jazeera vom 23.06.2014 wieder.

Die Perspektive der HDP erläuterte Yüksekdağ mit den Worten: »Es gab das Bedürfnis, den Freiheitskampf des kurdischen Volkes mit dem der Gesellschaft westlich des Euphrats zusammenzubringen. Auch aus der Sicht der sozialistischen Bewegungen in der Türkei haben wir uns in den letzten 40 bis 50 Jahren oftmals schleichend von den Ereignissen und der Bewegung im Osten des Landes entfernt und distanziert. Es ist nicht nur ein Bedürfnis der kurdischen Politik, dass diese Distanz aufgehoben wird, auch die im Westen der Türkei politisch Tätigen sind auf die Energie dieses politischen Kampfes angewiesen.«

Yüksekdağ zufolge sei eine der vorrangigsten Forderungen ihrer Partei die Lösung der kurdischen Frage. Sie mahnte die türkische Regierung, damit diese im gegenwärtigen Prozess ihrer Verantwortung gerecht werde: »Zunächst einmal muss dieser sogenannte, aber weiterhin inoffizielle Dialogprozess als solcher einen offiziellen Status erlangen. Das ganze Hinhalten muss ein Ende finden. Genau betrachtet bleibt der AKP-Regierung auch kein anderer Weg, als die Sache richtig anzugehen. Forderungen wie die Schaffung eines Verhandlungsrahmens und passender Bedingungen für Herrn Öcalan als Verhandlungspartner im Namen der Volksbewegung stehen nicht erst seit heute im Raum. Ihre Umsetzung drängt mehr denn je.«

Zur Rolle des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan im gegenwärtigen Prozess sagte sie: »Erdoğan hätte als politischer Führer seine Worte und Versprechen in dieser Frage in Taten umsetzen sollen. So hätte er auch das Vertrauen in seine Person nicht eingebüßt. Ich sage nicht, dass die Bevölkerung in der Region sich weiterhin einen Politiker wünscht, in den sie die Hoffnung auf eine Lösung hineinprojizieren kann. Aber wenn Sie mich fragen, ob Ministerpräsident Erdoğan mit seiner politischen Haltung diese Hoffnung repräsentiert, so würde ich ganz klar nein sagen.«

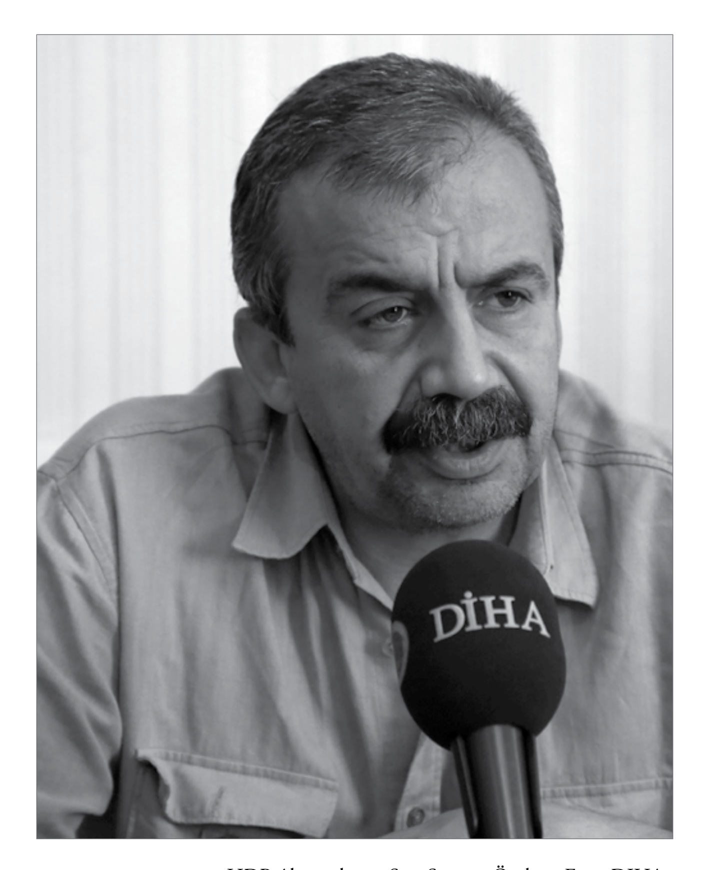
Auf die Frage, weshalb die kurdische Seite dann noch mit Erdoğan Gespräche für eine Lösung führe, entgegnete sie: »Es stimmt, der offizielle Ansprechpartner im Lösungsprozess ist die Regierung, also in unserem Fall die AKP-Regierung und Ministerpräsident Erdoğan. Aber wer auch in der Regierung sitzt, es ist nichts falsch daran, dass die kurdische Seite auf Verhandlungen beharrt. Sie setzt also nicht auf Verhandlungen, weil sie auf Erdoğan vertraut. Sie vertraut auf die Kraft und den Lösungswillen der Bevölkerung. Es wird also weiterhin Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung und dem Staat geben. Aber die Beziehungen werden mit den Völkern gepflegt, der Frieden wird mit den Völkern kommen.« ♦

Interview mit dem HDP-Abgeordneten Sırrı Süreyya Önder über seinen Besuch auf Imralı

Wir werden eine auf Prinzipien fußende Politik verfolgen …

Günay Aksoy und Zana Kaya, Özgür Gündem, 04.06.2014

In einem Interview mit der Tageszeitung Özgür Gündem vom 4. Juni 2014 spricht der Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Sırrı Süreyya Önder über die Vorschläge des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan für die weitere Entwicklung im *[Friedens-]*Prozess, dessen Bewertungen hinsichtlich der anstehenden Präsidentschaftswahl in der Türkei sowie Öcalans Aufruf, revolutionäre ökonomische Modelle zu entwickeln. Wir geben das Interview leicht gekürzt wieder:



HDP-Abgeordneter Sırrı Süreyya Önder Foto: DIHA

Über den Friedensprozess herrschte in der Öffentlichkeit die Ansicht vor, er sei in Kurdistan ins Stocken geraten und die Spannungen hätten in letzter Zeit zugenommen. In einer Zeit zunehmender Zweifel an der Vorgehensweise der Regierung hat es nun ein Treffen *[auf Imralı]* gegeben. Wie bewertet Herr Öcalan den Prozess allgemein?

Keine dieser Feststellungen ist eine Illusion oder ein von uns konstruiertes Misstrauen. Auch aus Sicht der Jugendlichen ist das so. Ja, der Prozess ist in eine chaotische Lage gekommen. Die diesbezüglichen Bedenken sind alle berechtigt und richtig. Es gibt keine Illusion oder ein falsches Verständnis. Was sind die Gründe dafür? Es gibt charakteristische Hauptmerkmale für die Vorgehensweise der Regierung seit Beginn des Prozesses. Erstens die ambivalente Haltung; zweitens die Einseitigkeit; drittens das Beharren; viertens der fehlende Mut. Bei all dem gab es zwei wichtige Faktoren, die zur Entwicklung des Prozesses beigetragen haben. Erstens die Verantwortlichkeit und der Arbeitswille zur Entwicklung des Prozesses auf Seiten Herrn Öcalans, der überhaupt erst den Anstoß zu diesem Prozess gegeben hatte. Zweitens die Haltung all der kurdischen politischen Bereiche, insbesondere der kurdischen Bevölkerung, der Jugend, Frauen und politischen Institutionen, die dem Willen Herrn Öcalans Kraft gegeben haben. Aber mehr geht von dieser Seite an diesem Punkt nicht mehr. Die auf Druck Herrn Öcalans entstandenen provokanten Entwicklungen sind eine natürliche Folge des Prozesses. Das sollte man zunächst so begreifen.

Was hat sich nun verändert, oder was wird nicht getan? Herr Öcalan macht von Anfang an darauf aufmerksam, dass es sich bei dieser Angelegenheit um eine politische handele. Die Gespräche zwischen ihm und den Delegierten des Staates seien

wichtig und förderlich dafür, den Prozess anzustoßen und dessen Rahmen zu setzen, doch für eine Fortsetzung brauche es außer den Delegationen des Staates auch Vertreter politischer Institutionen. Er betont immer wieder, dass die Gespräche mit politischen Delegationen die Verhandlungsgrundlage bilden müssten. Folglich ist hierbei eine Veränderung zu verzeichnen. Wir wissen insbesondere, dass seit einem Monat intensive Diskussionen innerhalb der AKP-Regierung stattfinden. Der Prozess ist an einen Punkt gekommen, an dem er so nicht weitergeführt werden kann. Der Punkt ist eigentlich schon überschritten. In diesem Sinne haben wir mitbekommen, dass sich eine solche Diskussion auf Regierungsseite entwickelt hat. Wir haben auch die praktischen Auswirkungen gesehen. Im letzten Monat fanden intensive Gespräche zwischen poltischen Delegationen statt, die nicht alle der Öffentlichkeit bekannt sind. Außerdem haben sich die Gespräche zwischen Herrn Öcalan und dem Staat gehäuft und erstmals wurde ein politischer Wille festgelegt. Wenn auch nicht sehr präzise und mit klaren Worten, es gibt solch einen Willen. Dem messen Herr Öcalan und auch wir einen großen Wert bei. Die Rolle der politischen Delegationen besteht nicht nur in einer Funktion bei den Verhandlungen im Rahmen des Prozesses. Womit sind sie gleichbedeutend? Es geht gleichzeitig um die Schaffung des gesetzlichen Rahmens für den Prozess und die sogenannte Wegbereinigung, wie wir dies schon von Anfang an zusammengefasst haben. Worum handelt es sich dabei? Zuallererst um das Antiterrorgesetz, in der Praxis aber um die Lösung des sehr wichtigen Problems der kranken Gefangenen – also um praktische Hindernisse, die aus dem türkischem Antiterrorgesetz (TMK) herrühren. Drittens um strukturelle Transformationen zur Stärkung der Kommunalverwaltungen und eine gesetzliche Grundlage dafür. Was Herr Öcalan als zuversichtlichen Anfang bezeichnet, ist all dies und vielleicht auch anderes, das er uns noch nicht vermittelt hat, ihn selbst aber zuversichtlich stimmt.

Was meinen Sie mit den Gesprächen zwischen politischen Delegationen?

Jetzt gerade meinen wir damit die Gespräche der BDP-HDP-Delegation mit den Ministerien und den AKP-Politikern. Doch es wird nicht nur auf Gespräche mit Politikern beschränkt bleiben, sondern eine Reihe von Gesprächen mit NGO-Vertretern, Medienvertretern und Wissenschaftlern geben. Also wird der Prozess, der sich noch auf die BDP/HDP und AKP beschränkt, zunehmend einen solchen Charakter annehmen.

Es gibt die Betonung einer neuen Etappe *[im Prozess]*. Gibt es eine Roadmap, eine genaue Zeitplanung?

Wir denken, dass wir diese Roadmap in zwei bis drei Wochen nach einer Übereinkunft mit Herrn Öcalan erhalten werden. Als jemand, der diese Diskussionen führt, ist meine Beobachtung, dass in zwei bis drei Wochen der Rahmen für eine solche Übereinkunft geschaffen werden könnte.

In Kurdistan haben intensive Aktivitäten gegen Militärposten begonnen. Immer, wenn sich Spannungen aufbauen, ein Problem entsteht, reagieren in der Türkei die Mainstream-Medien, Liberale und die Regierungsseite in der Art: »Herr Öcalan soll etwas sagen, und das Problem wird sich lösen.« Was sagt Herr Öcalan dazu?

Wer Herrn Öcalan kennt, über seine Perspektiven informiert ist, kann auch in der Vergangenheit sehen, dass er niemals eine Haltung gezeigt hat, Aktionen von irgendjemand beginnen oder abbrechen zu lassen. Sein allgemeiner Ansatz ist im Prinzip, ein Thema anhand von drei Dimensionen zu prüfen und Vorschläge zu entwickeln. Erstens die Dimension der Prinzipientreue. Zweitens die geschichtsphilosophische Dimension. Er bewertet keine Angelegenheit, ohne ihre Historie zu bewerten. Selbst bei einem einfachsten Vorschlag haben wir das beobachtet. Drittens, in praktischer Hinsicht kann er Vorschläge machen oder Kritik üben. Diese genannten Vorwürfe in der Öffentlichkeit kritisiert er gnadenlos. Es ist so, als ob er »stopp« sagen müsse und alles würde angehalten oder »los« und alles würde begonnen. Das ist alles weit von einem Verständnis der Ernsthaftigkeit der Sache entfernt, und er hat diese Vorgehensweise als unverantwortlich, ja sogar gefährlich bewertet. »Sie würden die Wahrheit erkennen, wenn sie die Thematik verstehen und versuchen würden, prinzipientreue Herangehensweisen zu entwickeln«, sagt er.

Er sprach hier bei seiner Bewertung von einer Provokation. Aber damit waren weder die Jugend noch die kurdischen politischen Institutionen noch die Praxis des Staates gemeint. Er bezeichnete die Geschehnisse der letzten Tage in der Region als provokante Entwicklungen. Wer sich gegen den Friedensprozess positioniere, könne einen fruchtbaren Boden für Provokateure oder Provokationen bieten. Mit der Aussage, beide Seiten sollten sensibel dafür sein, ist nicht gemeint, dass sie sich gegenseitig der Provokation beschuldigen sollten. Wie bereits gesagt, er hat bei seiner Analyse mit der Geschichte des Problems begonnen: »Immer, wenn wir im Friedensprozess an einen bestimmen Punkt gelangen, schalten sich schlagartig Machtzentren ein, die diese oder ähnliche Entwicklungen in der Region für ihre Provokationen nutzen wollen.« Auch für das Jahr 1993 erklärte er das so. Auch für den Oslo-Prozess … Hinter diesem einen Satz in seiner Presseerklärung steht also eine derart lange Bewertung. (...)

Welche Annäherung zeigt er gegenüber der Präsidentschaftswahl?

»Der meiste Unsinn wird bei diesem Thema verzapft. Also bei dem Verständnis, entweder für oder gegen Tayyip zu sein.« Aus unserer Sicht ist das jetzt ein wesentlicher Teil unseres Kampfes für den Frieden. Er hat alle Genossen und kurdischen politischen Institutionen aufgerufen: »Wenn wir, statt in einem engen Profil gefangen zu sein, einen universellen Kandidaten aufstellen, wird dies zwei grundlegende Qualitäten haben. Erstens den Glauben an die demokratische Politik. Zweitens Inklusivität. Geht es um eine Person, die auch in der Bevölkerung angesehen ist, spielt es keine Rolle, ob Mann oder Frau, ob Türke oder Kurde. Wenn wir uns um eine solche Person versammeln und Stimmen gewinnen, kann der Friedensprozess in viel kürzerer Zeit als erhofft abgewickelt werden. Dieser Aspekt ist sehr wertvoll. (...) Denn eine solche Option haben wir und vor uns liegt eine demokratische Chance. Alle müssen in diesem Sinne mobilisieren. Ich würde niemals einen Namen vorschlagen. Denn das würde dem Geist des Prozesses widersprechen. Das müssen all die Strukturen entscheiden und sich zusammenschließen. Wenn wir zu einer Kraft werden, wird auch der Friedenswille gestärkt. Dann wird für die Menschen in der zweiten Reihe die demokratische Politik, die bei ihnen unter den gegebenen Umständen nicht auf der Agenda stand, wieder aktuell. Sie werden gezwungen sein, eine prinzipientreue Herangehensweise zu entwickeln. Wir werden dann an ihrer Seite stehen. Es ist eine wichtige Phase für die Belebung des Friedens und der demokratischen Politik in diesem Land«, so Herr Öcalan. Für den Kapitalismus benutzt er immer zwei verschiedene Bewertungen. Er spricht von der wilden kapitalistischen Moderne. In letzter Zeit benutzt er immer wieder einen anderen Begriff: Raubkapitalismus. »Sogar in Griechenland schafft man es, eine vereinte Opposition und demokratische Front zu entwickeln. Wenn wir es nicht schaffen, gegen solch einen vulgären Raubkapitalismus einen Zusammenschluss, eine Opposition zu organisieren, liegt das Problem allein bei uns selbst«, sagt er.

Jüngst wurde die kurdische Bewegung von liberalen Kreisen kritisiert. Die Kritik konzentrierte sich insbesondere auf den Aspekt, dass dieser Prozess mit einer solchen Regierung nicht geführt werden könne. Wie bewertet er diese Kritik an der kurdischen Bewegung?

Mit einem bitteren Lächeln traf er einige Einschätzungen: »Diese Freunde haben die Wissenschaft und Theorie vergessen. Unser Blick ist dem demokratischen Sozialismus zugewandt und wir tappen nicht in die Falle des Idealismus. Der Idealismus diskutiert über die Personen, wir aber diskutieren das System. Einige unserer Freunde übersehen dieses wichtige Detail und steigen auch in die Diskussion über Persönlichkeiten ein. Wenn sie aber die Diskussion auf das System an sich lenken, werden sie schnell merken, dass das ganze Personal eigentlich gar nicht anders handeln kann. Das System determiniert nämlich ihr Verhalten«, betonte Öcalan. Das war seine erste Kritik. Zweitens und viel wichtiger sagte er lächelnd: »Sehen sie denn nicht, dass ihre Bewertungen in genau die Richtung gehen, in die sie die Regierung haben will? Das ist deshalb problematisch, weil sie davon ausgehen, dass die Regierung das einzig bestimmende Element sei, und so wird eine falsche Realität vorausgesetzt. Die Regierung ist nicht allein maßgebend, im Grunde bestimmt sie überhaupt nichts; im Hintergrund steht auf der einen Seite eine 40-jährige Widerstandsgeschichte, auf der anderen eine 100-jährige Historie. Auch gibt es eine Reihe Dimensionen des Kampfes, die selbst die kurdische Bewegung übersteigen. Die Dimension der Frauen, der Jugend und des ökologischen Kampfes (…) All das auf irgendeine Regierung oder Äußerungen des Ministerpräsidenten zu reduzieren, ist nichts anderes, als in die Falle des Idealismus zu tappen; und auch noch in der Weise, wie es die Regierung will. Es ist eine Falle, die Regierung als grundlegendes Machtzentrum zu betrachten. Darauf dürfen sie sich nicht einlassen.«

»Zum Beispiel müssen diese Freunde auch wissen, dass dieses Thema eine sicherheitspolitische Dimension hat, dass dieser Widerstand ein Gedächtnis hat und seine Haltung nicht jeden Tag nach einer neuen Entwicklung ändert. Diese Bewegung wurde in vierzig Jahren vierzigmal zu vernichten versucht und sie hat sich trotzdem immer behauptet. Diese Geschichte ist der Grund, warum unsere Genossen an unserer Seite stehen, und die Geschichte hat uns jedes Mal Recht gegeben. Unsere Weitsicht, unsere Warnungen und unsere eingenommene Haltung haben uns, wenn auch unter enorm hohen Kosten, in der Geschichte bestätigt und uns bis in die Gegenwart gebracht. Sie sollen in die Weltgeschichte blicken. Gab es schon eine solche Volks- und politische Bewegung? Mit all ihren Institutionen, ihrer Führung und der Realität ihrer Bevölkerung und des Widerstandes, einer Organisierung in allen Bereichen, einer Vergesellschaftung des Kampfes? Wenn diese Freunde sich statt auf ihre Angst vor der Regierung und ihrer Paranoia auf die Wissenschaft stützen würden, dann würden sie sehen, dass die Geschichte uns Recht geben wird. Aber niemand hat das Recht, unser politisches Bewusstsein und unsere politischen Kapazitäten kleinzureden oder nicht einmal anzuerkennen«, erklärt Öcalan.

»Die heute in der Türkei entstandenen demokratischen Einwände sind Ergebnis dessen, dass wir die Problematik auf die Ebene der demokratischen Politik und der Verhandlungen verlagert haben. Denn anderenfalls würden all denjenigen, die heute gegen totalitäre Herangehensweisen oder undemo-

kratische Maßnahmen intervenieren, die Kurden als Feindbild präsentiert werden. Die Völker der Türkei, die Arbeiter und unsere Genossen müssen wissen, dass diese demokratischen Einwände und diese Pluralität entstanden sind, weil wir diese Problematik auf demokratischen Boden befördert haben. Die Menschen, die heute etwas für sich tun, die sonst immer auf andere gewartet haben, wären heute damit beschäftigt, über uns zu fluchen, würden wir Krieg führen. Wir hatten die Absicht, das System zu demaskieren und einen Raum für demokratische Politik oder auch demokratische Forderungen zu öffnen«, sagt Öcalan.

Denkt er, dass jede gesellschaftliche Dynamik sich dieses Prozesses angenommen hat?

Diesen Punkt ging er mit einer Kritik an BDP und HDP an. Er betonte: »Faschistische Kräfte, die gegen eine Lösung sind, füttern andauernd die Paranoia der Separation und halten so die gesamte Gesellschaft davon ab, etwas zu diesem Prozess beizutragen. Wir können das nicht der Gesellschaft ankreiden. Wir können hier Selbstkritik üben. Unsere politischen Institutionen haben nicht vermitteln können, dass genau dieser Prozess die Garantie für eine gemeinsame Heimat und ein Zusammenleben ist.« Er übt eine derartige Kritik an der BDP/HDP und allen anderen politischen Institutionen. Er traf selbst die Feststellung, »wenn meine Kommunikationskanäle zur Gesellschaft günstigere Bedingungen bekämen als heute, könnte ich diese Überzeugungsarbeit innerhalb einer Woche leisten«. (...)

Ein Jahr ist nach dem Gezi-Widerstand vergangen. Wie beurteilt er den Boden für demokratische Politik mit all der Vielfalt und den Einwänden?

Er meint, dass der Kongress *[der Demokratischen Partei der Völker HDP am 22. Juni]* dafür eine wichtige Chance biete: »Der Kongress muss all diesen Kreisen Räume öffnen, damit sie die Möglichkeit zur Repräsentation erkennen. Diese Opposition kann nur so auf einer richtigen Grundlage stehen und Ergebnisse erzielen. Sonst wird jeder von einer anderen Seite zerren und der Kongress wird sich selbst aus dem Weg räumen.«

Wie bewertet er das Massaker von Soma?

Er macht auf zwei Probleme aufmerksam. Anfangs war er darauf zu sprechen gekommen, dass die Ermordung von Frauen inakzeptabel sei. Anschließend kam er auf Soma: »Das, was im Baugewerbe und in Soma passiert, hat uns die Realität gezeigt.« Hier sieht er auch den Bezug zu Syriza: »Hier hat sich auch die Abwesenheit der linken und sozialistischen Tradition offenbart. Das sind genau die Bereiche, wo sie präsent sein müssen … Der Kontakt zur Klasse ist verloren gegangen … Die Klasse dem Raubkapitalismus auszusetzen ist aus Sicht der linken und sozialistischen Tradition inakzeptabel. Meiner Meinung nach müsste sich, anstatt engstirnige Diskussionen zu führen, intensiv damit auseinandergesetzt werden, wie das Vakuum in diesen Bereichen mit kreativen Methoden zu füllen wäre. Ich bekunde allen Familien, deren Angehörige bei Arbeitsmorden getötet wurden, mein Beileid.«

Hatte er etwas zum Thema Kommunalverwaltungen zu sagen?

Dazu sprach er wichtige Punkte an: »In den Orten, wo Ihr 60 % der Stimmen erhalten habt, seid Ihr gezwungen, der Bevölkerung ökonomische Modelle anzubieten. Ihr könnt sie in diesen ekelhaften Konsumspielchen des Raubkapitalismus, seinen widerlichen Fallstricken der Ausbeutung nicht ohne Schutz lassen. Während unsere Kommunalverwaltungen die kommunale Demokratie aufbauen, darf nicht das ökonomische Standbein aus dem Auge gelassen werden. Das muss eigentlich an erster Stelle stehen. Bei diesem Thema brauchen wir revolutionäre und alternative Modelle. Das kann sich nur durch breit gefächerte, umfassende Wirtschaftskonferenzen entwickeln. Wir können diesen Prozess beginnen, indem wir große Workshops und Konferenzen zur Ökonomie veranstalten, die allen Kreisen zur Beteiligung und für Beiträge offenstehen. Wir haben dafür nicht mehr als fünf bis sechs Monate Zeit. Eine solche Kommune ist aus unserer Sicht inakzeptabel: Es ist ein unvollständiger Ansatz, die Lage der wertvollen Familien, all die Armen der Stadt einfach hinzunehmen. Denn das ist eine Verpflichtung, die wir tragen, nicht eine einfache Aktion. Wenn eine Kommunalverwaltung in unserer Hand ist, ist es unsere grundsätzliche Verpflichtung sicherzustellen, dass in diesem Ort kein einziger Mensch hungert. Das ist nicht einfach eine Aktivität, die wir nach hinten verschieben können. Das Programm, das wir brauchen, muss kreative Modelle entwickeln, die die Bevölkerung nicht dem Räderwerk des Raubkapitalismus aussetzen. Bei diesem Thema kann man sich die Erfahrungen in Lateinamerika ansehen. Man kann in die Geschichte gehen, dort solidarische Modelle recherchieren. Mit möglichst breiter Beteiligung müssen diese Workshops durchgeführt werden. Manchmal können die besten Vorschläge oder Maßnahmen von einem ungebildeten Armen kommen. Deshalb braucht es ein Modell, das diese Thematik nicht in einen akademischen Raum zwängt.« ♦

Interview mit Tuncer Bakırhan, dem neuen BDP-Kobürgermeister der Stadt Sêrt

Stadtverwaltungen im Sinne der Demokratischen Autonomie schaffen

Das Gespräch führte Osman Oğuz, Yeni Özgür Politika, 27.05.2014

Im Interview mit der Tageszeitung Yeni Özgür Politika erklärt der neue BDP-Kobürgermeister der Stadt Sêrt (Siirt), Tuncer Bakırhan, wie eine Art von Stadtverwaltung geschaffen werden soll, die sich nicht allein um die täglichen Dienstleistungen des öffentlichen Lebens kümmert, sondern die Bedingungen für die Umsetzung eines radikal-demokratischen Selbstverwaltungsmodells schafft.

Zunächst einmal möchte ich mit einer Frage zu Ihrer Person beginnen. Nachdem Sie Vorsitzender der mittlerweile verbotenen Partei DEHAP waren, sind Sie zunächst einmal von der Bühne der Öffentlichkeit verschwunden. Ihre politische Arbeit haben Sie aber stets fortgesetzt. Wollen Sie uns dazu mehr mitteilen?

Ich habe über einen langen Zeitraum in verschiedenen politischen Bereichen gearbeitet. Meine Arbeit als Vorsitzender war einer dieser Bereiche. Sowohl davor als auch danach war ich auf anderen Ebenen der Partei tätig. Das heißt, bei uns endet die politische Karriere nicht mit der Rolle des Vorsitzenden. In der politischen Kultur der kurdischen Freiheitsbewegung ist verankert, dass alle nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten Verantwortung übernehmen können und sollen. Unser Widerstand hat eine lange Geschichte und ich leiste eben meinen Beitrag dazu. Nachdem ich Vorsitzender der DEHAP war, bin ich Mitglied im Parteirat und später im Parteivorstand gewesen. Ich war auch Kandidat für den Bürgermeisterposten eines Stadtteils in Istanbul, bevor ich dann ins Gefängnis kam. Und nun bin ich zum Kobürgermeister in Sêrt gewählt worden.

Sowohl in Sêrt als auch in den anderen Orten Nordkurdistans hat sich der Wahlkampf der BDP auf die Demokratische Autonomie fokussiert. Nun sind die Wahlen vorbei und die Zeit der Praxis steht an. Was haben Sie bislang getan, um das Konzept der Demokratischen Autonomie umzusetzen? Was werden Sie in Zukunft tun?



Tuncer Bakırhan, BDP-Kobürgermeister der Stadt Sêrt   Foto: DIHA

Das Konzept einer radikal-demokratischen Selbstverwaltung steht nun seit knapp fünf Jahren ganz oben auf der Tagesordnung der Stadtverwaltungen der kurdischen Freiheitsbewegung. Dennoch haben die Diskussionen bislang noch nicht die gewünschten Ergebnisse gezeigt. Das hat mehrere Gründe. Einer ist, dass nach der Ausrufung der Demokratischen Autonomie eine Repressionswelle gegen die AktivistInnen rollte und viele Mitglieder der Stadtverwaltungen festgenommen wurden. Trotz aller Repression hat die kurdische Freiheitsbewegung versucht, die Stadtverwaltungen demokratischer und transparenter zu gestalten. Den Menschen sollten vor Ort mehr direkte Partizipationsmöglichkeiten geboten werden. Und wir haben in den letzten fünf Jahren auch einige Schritte

in diese Richtung getan. Dennoch sind wir damit bei Weitem nicht zufrieden, denn wir haben es nicht geschafft, ein konkretes Modell der direkten Selbstverwaltung zu etablieren. Das wird nun unsere Aufgabe in den kommenden fünf Jahren sein und wir werden versuchen, weitaus konkretere Schritte zu tun. Wir haben eine Vielzahl dieser konkreten Schritte auch in unserem Wahlprogramm aufgelistet.

Wie sehen diese Schritte aus?

Wir werden Mechanismen schaffen, die die politische Partizipation der Bevölkerung von der Basis aus ermöglicht. Der wichtigste Mechanismus dafür sind die Räte, aus denen sich der Stadtrat zusammensetzt. Wir haben den Aufbau dieser Mechanismen derzeit ganz oben auf unsere To-do-Liste gesetzt. Durch die Räte wird nicht nur die direkte Beteiligung der Bevölkerung gewährleistet, auch ermöglichen diese Strukturen, dass alle Teile der Bevölkerung gleichberechtigt von den Dienstleistungen der Stadtverwaltung profitieren können. Die bisherigen Versuche des Aufbaus von Räten waren eher ein Prozess des Sammelns von Erfahrungen. Darauf aufbauend werden wir nun verstärkt unseren Fokus auf diese Arbeit richten.

Wie wird sich das Verhältnis des Stadtrates zur Stadtverwaltung gestalten?

Die nach dem türkischen Gesetz gewählte Stadtverwaltung ist lediglich ein Mitglied des Stadtrates. Das heißt, die Stadtverwaltung repräsentiert ebenso wie die Zivilgesellschaft, wie die Frauen- und Jugendorganisationen, wie die Räte und wie die VertreterInnen verschiedener Volksgruppen und Religionsgemeinschaften dieser Stadt. Im Stadtrat und in den Räten werden kurz-, mittel- und langfristig umzusetzende Projekte diskutiert und es wird über ihre Umsetzung entschieden. Das heißt, dass der Stadtrat sozusagen der Stadtverwaltung eine Agenda vorsetzt. Die Probleme der Stadt werden gemeinsam diagnostiziert, die zutreffenden und realistischen Lösungen hierfür werden gemeinsam beschlossen. Bei der Umsetzung der Lösungen wird die Stadtverwaltung dann eine treibende Rolle spielen. Der Stadtrat wird dann wiederum die Umsetzung kontrollieren.

Erscheint die Umsetzung eines solchen Modells nicht schwierig?

Wir denken, dass mit diesem Modell eine Kultur der Demokratie, der Transparenz und der Partizipation geschaffen werden kann. Aus diesem Grund nehmen wir den Aufbau des Stadtrates sehr ernst. An manchen Orten der Welt wird die Umsetzung ähnlicher Modelle versucht. An einigen Orten gibt es dabei auch Erfolge. Aber in Kurdistan herrschen ganz spezielle Bedingungen. Denn hier ist der Krieg noch nicht zu Ende. Es ist nicht einfach, eine kommunale Selbstverwaltung in einer Region aufzubauen, in der für einen fortdauernden Konflikt keine Lösung gefunden wird. Im Schatten von Gefechten und Konfrontationen sowie Repression ist das wirklich schwer. Ich muss aber dazu sagen, dass wir durch die letzten Kommunalwahlen zahlreiche Freundinnen und Freunde in den Stadtverwaltungen haben, die sich tiefgreifend mit diesem Modell befasst haben. Auch finden innerhalb der Stadtverwaltungen Fortbildungen zu diesem Thema statt.

Kann also davon gesprochen werden, dass das Modell der Demokratischen Autonomie verinnerlicht worden ist?

Als die Demokratische Autonomie ausgerufen worden war, haben sich auch in unseren Kreisen viele gefragt, wie denn dieses Modell ohne Zustimmung des Staates aufgebaut werden könne, oder ob es denn überhaupt funktionieren werde. Aber so langsam, auch im Zuge der praktischen Umsetzung, macht sich die Einsicht breit, dass es sich ganz ohne Erlaubnis des Staates umsetzen lässt. So lassen sich beispielsweise mit Unterstützung der Stadtverwaltung Kooperativen gründen, die sich mit der Frage der Produktion beschäftigen. Oder über die Räte erfahren wir, wo große Armut herrscht, und können versuchen, Unterstützung zu leisten. Und wir sehen auch, dass die Menschen häufiger direkt ihre eigenen Probleme angehen. Während es früher gewöhnlich so war, dass bei einem Problem in einem Stadtteil die Menschen dort direkt zur Stadtverwaltung kamen, halten sie heute eigenständig Versammlungen ab und versuchen, Lösungen für das Problem selbst umzusetzen. Oder sie beschließen, welcher der richtige Lösungsweg ist, und kommen dann bei Bedarf zur Stadtverwaltung mit einer ganz konkreten Unterstützungsanfrage.

Es scheint, dass die Arbeit der Stadtverwaltungen dadurch auch abnimmt …

Das stimmt, der Stadtverwaltung kommt mit dem Modell der Demokratischen Autonomie nicht mehr dieselbe Verantwortung zu. Denn in diesem Modell entwickelt die Bevölkerung selbst ihre Projekte und die Umsetzung der Projekte ist nicht mehr allein die Aufgabe der Stadtverwaltung, sondern der gesamten Stadt und ihrer Selbstverwaltung. Dadurch gibt es bei der Umsetzung auch weniger Schwierigkeiten, denn im Endeffekt setzt die Bevölkerung ihre eigenen Entscheidungen um.

Welche Wirkung hat dieses Modell auf die Frauen?

Über die Situation der Frauen in Kurdistan brauche ich ja nicht viel zu sagen. Besonders in der Stadt, in der ich jetzt zum Bürgermeister gewählt worden bin, ist ihre Situation erschreckend. Sie leben praktisch in einem Zustand halboffener Haft. Ihr Status wird durch die Männer bestimmt. Sie wurden aus allen gesellschaftlichen Teilen des Lebens herausgerissen. Im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben sind sie nicht existent.

Unser Modell hat den Anspruch, dieser Realität etwas entgegenzusetzen. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an der Selbstverwaltung partizipieren. Dafür ist unter den gegenwärtigen Bedingungen zunächst eine positive Diskriminierung der Frauen unumgänglich.

Gibt es eine Frauenquote im Stadtrat?

Mehr als das. Die Frauen machen 50 % der Mitglieder im Stadtrat aus, aber auch im Exekutivorgan und auf anderen Ebenen der Selbstverwaltung. Darauf legen wir großen Wert.

Ich würde gern noch mal spezifisch auf Sêrt zu sprechen kommen. Ihre Partei stellt dort mittlerweile seit einiger Zeit die Stadtverwaltung. Was wurde in dieser Zeit erreicht? Wo gibt es weiterhin Aufholbedarf?

Wir stellen nun seit 15 Jahren die Stadtverwaltung in Sêrt. Besonders in den letzten fünf Jahren wurde sehr viel geleistet und vorangebracht. Aber wenn wir unsere Praxis am Anspruch der Umsetzung der Demokratischen Autonomie messen wollen, dann haben wir noch viel zu tun. Unsere bisherige Praxis war eher davon geprägt, den infrastrukturellen Schwierigkeiten beizukommen, die durch die starken Zuwanderungswellen aufgrund der Kriegsflüchtlingsströme erzeugt worden sind. Deshalb ist es uns nicht gelungen, eine Stadtverwaltung zu gestalten, die Projekte entwickelt, der Stadt Perspektiven aufzeigt und die breite Bevölkerung in die Selbstverwaltung einbezieht. Die Situation der Flüchtlinge ließ uns kaum Zeit und Luft dafür. Denn es wurden zahlreiche Wohnungen illegal errichtet, und wir mussten diese Wohnungen an das Wasser- und Stromnetz anschließen. Auch die Schwierigkeiten durch die hohe Arbeitslosigkeit haben uns sehr beschäftigt. Die Praxis unserer Stadtverwaltung war also davon geprägt, den Problemen hinterherzurennen. Gegenwärtig wollen wir eine neue Praxis entwickeln, die den Menschen Perspektiven aufzeigt. Wir wollen die Basis dafür schaffen, dass wir gemeinsam mit den Menschen Lösungen für ihre Probleme erarbeiten und



Demonstration in Sêrt: Die Bevölkerung zeigt mit ihren Aktivitäten, dass sie nur durch permanente Initiative ihre Belange durchsetzen kann. Foto: DIHA

umsetzen, egal ob es dabei um das Wohnproblem, die Frage der Armut, die Arbeitslosigkeit oder etwas anderes geht. Das gilt selbstverständlich auch für die Situation der Frauen. Wir wollen Projekte wie die Frauensolidaritätszentren unterstützen und den Frauen dabei behilflich sein, sich eigene Arbeitsfelder zu schaffen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen.

Sie wollen also das klassische Modell der Stadtverwaltung überwinden …

Genau das wollen wir. Das klassische Modell der Stadtverwaltung in der Türkei sieht vor, dass sie sich um Aufgaben wie Straßenreinigung, Straßenpflasterung, um das Wassernetz und den Immobilienverkauf kümmert. Aber auf der ganzen Welt gibt es unzählige Beispiele dafür, dass die kommunalen Stadtverwaltungen mit breiteren Kompetenzen weitaus erfolgreicher auf lokaler Ebene Probleme lösen können als die Zentralregierungen von den Hauptstädten der jeweiligen Länder aus. Trotzdem waren wir bisher in erster Linie mit den eben genannten Aufgaben beschäftigt. Da sich der Staat in Kurdistan nun aber auch nicht mit den anderen Aufgaben beschäftigt, wurden viele Aufgabenbereiche des städtischen Lebens einfach vernachlässigt.

Wenn wir das am Beispiel von Sêrt verdeutlichen wollen, so wissen wir, dass diese Stadt ein Mosaik verschiedenster Kulturen darstellt. Es gibt neben KurdInnen hier auch AssyrerInnen und AramäerInnen, es gibt TürkInnen und AraberInnen. Es wird von einer bis zu 12 500 Jahre alten Geschichte dieser Stadt gesprochen. Aber wenn man sich die Stadt anschaut, sieht man, dass sie eigentlich nicht viel mehr zu bieten hat als ein größeres Dorf. Enge und volle Straßen, überall sind ausschließlich Männer zu sehen. Um Sêrt als Stadt bezeichnen zu können, bedürfte es vieler Veränderungen. Es gibt keine Theater, keine Kulturzentren, keine Orte, an denen sich die Jugend entwickeln könnte. Für die Frauen gibt es ohnehin nichts, denn sie dürfen ja nicht einmal aus dem Haus. Wobei es auch kaum Bemühungen gibt, sie da rauszuholen.

Wird sich da etwas ändern?

Es muss sich etwas verändern. Auch in Kurdistan wird sich das Verständnis von der Kommunalverwaltung ändern. Wenn heute die Existenz der kurdischen Sprache gefährdet ist, so muss sich auch die Stadtverwaltung dieses Themas annehmen. Wenn es in der Stadt ein Armutsproblem gibt, so ist das ein Problem der Stadtverwaltung, und wenn nötig, muss diese für eine Zeitlang für das Brot der betroffenen Familie aufkommen. Auch wenn in dieser Region Krieg herrscht und die Stadt davon unmittelbar betroffen ist, hat natürlich die Stadtverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass der gesellschaftliche Druck für einen Frieden aufrechterhalten wird. Auch der Stopp des Ausverkaufs der Reichtümer und der natürlichen Ressourcen dieser Region wird Aufgabe der Stadtverwaltung sein. Und wenn ich hier von der Stadtverwaltung spreche, so meine ich eigentlich auch den Stadtrat, dessen Teil die Stadtverwaltung ist.

Wie werden Sie das speziell in Sêrt machen?

Wir werden in Sêrt einige konkrete Einschnitte vornehmen. Es wird hier viel Tierzucht betrieben und es werden Pistazien angebaut. Doch besonders beim Pistazienanbau stecken sehr viele Menschen viel Arbeit hinein, und das Produkt ihrer Arbeit wird von einer Handvoll HändlerInnen weit unter Arbeitswert verkauft. Es gibt derzeit keinen Mechanismus, der hier intervenieren kann. Der Verkaufspreis der Pistazien ist mehr als viermal so hoch wie die Entlohnung, die die ArbeiterInnen für dieselbe Menge an Pistazien erhalten. Das heißt, knapp 25 % des Verkaufspreises der Pistazien gehen an die ArbeiterInnen und rund 75 % an die ZwischenhändlerInnen. Wir denken, dass genau an einer solchen Stelle die Stadtverwaltung intervenieren muss. Es müssen Mechanismen geschaffen werden, damit die ArbeiterInnen den Gegenwert ihrer Arbeit erhalten. Wenn notwendig, müssen die ZwischenhändlerInnen ausgeschaltet werden, und es muss ein Weg gefunden werden, wie die ArbeiterInnen direkt ihr Arbeitsprodukt auf den Markt bringen. Und genau diesen Weg muss die Stadtverwaltung finden.

Dann gibt es noch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Zentralregierung. Die Kobürgermeisterin von Amed, Gültan Kışanak, hat zum Beispiel einen Anteil vom Wert des Erdöls aus der Region Amed verlangt.

Das, was Frau Kışanak für Amed (Diyarbakır) verlangt hat, verlangen wir auch für Sêrt. Hier gibt es eine enorme Dichte an Wasserkraftwerken. In Sêrt wird Elektrizität für große Teile der Türkei produziert. Gleichzeitig gibt es in der Stadt zahlreiche Haushalte, denen der Strom gekappt wird, weil die Familien schlichtweg ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Hinzu kommt, dass der Wasserfluss und die Natur durch diese Kraftwerke zerstört werden. Und dennoch zahlen die Menschen hier denselben Preis für die Elektrizität wie in den Städten im Westen der Türkei, die ihren Strom aus Sêrt erhalten. Die Stadtverwaltungen müssen den ihnen zustehenden Anteil von der Zentralregierung nicht nur fordern, sondern erzwingen. In erster Linie muss die lokale Bevölkerung in irgendeiner

Weise von den Reichtümern ihrer Region profitieren können. Die Stadtverwaltung muss sowohl ihre Bevölkerung darüber aufklären als auch Druck auf die Zentralregierung erzeugen.

Hinzu kommt, dass beispielsweise die Firmen, die hier den Strom erzeugen, ihre Unternehmenssteuern in Istanbul, Ankara oder Izmir bezahlen. Das heißt, auch davon bekommen die Menschen hier nichts zu sehen. Auch die MitarbeiterInnen der Kraftwerke kommen alle von außerhalb. Noch nicht einmal einen einfachen Besen kaufen sie in Sêrt ein. Das ist eine Ausbeutungslogik, die wir aus dem Zeitalter des Kolonialismus kennen. Du beutest die Region aus, erwirtschaftest deine Profite und gibst rein gar nichts zurück. Das ist die Realität, mit der wir es hier zu tun haben.

Ich möchte noch eines ergänzen: Wenn die Bevölkerung gegen den Bau von Wasserkraftwerken ist, so sollten in Sêrt keine errichtet werden. Der Stadtverwaltung fällt in diesem Zusammenhang nicht nur die Aufgabe zu, den Menschen Dienstleistungen zu liefern, sondern sie auch aufzuklären, in ihnen ein Bewusstsein für die Natur und ihre Umwelt zu schaffen. Dazu gehört auch die Aufklärung darüber, welche Folgen der Bau eines Wasserkraftwerks für das ökologische Gleichgewicht der Region hat. Derzeit wissen die Menschen zum großen Teil nichts darüber. Die Stadtverwaltung ist verantwortlich dafür, dass sich auch das ändert.

Sie hatten vorhin erwähnt, dass Sêrt die Heimat verschiedener Kulturen ist. Wird Ihre Stadtverwaltung auch den Forderungen der anderen Gruppen gerecht?

Wir wollen da keine Unterschiede machen. Wir haben alle Volksgruppen und Religionsgemeinschaften der Stadt dazu eingeladen, Teil dieser Stadtverwaltung zu sein. Die AraberInnen der Stadt haben beispielsweise ähnliche Probleme wie die KurdInnen. Viele der Kinder in arabischen Familien sprechen kaum noch ihre Sprache. Es findet eine Türkisierungspolitik unter den AraberInnen statt. Der Begriff »AraberIn« ist nur noch eine Hülse, der Inhalt dieser Identität wird ausgehöhlt. Aus diesem Grund haben wir sowohl im Wahlkampf als auch danach Wert auf die arabische Sprache gelegt. Wir haben versucht, vor der Assimilationspolitik des türkischen Staates zu warnen. Doch wir wissen auch, dass der türkische Staat versucht, die AraberInnen in Nordkurdistan gegen uns auszuspielen. Es wird versucht, einen Keil zwischen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Region zu treiben. Doch auch die arabische Bevölkerung begreift die Spielchen der AKP und versteht, dass wir es mit unserer Programmatik ernst meinen. Deswegen haben wir bei den letzten Kommunalwahlen auch so viele Stimmen von der arabischen Bevölkerung erhalten wie noch nie.

Wie sehen die dazugehörigen praktischen Schritte der Stadtverwaltung aus?

Das Erste, was wir nach unserer Wahl gemacht haben, war, dass wir am Gebäude der Stadtverwaltung Beschriftungen in drei Sprachen, also Arabisch, Türkisch und Kurdisch, angebracht haben. Wir wollen in Zukunft dreisprachige Kindergärten ins Leben rufen. Auch werden wir, wie wir es beim Newroz-Fest tun, die Feste der anderen Gruppen mit ihnen feiern. Die AraberInnen feiern beispielsweise die Feste »Cigor« und »Melede«. Wir wollen als Stadtverwaltung gern auch Gastgeberin dieser Feste werden. Uns ist wichtig, den Menschen deutlich zu machen, dass die BDP nicht allein eine Partei der Kurdinnen und Kurden ist, sondern alle Menschen und Gruppen mit gleichem Respekt behandelt.

Mit der Bürgermeisterwahl wurden ja auch Stadträte gewählt. Sind über Ihre Liste denn auch Mitglieder anderer Volksgruppen gewählt worden? Ist es der BDP gelungen, die Vielfalt der Stadt über ihre Liste im Stadtrat widerzuspiegeln?

Wir haben uns vor der Wahl mit den AraberInnen der Stadt getroffen und ihnen das Angebot gemacht, mit uns gemeinsam eine KandidatInnenliste zusammenzustellen. Viele von ihnen begegneten unserem Vorschlag eher distanziert, was vor allem mit den Vorurteilen zu tun hat, die der türkische Staat zwischen uns gesät hat. Aber wir sind auch mit arabischen FreundInnen und GenossInnen zusammengekommen, die früher in revolutionären Bewegungen aktiv waren oder die selbst in den 80ern im Gefängnis von Amed gesessen und dort die kurdische Freiheitsbewegung kennengelernt haben. Das sind FreundInnen, die auf die Worte des Staates nichts geben und uns gut kennen. Einige von ihnen wurden auch über unsere Listen gewählt. Selbst wenn ihre Zahl gering ist, glaube ich, dass ihre Wahl doch auch etwas in den Köpfen der übrigen arabischen Bevölkerung von Sêrt bewirkt hat.

Wenn wir während des Wahlkampfes von der Demokratischen Autonomie sprachen, haben die TürkInnen und AraberInnen der Stadt es so aufgefasst, als wollten wir die Türkei spalten. Wir haben deshalb versucht, ihnen zu erklären, dass die Selbstverwaltung im Sinne der Demokratischen Autonomie das genaue Gegenteil einer Spaltung ist. Wir wollen die Menschen in der Türkei zusammenbringen, damit sie gemeinsam über sich selbst bestimmen. Ich weiß nicht, ob wir sehr erfolgreich mit unseren Erklärungsversuchen waren. Aber ich hoffe, dass wir durch unsere Praxis auch die letzten Menschen überzeugen werden. ♦

Über vordergründig widerstreitende und objektiv gemeinsame Interessen

Zerbricht die Ordnung im Mittleren Osten?

Haluk Gerger, 19.06.2014

Die Fragen, die sich uns stellen, lauten: Bricht die Ordnung im Mittleren Osten zusammen? Erleben wir derzeit die Begleiterscheinungen eines »Zusammenbruchs der Ordnung«? Falls die Ordnung zusammenbricht, wird in der Region eine neue Ordnung geboren?

Um diese Fragen beantworten zu können, muss zunächst die »Ordnung des Mittleren Ostens« definiert werden. In der gängigen Literatur lautet die Kurzbezeichnung die »Sykes-Picot-Ordnung« oder »-Anordnung«. Während des Ersten Weltkriegs knüpften die gegen die Osmanen aufbegehrende arabische Unabhängigkeitsbewegung und die gegen die Osmanen kämpfenden Kräfte, also England und Frankreich, Kontakte miteinander. Die »Abmachung« zwischen ihnen war klar: Wenn die Osmanen bezwungen werden sollten, würden England und Frankreich die Unabhängigkeitsforderungen der Araber unterstützen. Im Gegenzug würden diese den bewaffneten Kampf gegen die Osmanen zeitgleich mit den Verbündeten verstärken.

Und genau zu der Zeit, da überall auf der Welt ein Krieg um ihre Aufteilung stattfindet, kommen die führenden der kolonialistischen Kräfte, England und Frankreich, in einem heimlichen Abkommen darin überein, die Beute der Region, also den Mittleren Osten, nach dem Bezwingen der Osmanen unter sich aufzuteilen. Nach dem Ersten Weltkrieg wird also die Ordnung im Mittleren Osten auf diese Weise mit den Namen der Führungskräfte, die dieses geheime Abkommen unterschrieben haben (des französischen Diplomaten François Georges-Picot und des Engländers Mark Sykes), bedacht.

Die Kolonialisten haben dann, nach ihrem Sieg im ersten großen Verteilungskrieg, die Araber in der Region in kleine Stückchen zersplittert, je nach Interesse Grenzen gezogen und in ihren Herrschaftsgebieten Clanchefs, die in Blutfehde miteinander lagen, zu Königen und Führern gemacht, damit sie sich auch in Zukunft ständig bekriegen und dadurch von Frankreich und England abhängig bleiben. Sie haben, wie in Syrien und im Irak, unterschiedliche ethnische, religiöse und konfessionelle Gruppen in denselben Sack gestopft, bestehende Staaten wurden zerteilt, andere wie Jordanien ganz neu erschaffen und natürlich die Ölreichtümer der Region okkupiert. Und die feudalen Despotien des Golfs haben sie in Verwaltungsregime und imperialistische Militärbasen verwandelt. Die Region ging letztendlich aus der osmanischen Tyrannei in die Fänge des klassischen Kolonialismus über und wurde nach heutiger Diktion »designt«. Während dieses Tumultes wurde Kurdistan geteilt und die Kurden wurden in jedem Teil zur Statuslosigkeit verurteilt. Die erdölreichen Teile Kurdistans wurden auf die von Frankreich bzw. England kontrollierten Staaten Syrien und Irak aufgeteilt, während die Türkei den nördlichen Teil Kurdistans erhielt.

Später wurde diese Ordnung nach den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs mit gewissen Erneuerungen verfestigt. Der Staat Israel wurde in dem nach Sykes-Picot den Engländern übertragenen Gebiet Palästina errichtet. Arabische Regime »linker Nationalisten« verbündeten sich mit den Sowjets, der Rest blieb dem westlichen Lager vorbehalten. Und die Gegensätze und Widersprüche innerhalb dieser Ordnung, derselben Staaten, Grenzen und Gefüge, blieben der Region weiterhin erhalten.

Mit der Auflösung der Sowjetunion kam es zu zwei neuen Entwicklungen. Erstens begannen die USA, wie von ihren Zügeln befreit, mit brutalem Appetit in der gesamten Welt und insbesondere im Mittleren Osten militärisch ihr »Pax Americana« zu formen. Auf diese Weise sollte die Region unter der regionalen Hegemonie Israels im Zuge der Globalisierung dem internationalen Kapitalismus einverleibt werden und ein integrativer Bestandteil der neuen Weltordnung sein.

Und die zweite Entwicklung war, dass neue Zugehörigkeiten und Widerstandsherde den Klassenkampf in der Region verdrängten und sich dadurch vor allem der radikale Islam in der Region herausbildete. Daraus ergab sich, wie beispielsweise zwischen den Golfstaaten und dem Iran, dass der Kampf um die Herrschaft untereinander auch durch die Aufstache-

lung des intervenierenden Imperialismus zu chaotischen neuen Kämpfen führte, die schließlich mit der Intervention der USA in der Region einen neuen Charakter erhielt. Die nach der Besetzung des Irak von den USA neu geordnete schiitische autoritäre Herrschaft im Land führte dazu, dass nicht nur die alten Widersprüche zwischen Baath-Regime und Sunniten aus der Welt geschafft wurden, sondern durch die Intervention ein Bündnis zwischen beiden geschaffen worden ist, das heute seine Früchte zeigt und wie ein Bumerang auf jeden zurückzuschlagen beginnt, der das Baath-Regime zuvor bekämpft hat.

ISIS stellt für die klassische Ordnung im Mittleren Osten eine tödliche Gefahr dar, denn sie steuert darauf zu, sowohl die gegebenen Grenzen (derzeitige Grenze Irak/Syrien) als auch das Ergebnis der Neuordnung von Staaten (der jetzige Irak) aufzuheben. Objektiv betrachtet ist das die Folge, denn zwei Staaten brechen auseinander und natürlich fallen dadurch auch ihre Grenzen weg. Somit bleiben zudem Schiiten und Sunniten konfessionell, die Christen als religiöse Minderheit und die Kurden als organisierter, ethnischer Teil außerhalb des Rahmens der Sykes-Picot-Ordnung.

Aber bricht denn die alte Ordnung zusammen und zeichnet sich am Horizont eine neue ab?

Wenn dem so ist, müsste doch von den herrschenden Kräften, also denjenigen, die für die Neuschaffung des derzeitigen Status quo sind (mit einigen Korrekturen und dem Zutun neuer Akteure), Bestrebungen und Anläufe zur »Restauration« erwartet werden. Das trifft tatsächlich auch so zu. Iran und USA nähern sich einander an, die Beziehungen zwischen der Türkei und ISIS lösen sich, die Saudis sind unruhig, und sogar in Syrien erleben wir einen Rückzug, der einhergeht mit dem Abfinden mit Assad. Wenn die Türkei oder die USA beispielsweise von der »Beibehaltung der Grenzen Iraks und Syriens« sprechen, dann meinen sie eigentlich, dass sie »für den Fortbestand der Sykes-Picot-Ordnung« seien. Der Iran und die USA versuchen zwar aus unterschiedlichen aktuellen Gründen, Notwendigkeiten und Zwecken, gemeinsame Aktivitäten gegen ISIS zu kreieren, aber der eigentliche tiefgreifende Grund, der sie gemeinsam bindet, ist die Gefahr des Zusammenbruchs der Sykes-Picot-Ordnung. Innerhalb dieser haben sie zwar auch Widersprüche miteinander und sie bekämpfen sich, aber eben innerhalb dieser Ordnung …

Genau an diesem Punkt findet eine Zäsur statt … Und es ist möglich, genau hier die Antwort auf unsere erste Frage zu finden.

Für eine »Ordnung« braucht man drei Elemente. Erstens muss es zwischen »den Ordnung schaffenden Mächten« ein Bewusstsein über das gemeinsame (reelle oder fiktive) Interesse an der Erhaltung der Ordnung geben. Zweite Notwendigkeit sind charakteristische und alle mehr oder weniger bindende Normen, Werte und Grundsätze, die für alle Mitglieder dieser Ordnung gültig sind. Und drittens ist die Existenz von Organisationen erforderlich, die diese Grundsätze umsetzen und durchführen und Verletzungen ahnden.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als seien vor allem die ersten beiden Faktoren für die Sykes-Picot-Ordnung, also den derzeitigen Status quo des Mittleren Ostens, nicht vorhanden. Es hat aber eben nur den Anschein, dass es so ist. Und was ist der »Kern« hinter diesem »Anschein«, also die Realität?

Die Ordnung im Mittleren Osten ist zweifellos im Hinblick auf die oben genannten drei Elemente ziemlich problematisch. Genau aus diesem Grund wird die Region auch durch permanente Krisen erschüttert.

Die kolonialistisch-imperialistischen Kräfte, die diese Ordnung geschaffen haben, also vor allem die westliche Welt, sind dennoch dafür, ihre eigene Ordnung neu zu schaffen. Die integrierten Teile dieser Ordnung, die durch sie entstandenen, regionalen Staaten, sind ebenfalls für die Fortdauer dieser Ordnung. Was auch nicht weiter verwunderlich ist, denn ihre Existenz ist an die Fortdauer dieser Ordnung geknüpft. Auch wenn die gegenwärtige Ord-

Ein strategisches Hindernis, wenn es darum geht, die jetzige Ordnung zu zerstören und eine neue an ihre Stelle zu setzen, liegt darin, dass es dafür an einer politischen Kraft oder einer Kräftekoalition, gemeinsamen Werten und Organisationen sowie an einer gemeinsamen Ideologie mangelt. Jede Ordnung, die keine sie überbietende Alternative hervorbringt, kann irgendwie ihre Existenz behaupten und gegebenenfalls restaurieren. Damit eine gegebene Ordnung gestürzt werden kann, bedarf es eines Willens, der eine alternative Ordnung mit allen Komponenten konkretisieren und hervorbringen kann. Unglücklicherweise gibt es dies im heutigen Mittleren Osten nicht.

nung nicht mehr durch Werte und Grundsätze zusammengehalten wird und auch wenn die Organisationen, die Verstöße gegen die Grundsätze ahnden sollen, zusammenbrechen, so glauben sie dennoch daran, diese Ordnung mit gemeinsamer, subjektiver Gewalt aufrechterhalten zu können, und sind entschieden darin, alles Notwendige dafür zu tun. Die Beweggründe jedes Einzelnen von ihnen und ihre Ziele mögen sich unterscheiden. Wichtig ist, dass alle zusammen diese Ordnung fortführen, von neuem hervorbringen und an der Restauration ein gemeinsames Interesse haben. Die Grundabsicht der Türkei mag sein, den Kurden keinen Status oder kein eigenes Land zusprechen zu wollen. Der Iran mag zudem insbesondere hegemoniale Ziele in der Region verfolgen. Der Westen mag es für richtig halten, für sein System einzutreten und innerhalb dessen seine Herrschaft von neuem zu generieren. Durch die aus Bushs radikaler Art von Herrschaftsfestigung gewonnenen Erfahrungen sind die Reformen, Obamas Strategie, im Gegensatz dazu ein neuer Weg, dasselbe zu schaffen.

Ein strategisches Hindernis, wenn es darum geht, die jetzige Ordnung zu zerstören und eine neue an ihre Stelle zu setzen, liegt darin, dass es dafür an einer politischen Kraft oder einer Kräftekoalition, gemeinsamen Werten und Organisationen sowie an einer gemeinsamen Ideologie mangelt. Jede Ordnung, die keine sie überbietende Alternative hervorbringt, kann irgendwie ihre Existenz behaupten und gegebenenfalls restaurieren. Damit eine gegebene Ordnung gestürzt werden kann, bedarf es eines Willens, der eine alternative Ordnung mit allen Komponenten konkretisieren und hervorbringen kann. Unglücklicherweise gibt es dies im heutigen Mittleren Osten nicht. Die Hervorbringung dessen bleibt also eine dringende Notwendigkeit.

Für alle, die Verfechter einer neuen Ordnung sind, ist es von Vorteil, wenn sie die Entwicklungen auch einmal aus diesem Blickwinkel betrachten. Das bedeutet nicht Pessimismus oder Entmutigung, sondern die Notwendigkeit zu revolutionären Schritten. ♦



»Lice - Roboski - Rojava | Verdammt sei die mörderische Mentalität«
Seit Wochen ist die Bevölkerung von Pîran (Lice) aktiv, um den weiteren Ausbau der Militäranlagen für die türkische Armee in ihrer Umgebung zu verhindern. Wieder wurden zwei Menschen bei Protesten durch türkische »Sicherheitskräfte« getötet, als sie mit scharfer Munition gegen die DemonstrantInnen vorgingen. Die Bevölkerung demonstriert für einen Ausbau des Friedensprozesses, die Regierung antwortet mit verstärkter Repression. Foto: DIHA

Haluk Gerger ist marxistischer Politikwissenschaftler und Nahostexperte aus Istanbul. Er war Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaften und internationale Beziehungen an der Universität Ankara gewesen. Nach Inkrafttreten der Militärputsch-Verfassung von 1982 war auch seine Tätigkeit wegen seiner kritischen politischen Meinung beendet. Er ist Mitbegründer des Menschenrechtsvereins (IHD). Zwischen 1996 und 1999 war er Gastdozent an der TU Darmstadt. Neben sechs auf Türkisch erschienenen Büchern publiziert er als Kolumnist bei mehreren Zeitungen und Zeitschriften. Auf Deutsch erschienen »Die türkische Außenpolitik nach 1945 – vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung« (isp Verlag, Karlsruhe 2008) und »Widerstand im Nahen Osten – Die Politik der USA, der Westmächte und der Türkei gegen die arabischen Länder von 1945 bis in die Gegenwart« (Zambon Verlag, Frankfurt/M. 2013).

Mit dem folgenden Grundsatzpapier traten am 8. Mai die Demokratische Partei Syrien, die Partei der Demokratischen Einheit, die Linke Demokratische Partei, die Kommunistische Partei Kurdistan, die Liberale Einheitspartei, die Grüne Partei Kurdistan, die Friedens- und Demokratie-Partei der Syrischen KurdInnen und die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Qamişlo (Al-Qamishli) auf einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Es gilt als Grundlage für Gespräche über die Zukunft Syriens mit den oppositionellen Gruppen, die sich nicht an der syrischen Bevölkerung vergangen haben.
Bisher wurden Gespräche geführt in Rojava u. a. mit dem Kurdischen Nationalrat von Syrien, mit VertreterInnen der AssyrerInnen und des Nationalen Koordinationskomitees für demokratischen Wandel der syrischen Kräfte, in Südkurdistan mit verschiedenen syrischen und kurdischen Gruppen, in der Türkei mit VertreterInnen des Syrischen Nationalrats. Außerdem traf sich eine Delegation aus Rojava in Europa mit verschiedenen oppositionellen Personen und Gruppen aus Syrien und stellte diese Initiative vor.

Syrien: Die kurdische Initiative für einen demokratischen Wandel auf der Grundlage von Einheit und Vielfalt

Kurdische Initiative für Demokratie in Syrien, Mai 2014

Die Krise in Syrien hat sich aufgrund von blinder Gewalt, durch die sämtliche »Grenzen« überschritten wurden, in eine Richtung entwickelt, in der die Zukunft völlig fraglich ist und kaum ernsthafte und perspektivische Lösungswege offenstehen. Diese Krise geht weit über die Krise des Regimes oder der Rechtsstaatlichkeit hinaus. Es handelt sich vielmehr um eine umfassende strukturelle Krise, deren Ursprung das Verständnis von einem Nationalstaat ist, in dem Chauvinismus und Verleugnung – seit fast einem Jahrhundert – vorherrschen. Das entspricht nicht den grundsätzlichen Eigenschaften unseres Zeitalters, das als Zeitalter der demokratischen Gesellschaften bezeichnet werden kann.

Anstatt die Vielfalt und die unterschiedliche Herkunft der gesellschaftlichen Gruppen – der AraberInnen, der KurdInnen, der AssyrerInnen und weiterer Ethnien – anzuerkennen und die Vielfalt der Religionen und Sprachen zu achten, haben die Herrschenden in Syrien eine autoritäre Gesellschaftsformation auf der Grundlage von Nationalismus und Chauvinismus gestaltet und damit eine demokratische Transformation verhindert. In diesem Rahmen wurden den Bevölkerungsgruppen systematisch ihre Rechte vorenthalten. Dieses autoritäre Vorgehen bewirkte eine Periode der Dunkelheit und Stagnation für die syrische Gesellschaft. Dadurch wurden die BürgerInnen marginalisiert und davon abgehalten, ihrem freien Willen gemäß ihre jeweils eigene Identität zu entwickeln. Syrien hatte

sich in ein großes Gefängnis verwandelt, in dem jeglicher authentische Pluralismus unterdrückt wurde.

Auf der Grundlage dieses Gesellschaftswandels und des Ziels der chauvinistischen Baath-Partei, mit allen Mitteln ihre Macht zu erhalten und auszubauen – in Zusammenhang mit Programmen der Arabisierung statt der Anerkennung der kulturellen, sozialen und ethnischen Vielfalt –, wurde das Fundament für die jetzige Krise gelegt. Widerstand, der sich insbesondere in den letzten drei Jahren dagegen entwickelte bzw. explodierte, wurde mit scharfer und extensiv angewandter Repression begegnet.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass Syrien einen revolutionären demokratischen Wandel braucht – und nicht nur einen Regimewechsel. Es muss ein grundlegender ideologischer und intellektueller Wandel stattfinden, in dessen Rahmen die Gründe der Krise analysiert werden. Durch einen solchen innovativen Prozess und die Etablierung eines neuen Systems auf der Grundlage von Mechanismen und Strukturen, die dem Zeitalter demokratischer Gesellschaften gerecht werden, kann der notwendige Wandel stattfinden. Dazu müssen die Politik des Chauvinismus und der Verleugnung überwunden und die Rechte aller ethnischen, kulturellen und religiösen Bevölkerungsgruppen anerkannt und durch die Verfassung garantiert sowie durch Institutionen, die dem respektvoll verpflichtet sind, umgesetzt werden. Nur mit ihrem eigenen freien Bewusstsein können die Menschen in Syrien für eine gemeinsame Zukunft ihres Heimatlandes wirken.

Es muss betont werden, dass es für Syrien in Anbetracht der realen Situation nur eine Lösung im Rahmen des Aufbaus eines dezentralen, pluralistischen Staates geben kann, in dem durch die Verfassung Ausgrenzung oder einseitiger Dominanz entgegengewirkt wird. Nur dadurch kann die freie Entfaltung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen effektiv gewährleistet werden. Um diese Konstruktion in diesem Kontext richtig zu verstehen, ist es notwendig, sich von der falschen Logik, die Interessen einzelner Gruppen zum Wohle des Gesamten zu opfern, zu verabschieden – und stattdessen zu begreifen, dass das Wohl jeder einzelnen Gruppe notwendig ist, um das Wohl des Gesamten herzustellen. In diesem Zusammenhang sind respektvolle Beziehungen aller Bevölkerungsgruppen un-



Rojava: Diskussionsrunde in der Bibliothek des Jugendhauses in Amûde   Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

tereinander notwendig – denn niemand kann frei sein, solange jemand anderem die Freiheit vorenthalten wird.

Die grundlegenden Prinzipien des Projekts der demokratischen Lösung:

Der Schlüssel zur Lösung der syrischen Frage liegt im demokratischen und politischen Weg der syrischen Gesellschaft – das ist gerade in Anbetracht des enormen Ausmaßes externer Interventionen wichtig zu sehen. Das bedeutet auch den Verzicht auf Gewalt und sektiererische Ansätze. Nur die Freiheit jeder einzelnen Gruppe im Gesamt kann die Freiheit und Stabilität Syriens garantieren. Das zu begreifen, ist für sämtliche Kräfte des Wandels und der Revolution notwendig.

In dem Wissen darum, dass Vielfalt Reichtum bedeutet und keine Entschuldigung für Spaltung sein darf, muss sich jede/r AkteurIn für die freie und demokratische Entfaltung aller Menschen in einer Gesellschaft einsetzen, in der jede/r die eigene Identität leben und entfalten kann und die Existenz sowie die grundlegenden Rechte sämtlicher Menschen geschützt werden. Das bedeutet, dass die nationale syrische Identität erhalten bleibt, während die unterschiedlichen ethnischen und religiösen Identitäten gefördert und geschützt werden. Das kann durch eine freiwillige und freie Union im Rahmen einer pluralen Demokratie umgesetzt werden, die ermöglicht wird durch:

1. ein pluralistisches, dezentral organisiertes Syrien;

2. die Suche nach einer Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage einer in der Verfassung verankerten Garantie der Rechte – und die Lösung der Frage der Rechte sämtlicher Bevölkerungs- und Religionsgruppen auf Basis internationaler Verträge und Konventionen der Menschenrechte und deren Zusatzprotokolle.

Aktionsplan:

Wir werden daran arbeiten, dieses Projekt/diese Initiative als Diskussionsgrundlage für eine gemeinsame Vision sämtlichen Oppositionsgruppen mit unterschiedlichen Hintergründen zukommen zu lassen. Dadurch, dass wir diesen AkteurInnen mitteilen, dass die Vorstellungen darin Grundlage für eine Weiterentwicklung sein können, wollen wir eine rationale, logische und objektiv demokratische Lösung in Syrien voranbringen. Wir wollen die Zukunft Syriens in einer demokratischen, respektvollen und erkenntnisreichen Art diskutieren, damit die Hände der Kinder des Landes sie gestalten können.

Es ist notwendig, dass die syrische Opposition aus sämtlichen Spektren zusammenhält, um effektiv zu handeln und eine avantgardistische Kraft sein zu können, die ihrer Verantwortung für die Menschen im Land und der Region gerecht wird.

Konkrete Schritte:

1. Präsentation der Initiative für AkteurInnen der Opposition aus sämtlichen Spektren;

2. ein Komitee, das alle Spektren der syrischen Opposition repräsentiert, soll in einem gesetzten Zeitrahmen auf dieser Grundlage einen Entwurf für eine »syrische Lösung« ausarbeiten;

3. Zusammenfassung des Projekts/der Initiative nach der Diskussion des Komitees;

4. Versammlung einer »syrischen Konferenz« sämtlicher Oppositionsparteien;

5. die Formierung eines Komitees auf dieser Konferenz – das Komitee soll die Opposition auf internationaler Ebene repräsentieren;

6. das Projekt der Arabischen Liga, den UN und allen beteiligten AkteurInnen vorstellen.

Es ist Zeit, dass wir die Schreie der Kinder und Waisen hören, deren Verwandte vor ihren Augen starben oder deren Körper vor den Augen ihrer Mütter zerrissen wurden, die genötigt sind, ihre Tränen zu trocknen, wie sie das Blut von den Körpern ihrer Kinder trockneten.

Es ist Zeit, dem Leiden der Eltern ein Ende zu setzen, die noch immer nach den Resten der Körper ihrer Kinder suchen, die von den Geschützen und Kugeln des Todes und der Schande zerfetzt wurden.

Demzufolge rufen wir sämtliche Kräfte, Institutionen und Persönlichkeiten in Syrien auf, diesem Projekt im Geiste der Verantwortung zu begegnen, um die »syrische Frage« im Sinne einer anhaltenden und positiven Lösung für die gesamte Region zu lösen und einen historischen Wendepunkt zu kreieren und die Geschichte zurück auf den richtigen Pfad zu lenken.

Wir sind der Ansicht, dass diese Initiative eine ganzheitliche und umsichtige Vision beinhaltet, um die »syrische Frage« zu lösen. Wir werden auch weiterhin intensiv daran arbeiten und sicherstellen, dass sämtliche Bevölkerungsgruppen und AkteurInnen und sämtliche zu diskutierenden Themen berücksichtigt werden. ♦

Den gesamten Monat Mai besuchte eine Delegation aus der Ethnologin Anja Flach, dem Historiker Michael Knapp und dem Ökologen Ercan Ayboğa Rojava, die befreiten Gebiete der KurdInnen im Norden Syriens.

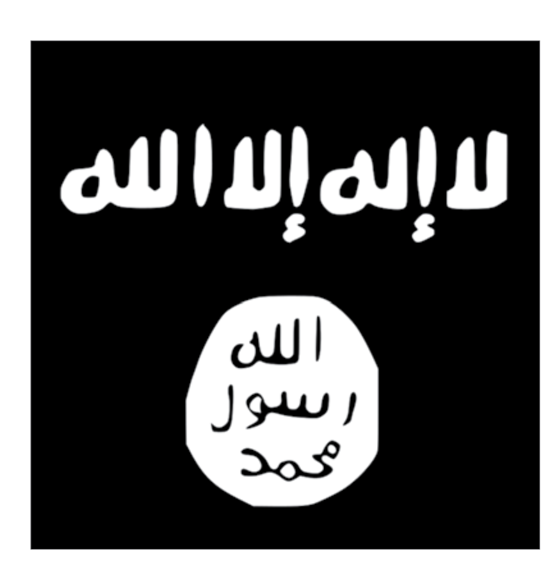
Schwarze Fahne – der Kampf gegen ISIS

Anja Flach, Ethnologin, Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

Im Juli 2012 übernahmen kurdische Organisationen unblutig die Kontrolle in Städten und Dörfern in Rojava, im kurdischen Norden Syriens, entlang der Grenze zum kurdischen Gebiet der Türkei.

»Wo Syrien schon frei und demokratisch ist«, titelte jüngst sogar die Tageszeitung *Die Welt*[1] und beschrieb die Basisorganisierung in Rojava in leuchtenden Farben. Auch wir als Delegation, die Rojava im Mai besuchten, können dies bestätigen: Gäbe es nicht das Embargo von Seiten der Türkei und Südkurdistans auf der einen Seite und die islamistischen Banden auf der anderen Seite, könnte Rojava eine Insel des Friedens und der Demokratie im Mittleren Osten sein. Die islamistischen Banden, allen voran ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien), versuchen jedoch wichtige Gebiete, vor allem in der Erdölregion im Nordosten Syriens (Cizîre) und im Nordirak, unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dabei werden sie von fast allen regionalen Kräften direkt oder indirekt unterstützt. Alle wollen das Projekt der Demokratischen Autonomie in Rojava zerstören, das Projekt einer Frauenrevolution, denn es ist eine wirkliche Alternative und damit eine Bedrohung für ihre eigenen korrupten, patriarchalen und ungerechten Systeme.

Am 8. und 9. Mai hat ISIS die zweitgrößte Stadt des Irak, die Millionenstadt Mûsil (Mosul), erobert; sie ist das kommerzielle Zentrum des Irak und die wichtigste Durchgangsstation auf dem Weg nach Syrien. Häufiger wurden sie in Nachrichtensendungen als »sunnitische Rebellengruppe, die sich mit schiitischen Gruppen bekämpft«, bezeichnet[2], das ist mehr als verharmlosend.



Variante der ISIS-Flagge mit dem ersten Teil der Schahāda (oben) und dem Siegel Mohammeds (unten) | http://de.wikipedia.org

Wer ist ISIS?

ISIS entstand nach der US-geführten Irak-Invasion im Jahr 2003. Ihr Anführer ist Abu Bakr al-Baghdadi. Bis Anfang dieses Jahres galt der ISIS noch als Mitglied des Terrornetzwerkes Al-Qaida. Dieses sagte sich jedoch im Februar von ISIS los.

1 www.welt.de/politik/ausland/article128652793/Wo-Syrien-schon-frei-und-demokratisch-ist.html

2 z. B. Der Standard aus Österreich, 13.6.2014

ISIS bezeichnet sich selbst als radikaler als Al-Qaida. Auch von der Al-Nusra-Front, mit der ISIS noch im Krieg in Serê Kaniyê und Til Kocer (al-Yarubiyah) Seite an Seite gegen die Volksverteidigungseinheiten YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ kämpfte, trennte sich ISIS inzwischen. Beide Organisationen kämpfen gegeneinander um die Kontrolle der Städte Raqqa und Deir ez Zor[3] in Syrien. Al-Nusra verliert jedoch zunehmend an Boden. Für die KurdInnen ist es ohnehin einerlei. Sie nennen alle diese radikalislamischen Gruppen, die sich in immer neuen Formationen zusammenschließen und wieder trennen, Daaisch, das arabische Kürzel für ISIS. Die Türkei unterstützt offiziell nur Ahrar al-Sham, da diese nicht auf der Terrorliste stehen. In der Tat fallen jedoch alle sogenannten Hilfsgüter und auch Waffen in die Hände von ISIS, da diese die Grenze kontrollieren. Bei unserem Besuch in Rojava hören wir immer wieder: »Wir sind die Einzigen, die gegen ISIS kämpfen, wir kämpfen hier für die ganze Welt.«

Fast alle Toten, die auf Seiten der YPG/YPJ zu beklagen sind, fielen im Kampf gegen ISIS. Die größten Verluste hatten YPG/YPJ im Kampf um die Stadt Til Hemis im Januar 2014. In allen anderen Gefechten waren die YPG/YPJ sehr erfolgreich. Obwohl die islamistischen Banden von Staaten wie Saudi-Arabien und Qatar, aber auch vom NATO-Staat Türkei, zum Teil mit modernsten Waffensystemen versorgt werden, haben YPJ und YPG beträchtliche militärische Erfolge zu verbuchen. So fielen nach Angaben des Pressezentrums der YPG im Jahr 2013 bei Gefechten 379 Angehörige von YPG und YPJ, während 2 923 Mitglieder der Dschihadisten starben. Von den 587 festgenommenen Mitgliedern der Banden waren nur 91 syrischer Herkunft![4] »Die meisten kommen aus der Türkei, aber auch aus Tschetschenien, aus Libyen, Europa, es war sogar mal ein Chinese dabei«, so einer der KommandantInnen von Til Xenzir, dem westlichsten Außenposten der YPG in der Cizîre-Region. »Europa muss doch froh sein, dass wir alle ihre Islamisten hier versammeln und bekämpfen«, so Avesta, eine Kommandantin der YPJ in Serê Kaniyê.

Annähernd das gesamte kurdisch bewohnte Gebiet Syriens wurde vom Staat befreit und gegen Islamisten verteidigt, auch die Gebiete arabischer befreundeter Stämme, wie das der Shammar in der Stadt Til Koçer im Oktober 2013.[5] Ebenso der dazugehörige Grenzübergang zum Irak. In der Folge schlossen sich zahlreiche AraberInnen den YPG/YPJ an. Im Juli 2013 befreiten die YPG/YPJ Serê Kaniyê vollständig von den islamistischen Banden, obwohl diese direkte militärische Unterstützung von der Türkei bekamen.

Das Problem ist jedoch, dass die drei kurdischen Kantone Enklaven sind, die Gebiete zwischen ihnen werden überwiegend von ISIS kontrolliert. Während das Gebiet zwischen Afrîn und Kobanê fast unter der Kontrolle von Al-Akrad – kurdische Milizen, die der FSA nahestehen – und anderer Oppositioneller steht, ist das Gebiet zwischen Kobanê und Cizîre noch unter Kontrolle von ISIS. Diese kontrollieren auch die beiden Grenzübergänge Jarablus und Til Abyad, über die ständig Nachschub an Waffen, Kämpfern und Geld aus der Türkei kommt.



YPJ-Kämpferinnen zeigten uns Dolche, die ISIS-Kämpfer zurückließen, als sie flohen. »Diese benutzen sie, um unseren KämpferInnen die Kehlen durchzuschneiden«, so Melsa, eine Kommandantin der YPJ aus Serê Kaniyê.
Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

Das Grauen, das von ISIS ausgeht, ist unbeschreiblich. Am 29. Mai z. B. überfiel ISIS drei vermeintlich yezidische Dörfer in der Region Serê Kaniyê, die jedoch von arabischen Flüchtlingen bewohnt waren, und schlachtete 15 Menschen, darunter sieben Kinder, auf grauenhafte Weise ab.[6] Bilder dieses Massakers, die in den kurdischen Medien erschienen, raubten uns nächtelang den Schlaf. Da ISIS-Kämpfer glauben, sie kämen direkt ins Paradies, finden sich auch zahlreiche Selbstmordattentäter. Fast täglich gibt es Meldungen über solche Anschläge, bei denen fast immer ZivilistInnen ums Leben kommen.

Während unserer Delegationsreise erklärten uns unzählige Menschen, dass sie die Grausamkeiten einfach nicht fassen können, die von ISIS begangen werden. So z. B. Gulistan Osman, eine Vertreterin von Yekitiya Star: »Einem Jugendlichen aus Dêrik wurde von den Dschihadisten die Kehle durchgeschnitten. Seine Mutter hat seitdem keine Nacht mehr geschla-

3 ANHA, 9.6.14

4 www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2014/172/104-ausschliesslich-zum-schutz-der-bevoelkerung-agieren

5 junge Welt, 28.10.2013

6 http://ezidipress.com/?p=2120, u. a. Liste der Ermordeten

fen. Wenn sie irgendwo ein Messer hört oder sieht, verliert sie fast den Verstand.«

YPJ-Kämpferinnen zeigten uns Dolche, die ISIS-Kämpfer zurückließen, als sie flohen. »Diese benutzen sie, um unseren KämpferInnen die Kehlen durchzuschneiden«, so Melsa, eine Kommandantin der YPJ aus Serê Kaniyê. »Ihre Imame haben die Vergewaltigung von kurdischen Frauen und Kindern, das Zerstückeln und Plündern für *halal* erklärt«, so Melsa. »Für sie sind wir *kafir*, Ungläubige, so wie alle, die nicht ihre Ideologie vertreten«, so Melsa weiter.

Am 24.5.14 wurde der Student Muhammad Muhammad von ISIS-Kämpfern ermordet, weil er sich in Al Shiyukh auf dem Weg in die Türkei für einige Frauen einsetzte, die von ISIS-Leuten beleidigt wurden. Einer der Kämpfer stach daraufhin mehrmals mit einem Messer auf Muhammad ein. ISIS-Kämpfer enthaupteten ihn anschließend. Sein kopfloser Körper wurde nach Al Raii gebracht, eine von ISIS kontrollierte Stadt, nahe der türkischen Grenze. Dort wurde Muhammads Leichnam von ISIS an ein Auto gebunden und mehrere Stunden lang als Abschreckung für die lokale Bevölkerung durch den Ort gezogen, bevor er schließlich auf einem Gehweg abgelegt wurde – dies ist kein Einzelfall.

Momentan kursieren Videos im Netz, auf denen zu sehen ist, wie ISIS-Leute einfach aus fahrenden Autos mit halbautomatischen Waffen Fußgänger und dutzende Autofahrer abschießen, im Hintergrund läuft islamische Musik.

Auch innerhalb der eigenen Reihen wird brutal gemordet: »Diejenigen, die die Gruppe verlassen wollten, wurden seitens der Führer und einiger hochrangiger Mitglieder der dawlah[7] unter verschiedenen Ausreden erbarmungslos abgeschlachtet«, berichtet ein Aussteiger. Er berichtet weiter, dass die Bevölkerung gezwungen wurde, eine »Steuer« abzutreten. »Diejenigen, die sich weigerten diese Tribute abzugeben, wurden als Murtad *[vom Islam abgefallene]* abgestempelt und hingerichtet, mit der Begründung, dass sie dem Führer gegenüber ungehorsam seien.« Auch wie der Druck aufrechterhalten wird, berichtet er: »Sie verlangen von jedem Neumitglied ein Bild und die Adresse der Wohnung und des Arbeitsplatzes. Das ist die Taktik einer Mafia-Bande. Wer einmal in die dawlah eintritt, kommt nicht mehr lebendig raus! Viele Brüder möchten von ihnen weg, aber sie schaffen es nicht.«[8]

In Mûsil erklärten sie umgehend, dass nun eine neue Zeit angebrochen sei: Frauen sollen die Häuser nur verlassen, wenn es unbedingt notwendig ist. Sie sollen nur Kleider tragen, »an denen Gott Gefallen findet« – weite Gewänder, die weibliche Formen verhüllen.[9]

Es ist keine große Sache zu erkennen, warum sich zehntausende den Dschihadisten anschließen, die NATO hat schließlich den halben Mittleren und Nahen Osten zerbombt und korrupte Regimes von Afghanistan bis Libyen unterstützt. Entwurzelte chancenlose Jugendliche aus den Ghettos Europas suchen hier den direkten Weg ins Paradies, denn eine Teilnahme am Konsumparadies der weißen Wohlstandsländer wird ihnen ja verwehrt. Jeder Dschihadist trägt einen kleinen Schlüssel bei sich, der ihm nach dem Tod das Paradies aufschließen soll, das hören wir immer wieder. Manchmal hört man sogar etwas Mitleid bei den YPJ-Kämpferinnen gegenüber so viel Einfalt, »aber was sollen wir mit einem 16-Jährigen machen, der fünf unserer Jugendlichen die Kehlen durchgeschnitten hat?«, fragt Axîn Amed ratlos. »Die ISIS-Kämpfer gehen ohne Furcht in den Tod, sie kämpfen, ohne etwas über das Land zu wissen, in dem sie sich befinden.« Der Kommandant von Til Xenzir berichtete uns, sie hätten schon Dschihadisten festgenommen, die glaubten, sie kämpften gegen Israel. Die multinationale Truppe hat keinerlei Bindung an die ortsansässige Bevölkerung, das macht sie so mitleids- und hemmungslos.

Eine Stärke von ISIS ist es, weit weniger als die anderen Gruppen auf Spenden aus dem Ausland angewiesen zu sein. Dennoch gelten sie insbesondere aufgrund ihrer Unterstützung durch die Golfmonarchien als finanziell besonders kräftig. Ein wichtiges Einkommensfeld von ISIS sind Plünderungen und der Verkauf von Beutegut. Die Intervention in Syrien wurde zu einem Teil mit »Steuern« finanziert, welche die Organisation von Geschäftsleuten im Irak, vor allem in Mûsil, erpresste. In Syrien setzte sich ISIS an Grenzübergängen und auf Ölfeldern fest, um Zölle zu kassieren. Es geht ihnen überwiegend um wirtschaftliche Ressourcen.[10]

ISIS überrennt Mûsil

Am 9. Juni eroberte ISIS Mûsil. Die Stadt ist wegen der nahegelegenen Ölfelder strategisch besonders wichtig. Auch den Flughafen von Mûsil hat ISIS eingenommen. Die irakische Regierung gestand ein, die Kontrolle über die gesamte Provinz Ninowa verloren zu haben.

Das kündigte sich allerdings schon länger an. Abdullah Öcalan warnte schon Anfang des Jahres, dass diese Situation eintreten könne. Mûsil bietet schon seit langem ein apokalyptisches Bild, schon seit Monaten konnte die irakische Regierung

7 Arabisch: Staat

8 www.ahlu-sunnah.com/threads/56331-Interview-mit-einem-ehemaligen-ISIS-Mitglied-in-Syrien

9 www.spiegel.de/politik/ausland/irak-terrorgruppe-isis-veroeffentlicht-regeln-fuer-menschen-in-Mosul-a-974766.html

10 NZZ, 12.06.2014

nur mit Mühe die Straße nach Syrien halten. Laut Spiegel stürmten die Islamisten zudem mehrere Gefängnisse und ließen mehr als 1400 Häftlinge in der nordirakischen Stadt frei.

Hunderttausende sollen aus Mûsil in den kurdischen Nordirak geflohen sein. Mittlerweile wird schon von über einer Million Flüchtlingen ausgegangen. Hunderte ZivilistInnen, Peşmerga und Soldaten starben, PDK und YNK evakuierten ihre Gebäude.

Damit steht ISIS auch wiederum kurz vor Til Koçer (al-Yarubiyah), dem einzigen Grenzübergang nach Rojava, nur diesmal auf der irakischen Seite.[11] Dazwischen liegt nur noch das Gebiet des Gergerî-Stammes[12], der sich erfolgreich gegen ISIS wehrt.

Gedenktafel am Straßenrand für die getöteten Mitglieder der Volksverteidigungseinheiten YPG und der Frauenverteidigungseinheit YPJ. Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

Die Dschihadisten hatten seit Jahresbeginn bereits die Stadt Falludscha (Al Fallūjah) und weite Teile der westirakischen Provinz al-Anbar unter ihre Kontrolle gebracht. Von dort aus planen sie regelmäßig Angriffe gegen die Hauptstadt Bagdad.

Warum hat die irakische Armee die Millionenstadt kampflos übergeben?

Der schiitische Regierungschef Nuri al-Maliki hat zwar die Parlamentswahlen Ende April gewonnen, ihm fehlen jedoch Koalitionspartner für die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Offensichtlich konnte ISIS zahlreiche sunnitische Stammesführer auf ihre Seite ziehen, Teile der Armee sind übergelaufen.

Büchse der Pandora geöffnet

Auf Treffen im Sommer 2012 in der Türkei in den nordkurdischen Städten Riha (Urfa) und darauf in Dîlok (Antep) war von den Regionalmächten beschlossen worden, dass die Region Rojava mithilfe der Banden zwischen den Einflusssphären der Türkei und Südkurdistans aufgeteilt werden sollte. An diesen Treffen beteiligten sich einige europäische Staaten, Saudi-Arabien, der türkische Außenminister Davutoğlu und der Regionalregierung Kurdistan nahestehende Gruppen. Dort wurde ein strategischer Pakt geschlossen, dass die Regionen Afrîn und Kobanê dem Einflussbereich der Türkei zugeschlagen werden sollten, während die Region Cizîre unter dem Einfluss der Regionalregierung Kurdistan und damit direkt der USA stehen sollte. Alle Kräfte wollen die Rätebewegung in Rojava mithilfe von ISIS schwächen und den Kuchen dann untereinander aufteilen.

Der türkische Nahostexperte Haluk Gerger analysiert die Unterstützung von ISIS folgendermaßen: »Die Angriffe *[… von ISIS]* werden von der Türkei geplant und Al-Qaida führt sie aus, der Westen, die arabischen Nationalisten und das Baath-Regime schauen dabei weg und tun so, als wüssten sie nichts. Dies zeigt deutlich, dass die Kurden wieder einmal alleine stehen.«

Diese Haltung wird belegt durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, danach ist der Bunderegierung nichts von Massakern durch die Islamisten bekannt, obwohl die Informationen und Augenzeugen öffentlich zugänglich waren. Sie zog sich aus der Affäre, indem sie sagte, es lägen keine belastbaren Informationen vor. An anderer Stelle, als es um die Verurteilung der Selbstverwaltung in Rojava ging, war sie aber durchaus bereit, Informationen

11 DIHA, 10.06.2014

12 Unterstamm der Schabbak, sieben Dörfer in der Region Mûsil werden von den Gergerî bewohnt. Ihr Name scheint kurdischen Ursprungs zu sein und bedeutet »die Reisenden«, was mit höchster Wahrscheinlichkeit mit ihrer nomadischen Vergangenheit in Zusammenhang steht.



Zentrum der städtischen Frauensicherheitskräfte Asayişa Jine in Serê Kaniyê
Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

von wesentlich geringerer Qualität anzuführen.[13] Dieses kleine Beispiel zeigt die politische Herangehensweise vieler westlicher Mächte, die in ISIS und Jabhat al-Nusra durchaus zumindest tolerierbar und indirekt mit Waffen zu unterstützende Alliierte gegen Assad und die kurdische Selbstverwaltung sahen.

Der kurdische Präsident Masud Barzanî versucht mithilfe eines Embargos sowie Terroranschlägen, die die Rojava-Bevölkerung zur Flucht treiben, sich die ölreiche Cezîre-Region einzuverleiben.[14]

Barzanî strickt zudem schon lange mit an der Schwächung der irakischen Zentralregierung. Im vergangenen Jahr hatte die Regionalregierung Kurdistan über 60 000 Barrel Öl in die südtürkische Küstenstadt Ceyhan geleitet, ohne dabei das Pipeline-System Bagdads zu nutzen. Dies bedeutet eine stärkere prozessuale Unabhängigkeit des Ölhandels für Kurdistan, aber auch einen Verlust an Autorität und Einkommen für Bagdad.[15]

Milizen der syrisch-kurdischen Parteien, welche der PDK Barzanîs nahestehen, sind dafür bekannt, regelmäßig mit islamistischen Banden zusammen operiert zu haben. Insbesondere AugenzeugInnen des Massakers von Til Hasil und Til Harran im Sommer 2012, bei dem über 70 Personen ermordet worden sind, berichten dies.

Alle Seiten, die Türkei, die Regionalregierung Kurdistan, aber auch die syrische Regierung, haben nichts gegen die Erstarkung von ISIS unternommen, denn in dem Punkt waren sich alle einig: Es gefiel ihnen außerordentlich gut, dass das Projekt der Demokratischen Autonomie in Rojava durch ISIS in Bedrängnis geriet. So teilen sich z. B. die Truppen von Assad mit ISIS Teile der Stadt Heseke, wobei beide Seiten nur die YPG/YPJ bekämpfen. Assad lässt ISIS-Truppen durch sein Gebiet ziehen, ohne sie zu behelligen, er bekämpft die FSA, Al-Nusra, die Islamische Front und andere, nicht aber ISIS. Kämpferinnen der YPJ, die den Hinterhalt von Til Hemis überlebt haben, berichten von einer engen Zusammenarbeit von Regime und ISIS dort. Dass Assads Truppen gegen ISIS kämpfen, ist eine Lüge, die als Begründung für Waffenlieferungen an ISIS herhält.

Die Türkei lässt diese Truppen nach Überfällen auf kurdische und arabische Dörfer in der Region Serê Kaniyê das geplünderte Inventar auf türkischem Gebiet verkaufen und öffnet ihre Grenze für deren LKWs. So wurden in der Region Serê Kaniyê/Til Xelef zwei Lastwagenladungen mit archäologischen Funden sichergestellt, die von ISIS verkauft werden sollten. Aber nicht nur auf Kulturgüter hat es ISIS abgesehen, aus Gebieten, aus denen sich ISIS vor den YPG/YPJ zurückziehen musste, konnten wir immer wieder beobachten, dass alles, was man verkaufen konnte, mitgenommen wurde. Das können Stromkabel, Rohre, Sicherungen und Wasserhähne u. Ä. sein. So berichten uns YPJ-Kämpferinnen sogar von ISIS-Mitgliedern, die sich mit Türen, die sie gestohlen hatten, auf dem Rücken zurückzogen. Das Beutegut wird über die gut bewachte türkische Grenze gebracht und in der Türkei in Orten wie Demirkapı in der Region Riha verkauft.

Alle ausländischen Kämpfer von ISIS reisen über die Türkei nach Syrien ein. Wir selbst haben gesehen, dass Lebensmittellieferungen in von den YPG/YPJ eroberten ISIS-Stellungen aus Saudi-Arabien und der Türkei stammen und mit der Aufschrift »Hand in Hand Türkei und Saudi-Arabien« beschriftet

13 http://geopolitik-studien.de/wp-content/uploads/2013/09/Anlage-zu-KA-Nr.-17-14612-Die-Linke.pdf

14 civaka-azad.org/der-fall-beshir-abdulmecid-mussa-starke-hinweise-auf-verstrickung-der-suedkurdischen-pdk-regierung-bombenanschlaege-rojava/

15 Deutsch-Türkische Nachrichten, 31.01.14

waren. Diese Lebensmittelpakete lagen neben fertigen schweren Sprengsätzen, wie sie u. a. in Autobomben zwei Wochen zuvor in Til Xelef und Serê Kaniyê eingesetzt worden waren.

Erst am 14.6. wurde bekannt, dass sich nach Angaben verschiedener Agenturen auch Spezialkräfte der Türkei in Falludscha im Irak zur Ausbildung von ISIS-Kräften befunden hätten.

Das erste Mal ist jedoch nun auch die Türkei selbst vom ISIS-Terror betroffen, die Mitarbeiter ihres Konsulates in Mûsil wurden von ISIS verschleppt. Auch einige türkische LKW-Fahrer, die Öl transportierten, wurden entführt.[16]

Bei der Übernahme von Mûsil sind ISIS offensichtlich ungeheure Waffenarsenale der irakischen Armee sowie Devisen und Gold aus geplünderten Banken in Milliardenhöhe in die Hände geraten. Sie sind auf einem Siegeszug und bedrohen auch die zweite Ölstadt des Irak, Kirkuk und sogar die Hauptstadt Bagdad.[17] Am 16.6. überrannte ISIS Tal Afar, eine Stadt, in der 250 000 schiitische TurkmenInnen leben, diese sind nun auf der Flucht nach Şengal, in das Gebiet der kurdischen YezidInnen.

Auch wenn nun alle regionalen Kräfte gemeinsam gegen ISIS vorgehen würden, was äußerst unwahrscheinlich ist, hätten sie Schwierigkeiten, diese Büchse der Pandora wieder zu schließen.

Die westlichen und regionalen Staaten haben ein Monster geschaffen, indem sie seit Jahrzehnten islamistische Kräfte unterstützen, um antikapitalistische und demokratische Alternativen zu verhindern bzw. Regimes zu stürzen, die sich ihnen nicht vorbehaltlos unterordnen.

Peşmerga und YPG/YPJ gemeinsam gegen ISIS?

Nachdem sich die irakische Armee auch aus Kirkuk zurückgezogen hat, ist die gesamte Stadt unter der Kontrolle von Peşmerga. In Selemiye und in Til Koçer kämpfen Peşmerga und YPG/YPJ schon gemeinsam gegen ISIS. Die irakische Armee hingegen hat es immerhin geschafft, Tikrit den Händen von ISIS zu entreißen.[18]

Die YPG erklärten unterdessen, sie seien bereit, Südkurdistan gemeinsam mit den Peşmerga zu verteidigen. Sie riefen auf, nun endlich alle innerkurdischen Feindschaften zu begraben und gemeinsam gegen die Dschihadisten vorzugehen, denn der letzte Angriff sei ein Angriff auf alle KurdInnen.

In einer Erklärung heißt es: »Als YPG haben wir seit 18 Monaten gegen diese extremistischen Gruppen gekämpft. Bei vielen Gelegenheiten haben wir erfahren, dass das Ziel dieser ISIS-Banden ist, das kurdische Volk auszulöschen. Wir haben wertvolle Erfahrungen in unserem Widerstand gegen die Banden gesammelt und unsere KämpferInnen haben heldenhaft gekämpft.«

Die YPG-Erklärung endet mit einem Appell an alle Völker Kurdistans, ihre Einigkeit zu festigen und gemeinsam über Parteigrenzen hinweg Widerstand zu leisten.[19] Die YPG nahmen die Sicherheit der Völker von Rojava, seien sie assyrisch, arabisch, turkmenisch, aramäisch oder chaldäisch, sehr ernst und garantierten sie, so Sipan Hemo, Sprecher der YPG.[20]

Bei den durch die ISIS-Invasion Betroffenen scheint sich nun zumindest eine selbstkritische Haltung zu zeigen. So erklärte der Gouverneur Najmeldin Karim von Kirkuk, dass es ein großer Fehler gewesen sei, den Beschuldigungen der PDK, dass die PYD und YPG »antidemokratisch« seien, Folge zu leisten. Er erklärte: »Wir haben die PYD/YPG nicht verstanden und einen Fehler gemacht, sie leisten seit Jahren Widerstand gegen ISIS, während wir mit einem Heer von einer Million irakischen Soldaten nicht einmal ein paar Stunden aushalten konnten.«[21]

Der PYD-Kovorsitzende Salih Muslim Muhammad erklärte gegenüber Bianet: »Einige Leute sehen immer noch nicht die Tatsache: ISIS ist nur ein Instrument in den Händen anderer. Die Kräfte dahinter sind entscheidend.«[22]

»Der Westen aber muss sich fragen, weshalb er so lange zugesehen hat, als Verbündete Waffen nach Syrien lieferten, die dann in die Hände von Extremisten gelangten. Er muss endlich erkennen, was in Syrien auf dem Spiel steht, und seine Politik ändern«, so Rainer Hermann von der FAZ.[23]

Dem ist nur hinzuzufügen, dass das Embargo gegen Rojava endlich fallen muss und nun alle Kräfte die KurdInnen stärken sollten, die offensichtlich als Einzige in der Lage sind, die Terrorbanden zu stoppen, und ein Projekt für einen demokratischen Mittleren Osten haben. ♦

16 www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/irak-mosul-bagdad-terroristen-tuerkisches-konsulat-angriff

17 www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/irak-mosul-bagdad-tikrit-terrorgruppe-isis

18 hawarnews, 12.06.14

19 hawarnews, 10.06.14

20 ku.firatajans.com/news/cihan/hemo-kerkuk-qudisa-kurdan-e-serketin-a-meye.htm

21 www.diclehaber.com/tr/news/content/view/406149?from=3392673384

22 www.bianet.org/english/diger/156395-isis-crisis-urges-kurdish-unity

23 FAZ, 12.06.2014

Die Demokratische Autonomie in Rojava

Ziel ist eine demokratische Lösung für den gesamten Mittleren Osten

Michael Knapp, Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

In den letzten 33 Jahren des kurdischen Freiheitskampfes haben die kurdische ArbeiterInnenpartei PKK und ihr Vorsitzender Abdullah Öcalan auf gesellschaftliche Dynamiken reagiert, diese geprägt und immer weitere Schritte in Richtung einer befreiten Gesellschaft entwickelt. Die PKK begriff die kurdische Frage immer als eine Frage der Befreiung der Gesellschaft, der Geschlechter und all ihrer Menschen, nicht nur als eine nationale oder ethnische Frage. Das Buch *Soziologie der Freiheit [Özgürlük Sosyolojisi]* von Abdullah Öcalan ist wie ein Fahrplan für die Befreiung Rojavas und des gesamten Mittleren Ostens. Bis ins Detail werden hier Schritte zur Befreiung aufgezeigt. Bei unseren Reisen durch die Region Rojava, hatten viele der Menschen, die wir dort trafen, eine enge Beziehung entweder zu Abdullah Öcalan selbst oder eben Personen, welche die Geschichte der PKK entscheidend prägten. Dieser kontinuierliche Kontakt führte zu einer Veränderung in der feudal geprägten Gesellschaft der Region. Dies betonten uns gegenüber insbesondere die Frauen, welche die Ansätze der kurdischen Frauenfreiheitsideologie seit mehr als zwanzig Jahren kennen und umzusetzen versuchen. Der enge Kontakt zur kurdischen Freiheitsbewegung führte schließlich dazu, dass sich viele Menschen der PKK anschlossen und für sie zunächst in Nordkurdistan kämpften. Es ist also falsch, die PKK als ein nordkurdisches Phänomen anzusehen, dieser Bewegung gehörten und gehören zehntausende AktivistInnen aus Rojava an.

Auf die Festnahme von Abdullah Öcalan 1999 und die Verschärfung der Repression durch das Assad-Regime folgte eine Phase der Reorganisierung. 2004, nach einem Massaker in Qamişlo an der kurdischen Bevölkerung durch das Regime und dem darauf folgenden Aufstand, begann diese Organisierung an Dynamik zu gewinnen, bis hin zum Aufbau von bewaffneten Selbstverteidigungsgruppen. Wenig zuvor hatte sich auch die linke Partei der Demokratischen Einheit PYD gegründet und wurde schnell zu einer starken politischen Kraft in der Region. Die neuen Paradigmen der kurdischen Freiheitsbewegung und insbesondere das von Abdullah Öcalan u. a. orientiert an dem libertären Theoretiker Murray Bookchin entworfene Modell des Demokratischen Konföderalismus und der Demokratischen Autonomie begannen ein Maßstab der Orientierung zu werden. Abdullah Öcalan hatte in der Kritik an der Geschichte der realsozialistischen Staaten und der nationalen Befreiungsbewegungen – die PKK eingeschlossen – das Modell einer »demokratischen, ökologischen, geschlechterbefreiten Gesellschaft« als Alternative zu den Auffassungen von Revolution, die auf Umsturz und Machtübernahme abzielten, entworfen. In diesem Kontext führte er den Begriff einer »ethischen und politischen Gesellschaft« ein, die sich basisdemokratisch selbst verwaltet und sich zur entmündigten, homogenisierten Konsumgesellschaft des Kapitalismus abgrenzt.

So bildeten sich schon vor den Aufständen in Syrien erste Räte sowie Komitees und es wurde damit begonnen, eine radikaldemokratische Organisierung zunächst der gesamten kurdischen Bevölkerung von Rojava voranzutreiben. Als dann ab dem 19. Juni 2012 nach und nach die Städte Kobanê, Afrîn, Dêrik und viele andere Orte vom Regime befreit wurden, zeigte sich die Stärke dieser Organisierung. Die Militärbasen wurden umstellt und den zahlenmäßig massiv unterlegenen Regimetruppen wurde die Möglichkeit zum Abzug gegeben. Nur in Dêrik kam es zu Kämpfen mit einigen wenigen Toten. Aber auch hier verhinderte die Selbstorganisierung Übergriffe, Zerstörungen und Racheaktionen, wie uns Menschen aus der Bevölkerung von Dêrik direkt mitteilen konnten.

Die legitime Selbstverteidigung und der »Dritte Weg«

Wenn wir diese Phase und die Politik der kurdischen Bewegung in Rojava betrachten, dann können wir auch die Umsetzung eines anderen Paradigmas des Demokratischen Konföderalismus beobachten: die Selbstverteidigung und das Primat der gewaltfreien Lösung. Die kurdische Bewegung und insbesondere die PYD organisierten schon vor der syrischen Revolution Widerstand gegen das Assad-Regime. Dabei ging es um einen demokratischen Wandel, eine Militarisierung des

Konflikts sollte verhindert werden. Mit Ausbrechen des Krieges, der Islamisierung und Fremdbestimmung des syrischen Aufstands entschied sich die kurdische Bewegung in Rojava deshalb für einen dritten Weg – weder mit dem Regime noch mit der Opposition. Selbstverteidigung ja, Krieg nein, diese Politik behielt diese Bewegung bis heute bei. Deshalb werden in den von RegimeunterstützerInnen bewohnten Vierteln von Qamişlo noch Einheiten des Regimes geduldet. Dasselbe gilt für den Flughafen. Ziel ist noch immer, eine politische, demokratische Lösung für ganz Syrien zu erreichen.

Von der Kommune als Zentrum der Gesellschaft zur Organisierung von ganz Rojava

»Die Schaffung einer Plattform, auf der alle Arten von sozialen und politischen Gruppen, religiöse Gemeinschaften oder intellektuelle Tendenzen sich selbst direkt in allen lokalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können, kann auch als partizipative Demokratie bezeichnet werden.«[1]

Der Demokratische Konföderalismus zielt auf die Autonomie der Gesellschaft ab, das bedeutet, dass die Perspektive nicht ist, dass der Staat die Gesellschaft verwaltet, sondern eine politisierte Gesellschaft, die sich selbst bestimmt. Er stellt damit der kapitalistischen Moderne die demokratische Moderne gegenüber. Um dies zu ermöglichen, wurde in Rojava die Kommune in den Mittelpunkt des Gesellschaftssystems gerückt. Die Kommune, das heißt die Selbstverwaltung der Straße, stellt den Mittelpunkt der Gesellschaft dar. Die Beschlüsse der Kommunen sind quotiert, das bedeutet, dass zur Entscheidungsfähigkeit, wie in allen Räten in Rojava, mindestens 40 % Frauen an der Diskussion beteiligt sein müssen. Hier werden die aktuellen Notwendigkeiten der Verwaltung, Strom- und Lebensmittelversorgung, aber auch gesellschaftliche Probleme, wie patriarchale Gewalt, Familienstreits und vieles andere diskutiert und wenn möglich gelöst. Die Kommunen haben Kommissionen, die sich mit allen gesellschaftlichen Fragen befassen. Dabei geht es von der Organisierung der Verteidigung, der Justiz, der Infrastruktur, der Jugend bis hin zur Ökonomie und dem Aufbau von eigenen Kooperativen, die von der Kommune getragen werden. Das können Bäckereien, Nähereien oder aber auch landwirtschaftliche Projekte sein. Ökologiekommissionen kümmern sich um die Sauberkeit der Stadt und ökologische Problematik. Besonders wichtig ist hier auch der Gedanke, durch Komitees für Frauenökonomie die gesellschaftliche Position der Frau zu stärken, indem Frauen eine ökonomische Unabhängigkeit entwickeln.

Bei allen Fragen steht den Kommunen das jeweilige Mala Gel, das Volkshaus, zur Seite, das sowohl Institution der Unterstützung als auch eine Form von erstinstanzlicher Gerichtsbarkeit darstellt. Dabei steht der Einigungs- und Kompensationsgedanke im Mittelpunkt, die Ursachen eines Regelverstoßes sollen untersucht und überwunden und die Opfer geschützt werden. Dies gilt für allgemeine Delikte; für patriarchale Gewalt und alle Angriffe, die Frauen betreffen, ist das Mala Jinan, das Frauenhaus, zuständig, das dem Frauenrat angeschlossen ist, der eine Parallelstruktur zum gemischten Rat der Kommune darstellt.

Wie wir selbst beobachten konnten, nehmen an den Kommunen mittlerweile Menschen unterschiedlichster Identität teil, vor allem auch AraberInnen und AssyrerInnen.

Das Mala Jinan ist ebenfalls für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Umsetzung der Ziele der Frauenfreiheitsbewegung verantwortlich.

Soweit möglich, wird in den Räten das Konsensprinzip den Abstimmungen vorgezogen. Die Kommunen entsenden ihre VertreterInnen in die jeweiligen Stadtteilräte und Stadträte.

Diese Struktur setzt sich bis in den Gesamtrat von Rojava fort.

Demokratische Autonomie und Nationalstaat

»Friedliche Koexistenz zwischen dem Nationalstaat und dem Demokratischen Konföderalismus ist möglich, solange sich der Staat nicht in zentrale Belange der Selbstverwaltung einmischt. Alle solche Interventionen würden die Selbstverteidigung der Zivilgesellschaft fordern.«[2]

Der Demokratische Konföderalismus ist also eine Form der Selbstverwaltung, die dem Modell von Staatlichkeit gegenübersteht. Es geht eher um einen Ansatz permanenter sozialer Revolution, die sich in jeder Facette der gesellschaftlichen Struktur widerspiegelt. Die Überwindung des Nationalstaats ist als langfristige Perspektive vorgesehen. Der Staat wird dadurch überwunden, dass auf praktischer Ebene alle Strukturen in Selbstorganisation und Selbstverwaltung übernommen werden. Weder staatliche noch territoriale Grenzen sollen dabei eine Rolle spielen.

Durch die Selbstverwaltung der Gesellschaft werden der Staat und der Nationalstaat vom Demokratischen Konföderalismus überflüssig gemacht. Das bedeutet, dass die Kommune, der Rat, die Gemeinschaft autonom in dieses Gesellschaftsmodell eingebunden sind und die Kommune das politische Zentrum ist. Als Form hat sich die Region Rojava zunächst das

1 A. Öcalan: Democratic Confederalism, London 2011, S. 26

2 Ibd., S. 32

Schweizer kantonale Modell mit seiner weitgehenden Autonomie der Regionen gewählt. Im Idealfall entsteht der Kanton aus der Kooperation der autonomen politischen Räte. Während der Nationalstaat auf gesellschaftliche Homogenisierung durch Identitätsbildung und deren automatisch gewaltförmige Durchführung setzt, bezieht sich der Demokratische Konföderalismus auf die gesellschaftliche Vielfalt. Der Nationalstaat hat eine Blutspur durch die Weltgeschichte gezogen. Als Beispiele aus der Region seien hier nur die Arabisierungspolitik Syriens und die Türkisierungspolitik der Türkei genannt. In Syrien leben sunnitische und schiitische AraberInnen, sunnitische KurdInnen, assyrische ChristInnen, ChaldäerInnen, yezidische KurdInnen, ArmenierInnen, AramäerInnen, TschetschenInnen, TurkmenInnen und viele weitere kulturelle, religiöse oder ethnische Gruppen. Eine Repräsentanz aller dieser gesellschaftlichen Gruppen soll ebenfalls über das Rätesystem und eine entsprechende Quotierung im System erreicht werden. Die Kommune ist die Struktur der Selbstverwaltung, welche die Nachbarschaften direkt einbindet und muss daher das Zentrum der politischen Selbstverwaltung sein. Um den Organisierungsgrad der Gesellschaft dabei zu erhöhen, werden Bildungsveranstaltungen für die Mitglieder der Kommunen durchgeführt, bei denen unter anderem demokratische Selbstbestimmung und Rechte, Frauenbefreiung, Geschichte von Syrien, Geschichte von Kurdistan, Kurdischkurse und viele andere gesellschaftliche Anliegen Thema sind.

Bei unseren Reisen in die Region konnten wir feststellen, dass die von Region zu Region unterschiedlich gelungen ist. In vielen Bereichen bestehen arabische Räte und insbesondere die AssyrerInnen arbeiten sehr eng mit der Bewegung der Demokratischen Gesellschaft TEV-DEM zusammen. Zentrale Positionen werden nach System von drei oder vier Kovorsitzenden besetzt, die den gesellschaftlichen Gruppen der Region entsprechen sollen.

Oberster Rat, TEV-DEM oder doch parlamentarische Demokratie?

Während die kurdische Bevölkerung in vielen Teilen schon Jahrzehnte Erfahrung mit den Konzepten von Frauenbefreiung und gesellschaftlicher Befreiung der kurdischen Bewegung hat, gibt es in dieser Hinsicht natürlich auch Ungleichzeitigkeiten und den Wunsch, sich in klassischen Parteien und nicht in Räten zu organisieren.

Dieses Problem soll in Rojava durch eine Doppelstruktur gelöst werden. Einerseits soll ein Parlament gewählt werden, zu dem so bald wie möglich freie Wahlen unter internationaler Beobachtung stattfinden sollen. Dieses Parlament stellt eine Parallelstruktur zu den Räten dar, welches eine Übergangsregierung bilden wird, in der alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert sind, während das Rätesystem eine Art Parallelparlament darstellt. Die Strukturierung und Regelung dieser Zusammenarbeit befinden sich gerade im Diskussionsprozess.

Die Kommune schließt die Lücke zwischen den Volksräten und der Bevölkerung

Mamoste Abdulselam von TEV-DEM in Heseke hatte das System der Kommunen in Heseke erklärt. »Es gab eine Lücke zwischen den Räten und der Bevölkerung, daher haben wir das Kommunesystem entwickelt«, so Mamoste Abdul. »Es gibt hier 16 Stadtteilräte. In jedem Rat sitzen 15–30 Personen. Etwa 50 Häuser bilden eine Kommune. Die Kommune wird sehr viel genutzt. Es gibt etwa 10–30 Kommunen mit 15–30 Personen pro Stadtteil. Im Stadtteil Mifte in Heseke gibt es 29 Kommunen, der Nachbarstadtteil hat 11 Kommunen – jeder Stadtteil baut sich nach dem Schlüssel von etwa 20 Kommunen pro 1000 Personen auf. Die 16 Stadtteilräte bilden sich aus den Kommunen. 101 Personen sitzen im Stadtrat von Heseke. Dazu kommen fünf VertreterInnen der PYD und jeweils fünf der anderen Parteien, fünf VertreterInnen der Organisation der Familien der Gefallenen, fünf von Yekitiya Star, fünf von der Revolutionären Jugend, fünf von den Liberalen. Die Stadtteilräte tagen normalerweise alle zwei Monate. 21 Personen werden als Koordination gewählt. Die Leitungstreffen finden einmal im Monat und bei besonderen Vorfällen statt. Immer mindestens 40 % der VertreterInnen sind Frauen und mindestens 40 % sind Männer. Entschieden wird im Konsensprinzip. Es wird darauf geachtet, dass nicht nur eine Person redet. Die Kovorsitzenden werden gewählt. Die Leute werden von den Mitgliedern der Kommune vorgeschlagen und dann gewählt.

Die Frauenarbeit in der Kommune

Sirin Ibrahim Ömer, eine 45-jährige Frau aus dem Stadtteil Hileli in Qamişlo, hatte uns zu Beginn unseres Aufenthalts in Rojava über die Frauenarbeit in der Kommune berichtet.

»Wir sind 60 aktive Frauen in der Kommune, einmal in der Woche machen wir Bildungsarbeit, wir lesen gemeinsam Bücher und diskutieren darüber. Zweimal im Monat besuchen wir die Frauen, erklären die Aufgaben der Revolution. Viele sind sehr von der Logik des Staates beeinflusst, sie sehen sich nicht als Menschen, die selbst politisch handeln können. Sie haben sehr viele Kinder und es gibt viele Auseinandersetzungen zuhause. Die Kinder sind draußen auf der Straße und machen Mist, statt zur Schule zu gehen. Darum kümmern wir uns. Wir haben ein Komitee, das sich darum kümmert,

wenn eine Familie kein Einkommen hat. Sie bekommen die Grundnahrungsmittel gestellt.

Das Friedenskomitee redet mit den Familien. Wenn es Gewalt in der Familie gibt, kann die Frau bei den Asayiş Hilfe holen. In Hileli ist das inzwischen gesellschaftlich geächtet, seine Frau zu schlagen, das hat quasi ganz aufgehört. In anderen Stadtteilen ist das teilweise noch verbreitet. Hier war es üblich, dass in den Wohnungen 24 Stunden der Fernseher lief, mit türkischen Sendungen in arabischer Sprache, das war ein großes Problem. Als es plötzlich keinen Strom mehr gab, waren die Köpfe auch frei für etwas anderes.

Viele Frauen wurden sehr jung – damit es nicht zu außerehelichen Schwangerschaften kommt – im Kindesalter verheiratet. Jetzt sehen sie, dass Bildung gut für sie ist, dass sie dann ein besseres Leben haben.



Nähereikooperative in Qamişlo Foto: Rojava-Delegation Kampagne TATORT Kurdistan

Einmal in der Woche gehen wir los, sammeln auch ein bisschen Geld ein, das ist eher eine symbolische Hilfe. Wir verteilen auch die Zeitung (Ronahi), die einmal die Woche erscheint. Sie ist sehr preiswert, damit alle sie lesen können. Sie erscheint in arabischer und kurdischer Sprache. Wenn wir jetzt zusammenkommen ist unser Thema nicht Klatsch und Tratsch, wie früher, sondern die politischen Entwicklungen und die Frauenorganisierung. Wir kennen alle hier im Stadtteil.«

In vielen Stadtteilen gibt es inzwischen sogenannte Frauenhäuser. Es sind keine Frauenfluchthäuser wie in der BRD, sondern Häuser, in denen Frauen zusammenkommen, sich gemeinsam bilden, ihre Probleme besprechen, oft werden Computer-, Sprach- oder Nähkurse angeboten.

Die wichtigste Arbeit der Frauenhäuser ist jedoch die Hilfe bei gesellschaftlichem Sexismus.

»Die Frauen kommen zu uns, wenn sie Probleme haben. Nicht nur die kurdischen Frauen, auch die arabischen Frauen«, so eine Vertreterin des Frauenhauses in Serê Kaniyê.

Wir werden selbst ZeugInnen einer solchen Anfrage. Zwei ältere arabische Frauen sind gekommen und bitten die Frauen des Frauenhauses um Hilfe. Nach einer Trennung verlangen sie Entschädigung.

»Durch das Kommunesystem kennen wir jede einzelne Familie, wir kennen die wirtschaftliche Situation der einzelnen Familien, wir wissen, wer seine Frau und seine Kinder schlägt. Wir gehen direkt dorthin und sprechen mit den Betroffenen, bis es zu einer Lösung kommt«, so die Vertreterin des Frauenhauses von Serê Kaniyê. Sie vereinbart einen Termin mit den beiden Frauen, um eine Lösung für ihre Probleme zu finden.

Die Kommune – als Ort der Konfliktlösung

Die Kommune ist nicht nur ein Ort der Selbstorganisierung, sondern auch der gesellschaftlichen Konfliktlösung. So geht es um soziale Probleme im Stadtteil, um Unterstützung von ärmeren Mitgliedern der Kommune und um die gerechte Verteilung von Brennstoff, Brot und Lebensmitteln. Konflikte, Nachbarschaftsstreits, aber auch Gewalt gegen Kinder werden auf den Treffen der Kommune verhandelt und versucht zu lösen. Als wir uns in Dêrik auf dem Treffen von VertreterInnen einer Kommune befanden, ging es beispielsweise um einen Fall in einer Familie, die ihr Kind angebunden hatte. Dies sollte nun beobachtet und kontrolliert werden. Falls die Misshandlung fortgesetzt würde, sollten die Kinder an einen geschützten Ort gebracht werden. ♦

Das neue Bildungssystem in Rojava

Die kurdische Sprache und die Kreativität wiederbeleben

Ercan Ayboğa, Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

Mit der Revolution von Rojava (kurd.: Westen) befindet sich auch das Bildungssystem in einem Prozess schneller Veränderung hin zu mehr Vielfalt, Offenheit, Demokratie und Partizipation der SchülerInnen und LehrerInnen. Als der Aufstand in Syrien und die Revolution in Rojava begannen, lasen wir immer öfter von Kurdisch-Sprachunterricht, zunächst in Gemeinschaftsräumen und anschließend an Schulen. Das Interesse daran führte uns im Rahmen unserer Delegationsreise im Mai 2014 an einige Schulen und insbesondere an die »Akademie für die Kurdische Sprache, Geschichte und Literatur« (AZDW) in Qamişlo (Al-Qamishli). Hier kamen wir mit den zwei MitarbeiterInnen dieser so wichtigen Einrichtung Bêrîvan und Dildar ins Gespräch.

Die Akademie

Die Akademie liegt auf einem Hügel im Randbereich von Qamişlo auf einem Areal, das vor wenigen Jahren als ein Institut für Agrarwirtschaft errichtet wurde. Im Rahmen der Universität von Heseke (Al-Hasaka) sollten sich Studierende auch in der Landwirtschaft erproben dürfen. So stehen den MitarbeiterInnen und SchülerInnen rund um das Gebäude selbst große Flächen zur Verfügung, die vor allem agrarisch genutzt sind. Das hebt Bêrîvan hervor: »Das führt zu einer von der Stadt etwas abgeschiedenen Umgebung mit guten Bedingungen fürs Weiterbilden.«

Von dieser Akademie aus wird das gesamte Bildungssystem des Kantons Cizîre (Al-Dschasira) koordiniert, Material für den Unterricht an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gesammelt, und für diesen Zweck werden LehrerInnen aus- und fortgebildet. Das war uns in dieser Dimension nicht ganz bewusst, als wir hierherkamen.

Der Beginn des Kurdisch-Unterrichts

Sogleich kommen wir zu dem Thema, wie alles seinen Anfang nahm in der Bildungspolitik in Rojava. Bêrîvan hebt hervor, dass sie 2011 nicht am Nullpunkt standen, sondern auf etwas Erfahrung zurückgreifen konnten. So war ab 1993 in vielen Orten Rojavas begonnen worden, in Privatwohnungen Kurdisch-Sprachunterricht zu geben. Dieser war nach einer Initiative Abdullah Öcalans aufgebaut worden, der damals in Syrien und im Libanon gelebt hatte. Die verschärfte Repression in Rojava durch den syrischen Staat hatte den Kurdisch-Unterricht teilweise zusammenbrechen lassen, doch war er durch viele Menschen fortgeführt worden – um sich zu schützen, jedes Mal in einer anderen Wohnung, oft unter Teilnahme von 10 bis 15 Personen.

Die Erfahrung war im Jahre 2011 sehr vorteilhaft. Hinzu kam die Erfahrung aus dem Flüchtlings-Camp Maxmur in Südkurdistan. Die nun 12 000 nordkurdischen Flüchtlinge hatten Mitte bis Ende der 90er Jahre ein Bildungssystem frei vom türkischen Staat und den großen südkurdischen Parteien PDK und YNK und auf Basis des Kurmancî-Dialekts aufgebaut. Die KurdInnen in Rojava sprechen alle ebenfalls Kurmancî. So kamen 2011 elf LehrerInnen aus dem Maxmur-Camp für ein Jahr nach Rojava, um mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen Unterstützung zu leisten, wo es nur möglich war.

Im Sommer 2011 wurde mit dem Aufbau des Volksrats Westkurdistans (MGRK) in vielen Dörfern der Kurdisch-Sprachunterricht von Freiwilligen gegeben. Der in den Städten privat durchgeführte Unterricht wurde ausgeweitet. Anfang 2012 wurden in einigen Orten, wo der MGRK besonders gut funktionierte, Sprachschulen in Gebäuden eingerichtet. Es nahmen nicht nur Kinder und Jugendliche teil, sondern Menschen jeden Alters. Wenn die Nachfrage groß war, konnten nach Alter unterschiedene Gruppen gebildet werden.

Die Aufgabe als LehrerInnen übernahmen diejenigen, die vor 2011 Kurdisch-Sprachunterricht bekommen und sich

selbst weiterentwickelt hatten; also wer dazu in der Lage war und sich das zutraute.

Die nächste Etappe des im Aufbau befindlichen neuen Bildungssystems erklärt Bêrîvan folgendermaßen: »Mit der Befreiung von Städten und Gebieten ab Juli 2012 ergab sich auch für uns eine neue Situation mit bis dahin unvorstellbaren Möglichkeiten. Der Staat war durch die Revolution vertrieben und der MGRK hatte zusammen mit den Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Kontrolle. Da bis zum Sommer 2012 viele hundert LehrerInnen ausgebildet waren, wurde vom MGRK und seiner gewählten Koordination beschlossen, ab September 2012 an möglichst vielen Schulen Kurdisch-Sprachunterricht einzuführen.« Dies konnte allerdings nicht in allen befreiten Gebieten realisiert werden, insbesondere in Cizîre nicht, was zwei Gründe hatte. Erstens gab es nicht ausreichend LehrerInnen, die dazu bereit waren. Zweitens war im Sommer 2012 vor allem in Cizîre der Staat noch in mehreren Städten präsent, er war nicht durchgehend vertrieben. Neben Afrîn und Kobanê (Ain al-Arab) wurde der Sprachunterricht auch in den kurdischen Stadtteilen von Heleb (Aleppo) fast flächendeckend eingeführt.

Die Bildungsbewegung von Rojava konnte im September 2013 die Einführung von Kurdisch an fast allen Schulen schaffen. Im Kanton Cizîre gab es Ausnahmen und zwar: in den vom Staat beherrschten Stadtteilen Hesekes, in den südlichen Gebieten Tirbespîs (Al-Qahtaniyas) und in zwei Dörfern in der Randregion von Dêrik (Al-Malikiya). Aber in den noch staatlich beherrschten Teilen Qamişlos ist Kurdisch-Sprachunterricht eingeführt worden und das trotz Widerstand des Staates.

Die genaue Funktionsweise

Auf die Frage, wie alles genau vonstattengegangen sei, antwortet Dildar, der das in ruhigem Ton und sehr ausführlich beschreibt. Demnach ist der in den letzten zwei Jahren realisierte Kurdisch-Sprachunterricht an Schulen ein zusätzliches Fach. Die anderen Schulfächer werden weiterhin auf Arabisch gelehrt. Daran ist nicht gerüttelt worden. Aber ein Fach wurde gestoppt und zwar das über die Baath-Ideologie und das herrschende politische System Syriens. Außerdem wurden die chauvinistischen Märsche, welche die SchülerInnen regelmäßig gemeinsam hatten singen müssen, abgeschafft. »Das war Gift für die SchülerInnen, weshalb das absolut inakzeptabel war«, fügt Dildar hinzu. Ebenso wurden die Statuen von Assad senior und junior entfernt. Überhaupt wurden alle politischen Symbole an Schulen untersagt: Fahnen, Bilder und Statuen.

Natürlich wehrten sich die meisten RektorInnen und Schulleitungen, doch der Staat herrschte nicht mehr und sie konnten die Staatsgewalt nicht zu Hilfe rufen. So akzeptierten sie zähneknirschend jeweils die Einführung und die Abschaffung eines Schulfachs. »Als einige RektorInnen ihren Widerstand nach Wochen nicht aufgaben, hat das MGRK seine Autorität genutzt und sie in den Urlaub geschickt.« Bei Selbstkritik könnten sie wieder in den Dienst zurückkehren.

Wie daraus für unsere Delegation ersichtlich wird, haben das MGRK und die Bildungsbewegung nicht die Schulleitungen abgeschafft oder das System komplett umgekrempelt. Sie setzen darauf, die Veränderungen etwas langsamer, aber sicher umzusetzen. Die Revolution im Bildungssystem soll gut fundiert vorankommen und langfristig wirken. Dabei kommt wahrscheinlich hinzu, dass die Bildungsbewegung kapazitiv gar nicht in der Lage war, alles zu übernehmen, ohne eventuell Verwirrung zu stiften.

Ein wichtiger Aspekt beim eingeführten Kurdisch-Sprachkurs ist, dass er freiwillig ist und keinem Zwang unterliegt. Er ist kein Pflichtfach. Dildar und Bêrîvan zufolge war es der Bildungsbewegung wichtig, dass er von den kurdischen SchülerInnen aus eigenem Antrieb angenommen wird. Die Erwartungen sind Realität geworden. Fast alle kurdischen SchülerInnen kommen zum Sprachunterricht. Das geschieht mit großer Euphorie, weshalb es gute Fortschritte gibt. Hier schränkt Dildar allerdings ein, dass es einige kurdische SchülerInnen gebe, die nicht kämen. Vor allem Kinder aus Familien, die dem Kurdischen Nationalrat in Syrien (ENKS) anhingen. Aus ideologischen Gründen erlaubten es Eltern ihren Kindern nicht, die sich teilweise trotzdem darüber hinwegsetzten.

Der Kurdisch-Sprachunterricht wird in den Schulen in der Regel zwischen vier und zehn Stunden wöchentlich gegeben. Er setzt sich aus zwei Stufen zusammen. Die erste besteht aus Grammatik und Rechtschreibung, die zweite beschäftigt sich mit der Sprachentwicklung und -geschichte. So ist nach Bêrîvan ein besseres Lernen möglich. Je nach Situation – vor allem LehrerInnenmangel – werden manchmal zwei Schulklassen zusammengelegt.

In Schulen mit keinen oder nur vereinzelt kurdischen SchülerInnen wird Kurdisch-Sprachunterricht nicht angeboten. Hier hat die Bildungsbewegung darauf verzichtet. Erst auf Anfrage wird er angeboten. Genau das ist nun seit letztem Winter an mehreren Schulen mit überwiegend arabischen SchülerInnen geschehen. Zum neuen Schuljahr soll er an weiteren Schulen angeboten werden. Über diese Entwicklung freut sich Dildar sehr. Denn dies zeige, dass das Konzept der Demokratischen Autonomie bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen langsam ankomme.

Eine weitere wichtige Entwicklung im selben Sinne, von der wir erfahren, ist die Einführung von Assyrisch-(Aramäisch-) Sprachunterricht an Schulen mit nennenswerten Zahlen assyrischer SchülerInnen. Die ersten wurden im September 2013 gestartet, zum Beispiel in der Stadt Dêrik. Hierzu bildet sich zurzeit auch ein Sprach- und Bildungsinstitut unter den AssyrerInnen heraus. Ein Unterschied, den AssyrerInnen und ArmenierInnen gegenüber den KurdInnen hatten, betraf die Möglichkeit, an Privatschulen in ihrer Muttersprache Unterricht organisieren zu können. Dildar und Bêrîvan freuen sich, wenn andere Ethnien wie die ArmenierInnen, TurkmenInnen und TschetschenInnen in Rojava alsbald einen ähnlichen Weg gehen könnten.

Anerkennung im Zeugnis und im offiziellen System

Der Bildungsbewegung ging es bei der Einführung von Kurdisch-Sprachunterricht auch darum, dass er von den SchulrektorInnen anerkannt wird. Dieser Druck wurde von Anfang an aufgebaut. Zunächst lehnten die RektorInnen es ab, auch den Kurdisch-Sprachunterricht in die Zeugnisse aufzunehmen und ihn somit offiziell anzuerkennen. Dildar und Bêrîvan haben es selbst schwarz auf weiß gesehen, dass das syrische Innenministerium die Schulleitungen davon abzuhalten versucht. Es verschickt in diesem Sinne immer wieder Schreiben an die RektorInnen. Wie auch immer, schließlich wurde im Sommer 2013 auf den Zeugnissen vieler Schulen der befreiten Regionen Rojavas Kurdisch als Fach aufgeführt. Das war ein historischer Moment, denn der syrische Staat war gezwungen, so etwas zu akzeptieren. Das sollte nicht unterbewertet werden, meint Dildar. Denn es gehe langfristig auch darum, dass der Sprachunterricht auf Kurdisch und in anderen Sprachen in ganz Syrien im Bildungssektor offiziell anerkannt wird.

Die Ausbildung der LehrerInnen

Die Akademie, in der wir uns aufhalten, wurde erst im Herbst 2013 gegründet. Somit ist sie relativ neu. Die kurdische Bildungsbewegung hingegen ist – wie weiter oben beschrieben – älter. Sowohl Dildar als auch Bêrîvan betonen, dass Anfang 2011 mehrere Dutzend Personen tatsächlich in der Lage waren, Kurdisch-Sprachunterricht auf einem guten Niveau zu geben. Das reichte für drei Millionen Menschen natürlich keinesfalls aus. Aber es musste auch schnell gehandelt werden. So haben diese LehrerInnen angefangen, so vielen Menschen wie möglich Kurdisch-Unterricht zu geben. Das beschränkte sich auf mehrere hundert bis vielleicht ein-, zweitausend. Dann wurde aus praktischen Gründen folgendermaßen verfahren: SchülerInnen, die sich schnell das Lesen und Schreiben, die Grammatik und die Methodik des Lehrens aneigneten, begannen mit einem neuen Sprachkurs. Das konnte nach wenigen Monaten der Fall sein. Das pflanzte sich so fort bis zum September 2012, als der Sprachunterricht an den Schulen begann. Mit der Befreiung vieler Städte und Gebiete wuchs der Bedarf an LehrerInnen mit einem Schlag enorm. Um den Mangel im Kanton Cizîre auszugleichen, wurde in verschiedenen Orten mit der systematischeren Ausbildung von LehrerInnen begonnen. Das war insofern erfolgreich, als im September 2013



... Mit der Befreiung vieler Städte und Gebiete wuchs der Bedarf an LehrerInnen mit einem Schlag enorm. Um den Mangel im Kanton Cizîre auszugleichen, wurde in verschiedenen Orten mit der systematischeren Ausbildung von LehrerInnen begonnen. ... Foto: Rojava-Delegation Kampagne TATORT Kurdistan

in den meisten Schulen mit Kurdisch-Sprachunterricht gestartet werden konnte.

Mit dieser Akademie ist diese Ausbildung qualitativ deutlich besser geworden. Damit im September 2013 fast alle Schulen in Cizîre mit Kurdisch-LehrerInnen abgedeckt werden konnten, war dies notwendig. Genauso wurden in den anderen beiden Kantonen Afrîn (Akademie Viyan für kurdische Sprache und Bildung) und Kobanê (Akademie Ferzad Kemanger für kurdische Sprache und Bildung) ähnliche Institute aufgebaut. Denn der Sprachunterricht hatte noch viele Schwächen, die mit dem neuen Lehrjahr ab September 2014 zu einem großen Teil überwunden werden sollen. Kurz nach unserem Gespräch, am 26. Mai 2014, sollte die zweite Periode der Ausbildung von LehrerInnen abgeschlossen werden. Wir sahen 40 junge LehrerInnen als SchülerInnen, die mit großem Enthusiasmus bei der Sache waren. Sonst würden sie über drei Monate täglich elf Stunden Unterricht nicht so leicht aushalten.

Die SchülerInnen behandeln mit den MitarbeiterInnen der Akademie unter anderem folgende Themen in intensiver Form: kurdische Geschichte, kurdische Literatur, kurdische Sprache, Geschichte der Sprachen, Grammatik, Geschichte der Assimilation, Pädagogik, demokratische Nation, Frauenwissenschaft (Jineolojî). Die SchülerInnen haben sogar Arbeitsgruppen gegründet, die teilweise über diese Fortbildungsphase hinaus Bestand haben sollen. Eine Gruppe befasst sich mit regionaler Geschichte und Archäologie und organisiert für alle LehrerInnen Reisen zu archäologischen Stätten. Eine sehr wichtige Gruppe hat angefangen, ein Kurdisch-Wörterbuch zu erstellen. Diese langwierige Arbeit soll alle von der Bevölkerung verwendeten Wörter zusammenbringen. Hier werden auch SchülerInnen und über sie ihre Familien einbezogen. Dazu arbeitet auch eine Gruppe älterer Menschen im Alter zwischen 50 und 70 Jahren, die die kurdische Sprache in ihrer ursprünglichen Art besser beherrschen und von der Assimilationspolitik weniger betroffen sind. Die Fehler und Unzulänglichkeiten in bisherigen Kurdisch-Wörterbüchern in anderen Teilen Kurdistans sollen nicht wiederholt werden. Es geht auch darum, dass für diejenigen Begriffe, für die kurdische Bezeichnungen existieren, die aber keine Verbreitung mehr finden, arabische Wörter nicht mehr verwendet werden sollen.

Wichtig ist bei der Fortbildung, dass sie alle gemeinschaftlich agieren. Es herrscht kaum ein LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis, vielmehr wird auf das Teilen und das kollektive Handeln Wert gelegt. So wird gemeinsam gekocht, Sport getrieben und geputzt. Eine sehr wichtige Tätigkeit findet auf den agrarisch genutzten Flächen um das Akademiegebäude statt, um den Kontakt zur Erde und Natur nicht zu verlieren. So wurden auf mehreren Feldern – etwa zwei Hektar groß – Obstbäume und Gemüse gepflanzt und dabei wurde ein kluges Bewässerungssystem entwickelt. Erst wollten sie das Gemüse auf die Überflutungsweise bewässern. Da es nur einen Brunnen gibt und dieser nur begrenzt Wasser fördert, wurde nach Diskussionen entschieden, ein Tropfsystem zu installieren. Das ist sehr erfolgreich gelungen. Unsere Meinung dazu ist, dass sich im Falle dieser Innovation in Rojava eher die LandwirtInnen Nordkurdistans eine Scheibe abschneiden können statt umgekehrt. Denn dort wird immer noch weit verbreitet auf verschwenderischste Weise bewässert.

Die LehrerInnen, die diese Fortbildung in Anspruch nehmen, sind noch ein kleiner Teil der Kurdisch-LehrerInnen und können sich glücklich schätzen. Die Zahl der Kurdisch-LehrerInnen beträgt in Cizîre zurzeit etwa 1300, in den beiden anderen Kantonen Afrîn und Kobanê jeweils weitere 900. Insgesamt sollen es um die 3000 sein. Sehr hervorzuheben ist der Anteil der Frauen, der 80 bis 90 % ausmacht. Diese Zahl hat uns sehr imponiert. Wir haben uns sogleich gefragt, woran das wohl liegt.

Aktuelle Probleme

Dildar und Bêrîvan vergessen nicht, über ihre Probleme und Herausforderungen zu sprechen. Es gibt viel zu wenig Bücher, Broschüren, Hefte und andere Materialien, die im Unterricht benutzt werden. Wenige gedruckte Bücher und Lernmaterialien können verwendet werden. Zum einen kann in Rojava selbst nichts gedruckt werden, weil eine Druckerei fehlt, und zum anderen kommt wegen des Embargos durch die Türkei, die südkurdische Regionalregierung Kurdistan (KRG) und die islamistischen Banden viel zu wenig von außerhalb Rojavas rein.

Die LehrerInnen, die Kurdisch-Sprachunterricht geben, sind zumeist Menschen, die zuvor nicht an Schulen gearbeitet haben. Weil es ihre Hauptttätigkeit ist, erhalten sie ein Honorar vom MGRK, damit sie das Nötigste im Leben bestreiten können. Wir haben umgerechnet, es dürften etwas mehr als 100 Euro sein, was in Rojava viel mehr wert ist als in einem Euro-Staat.

Die anderen LehrerInnen beziehen ihren Lohn weiterhin vom syrischen Staat.

Wir wollen wissen, wie denn das mit dem Kurdisch-Sprachunterricht gelernte lateinische Alphabet von den SchülerInnen und der Bevölkerung aufgenommen wird. Beide AktivistInnen antworten sogleich, dass es absolut keine Probleme oder Widerstände gebe.

Vorbereitungen für Unterricht auf Kurdisch in weiteren Fächern

Die Akademie und die Bildungsbewegung generell finden sich natürlich nicht mit einem Kurdisch-Sprachunterricht an den Schulen ab. Das große Ziel ist es, alle Fächer auf Kurdisch in guter Qualität unterrichten zu können und den SchülerInnen die Ziele einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft auf den Lebensweg mitgeben zu können. Als Zeitrahmen haben sie sich zehn Jahre gesetzt. In diesem Sinne gibt es länger laufende Vorbereitungen in der Akademie.

Zurzeit werden drei Fächer auf Kurdisch und mit neuem Inhalt vorbereitet. Das erste Fach, »Demokratische Nation«, soll die kulturelle Vielfalt dieser Region fern von Nationalismus und Geschlechterdiskriminierung wiedergeben. Hier sollen die ideologischen Ansätze des MGRK einfließen und so die Vorurteile und Barrieren zwischen den Bevölkerungsteilen eingerissen werden. Das zweite ist »Geographie und Geschichte« und das dritte »Kultur und Ethik«. Ersteres beinhaltet auch mindestens ein Seminar über ökologische Lebensweise. Letzteres soll unter anderem alle Religionen Rojavas, Syriens und des Mittleren Ostens behandeln. Der eigene Wille soll den Menschen wiedergegeben werden, denn der syrische Staat hatte ihn gebrochen. Die Schulen waren bisher wie Militärstationen organisiert, es gab auch keine oder kaum Grünflächen. Im bisherigen Bildungssystem lernten die Menschen vieles auswendig, was ihre Kreativität blockiert hat. Profitiert werden soll dabei auch von den Erfahrungen in anderen Ländern, auch wenn die Inhalte nicht eins zu eins übernommen werden können.

Ob in diesem September die drei Fächer gestartet werden, ist noch in der Diskussion. Das Fach »Demokratische Nation« hat unter den dreien den Vorrang. Gut möglich, dass es in einigen Schulen als Pilotprojekt eingeführt werden kann. Seit September 2013 läuft in mehreren Schulen von Afrîn der Versuch, in der Grundschule alle Fächer auf Kurdisch zu unterrichten. Diese Erfahrung soll in den kommenden Wochen genauer untersucht werden.

Weiterhin soll die Bevölkerung diskutieren, ob es Symbole an den Schulen geben soll, und wenn, welche. Kommt es zu einem Konsens, werden sie angebracht, aber nicht vorher.

Anlässlich des Tages der kurdischen Sprache am 15. Mai sollen an den Schulen traditionell immer Bäume gepflanzt werden. Das hatte 2013 zum ersten Mal stattgefunden und wurde 2014 erfolgreich wiederholt. So soll auch die Entfremdung von der Natur überwunden werden. Der 15. Mai hat eine eigene Bedeutung, denn am 15. Mai 1932 hatte Celadet Ali Bedirxan die erste Ausgabe der kurdischsprachigen Zeitschrift Hawar herausgegeben. Er war auch später derjenige, der das heutige kurdische lateinische Alphabet entwickelte.

Nach einem langen Tag an der »Akademie für die Kurdische Sprache, Geschichte und Literatur« mit vielen Informationen und Eindrücken verabschieden wir uns und sind großer Hoffnung, dass in den kommenden Jahren vieles erfolgreich geleistet und weiter aufgebaut wird. ♦



... Die Akademie und die Bildungsbewegung generell finden sich natürlich nicht mit einem Kurdisch-Sprachunterricht an den Schulen ab. Das große Ziel ist es, alle Fächer auf Kurdisch in guter Qualität unterrichten zu können und den SchülerInnen die Ziele einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft auf den Lebensweg mitgeben zu können. ... Foto: Rojava-Delegation Kampagne TATORT Kurdistan

Interview mit Bassam Ishak, Präsident des Assyrischen Nationalrats von Syrien

Den Wunsch des Volkes nach einem demokratischen, pluralistischen und säkularen Syrien verwirklichen

Das Gespräch führte Michael Knapp, 04.06.2014

Ich bin 1959 in Damaskus geboren und meine Familie kommt aus Cizîre. Mein Vater repräsentierte Mesopotamien, zwischen 1942 und 1954 war er einer der Oppositionsführer und Repräsentant der Region Mesopotamien im syrischen Parlament. Er war eine der frühen Figuren der Opposition; und nach dem Putsch im März 1963 ging ich nach der Oberschule nach Amerika und beendete dort meine Ausbildung. Ich kam 1993 nach Syrien zurück und heiratete eine syrische Frau, wir haben drei Kinder. Ich kandidierte 2003 für das Parlament, denn wir hofften auf Reformen durch Bashar al-Assad, aber wir merkten schnell, dass diese Reformen nur nach außen dem Legitimitätsgewinn dienten und ein großer Schwindel waren. Als wir das bemerkten, dass das Regime herausgefordert werden muss, um etwas zu ändern, schloss ich mich 2005 der Syrian Human Rights Organization an und wurde ihr Direktor. Ich machte meinen Master in ethnopolitischem Konfliktmanagement und kandidierte 2007 wieder für das Parlament, als Opposition, aber ich wusste, dass ich nicht gewinnen würde. Das Regime zitierte mich herbei und forderte, dass ich meine Kandidatur zurückziehen solle. Ich fragte, warum sie das wollten, sie sagten, »weil Du nicht gewinnen wirst«. Ich forderte das Regime heraus, wir wussten, dass das nicht ohne geht. So dachte auch die Bevölkerung und wenige Jahre später, 2011, begann die Revolution.

Ich erinnere mich an ein Treffen mit westlichen Botschaftern 2007, dass sie erstaunt waren, als ich ihnen erklärte, dass das Regime nicht stabil bleiben würde. Ich hatte das aber schon 2003 gesagt und dann kam der kurdische Aufstand 2004 und ich sagte ihnen, dass jetzt mein Schluss, den ich daraus ziehe, ist, dass es einen Aufstand geben wird, und der kam 2011. Jetzt nach dem Beginn der Revolution arbeitete ich an zwei Fronten, als Direktor der Syrian Human Rights Organization, um die Menschenrechtsverletzungen des Regimes zu dokumentieren, und auf der anderen Seite arbeitete ich als Spezialist für Konfliktmanagement und am Aufbau eines Rates, der den Widerstand vereinigt. Ich tat das in Syrien, aber dann musste ich fliehen. Ich schloss mich dem SNC (Syrischer Nationalrat) an und wurde als Mitglied ins Generalsekretariat gewählt. Ich machte auch bei der Gründung der syrischen Koalition mit, aber dann bin ich dort rausgegangen.

Warum?

Zu dieser Zeit ging es nicht mehr um Opposition, sondern es war zu einem Spiel um politische Dominanz geworden und ich wurde als Rebell angesehen. Ich erklärte, ich habe mich weder von Hafiz noch von Bashar Al-Assad einschüchtern lassen und ich lasse mich von niemandem einschüchtern, mein Ziel ist es, den Wunsch des syrischen Volkes nach einem demokratischen, pluralistischen und säkularen Syrien zu verwirklichen. Das war das Problem und deshalb wurde ich aus der Koalition gedrängt.

Fühlten Sie sich als Assyrer im Rat repräsentiert?

Die einzigen Assyrer, die zum Rat gehören, sind in derselben Partei und kommen aus dem Exil. Das zeigt, dass der Rat generell ein Exil-Rat ist, kein Rat der aktuellen syrischen Bevölkerung. Es ist keine Koalition, die ernsthaft die Umsetzung der Ziele der Revolution verfolgt, sie benutzen die Parolen der Revolution, aber sie betreiben Machtpolitik.

Es gab viel Kritik am SNC, dass er weder christliche noch kurdische noch andere Identitäten anerkenne. Was meinen Sie dazu?

Ja, wir versuchten den SNC zu reformieren und ich war Mitglied im Reformkomitee. Die Idee der Reformen war, die ganze Spannbreite der Identitäten in Syrien zu inkludieren und auch die ganze Spannbreite der revolutionären Kräfte zu repräsentieren. Aber was dann am Ende herauskam, war eine geringere Repräsentation der Minderheiten und eine stärkere

Repräsentation der islamischen Elemente, die nun auch begonnen hatten, die Situation in Syrien zu beherrschen. Meine Kritik daran, wie diese Reform gescheitert ist, lautet, dass das Ziel der Revolution von der Koalition nie konsequent verfolgt worden ist.

Wie sehen Sie die Entwicklung der Revolution in Syrien im Allgemeinen und dann in Rojava im Speziellen?

Die syrische Revolution wurde von unpolitischen Menschen begonnen, die in Syrien leben. Es war eine echte Volksrevolution, aus dem Volk, für das Volk. Die Forderungen waren einerseits sehr einfach, aber andererseits sehr tiefgehend. Freiheit, Würde und Einheit. Die Menschen, die den Syrischen Nationalrat und später die Koalition dominierten, praktizierten nicht das, was sie predigten. Das Streben nach einer demokratischen, säkularen Gesellschaft wurde ausgehöhlt. So wie die Baath-Partei von Sozialismus gesprochen und dies zu leerem Gerede gemacht hatte. Sie sprachen von arabischer Einheit, von Freiheit, aber sie praktizierten nur Machtpolitik, geprägt vom eigenen Ehrgeiz, die Revolution anzuführen. Der Fokus wanderte weg von dem Ziel, Assad zu stürzen, hin zu den eigenen Interessen, und die Ziele der Revolution wurden nicht ernst genommen. Darauf reagierten viele von uns so, dass uns die Revolution von diesen Leuten gestohlen wird. Da Großmächte hinter diesen Leuten standen, konnten wir dagegen nicht ankommen.

Das andere, was passierte, war, dass wir nun an zwei Fronten bekämpft wurden, auf der einen Seite vom Regime und auf der anderen Seite von den sogenannten islamistischen Revolutionären. So entmutigten einerseits die islamistischen Revolutionäre die assyrische Bevölkerung, gegen das Regime zu demonstrieren, denn sie wollten, dass nur islamische Parolen gerufen werden, sie erlaubten keine, die ihre Unterstützung für die Revolution als Christen deutlich machten. Auf der anderen Seite ermutigte das Regime Banden, gerade diese Oppositionsgruppen anzugreifen. In denen waren viele zum Beispiel Ärzte und sie waren massiven Bedrohungen ausgesetzt. Sogar der orthodoxe Bischof wurde von Leuten aus dem Umfeld des Regimes bedroht. So verloren wir innerhalb von drei Monaten etwa 50 % unserer assyrischen Bevölkerung in der Region durch Flucht. Banden haben Kinder entführt und Lösegeld erpresst, Geschäftsleute erhielten Drohbriefe, die sie aufforderten, das Land zu verlassen. Wir reagierten darauf auf zweierlei Art. Zunächst etablierten wir im August 2012 den Assyrischen Nationalrat und erklärten, dass es als Nationalrat unser Ziel sei zu betonen, dass es Assyrer in Opposition zum Regime gebe und dass das Syrien der Zukunft säkular, demokratisch und pluralistisch sein müsse. Er wurde in Istanbul von verschiedenen assyrischen NGOs, Gruppen, unabhängigen Assyrern, Politikern und der Suryoye-Einheitspartei (Gabo d Huyodo Suryoyo Suria – Syriac Union Party) gebildet. Dann versuchten wir als Nationalrat, mit den Gruppen der syrischen Opposition in Dialog zu treten. Es gab zwei Treffen 2012 in Kairo mit Repräsentanten aller oppositionellen Gruppen. Wir diskutierten die assyrische und syrische Frage am Runden Tisch. Aber das schien zu nichts zu führen. Deshalb bildeten wir einen Runden Tisch mit Assyrern und Kurden aus der Region Cizîre. Dieser Versuch war sehr erfolgreich. Sie diskutierten zusammen, wie sie ihre Beziehungen in Zukunft gestalten sollten und auch über die Hindernisse, die Geschichte, insbesondere 1915 *[Armeniergenozid]* in der Türkei, und es war möglich, zu einem gemeinsamen Entwurf zu kommen, der definierte, wie wir in Cizîre in Zukunft zusammenleben sollten, welche Rolle Religion spielen würde, und es wurde entschieden, die Vergangenheit zu vergeben und eine neue Ära zu beginnen.

An dem Treffen nahmen Politiker verschiedener kurdischer und assyrischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Sie alle kamen aus Cizîre. Es fand im Juli 2013 statt. Leider lehnten einige der anwesenden Parteien die Teilnahme der Partei der Demokratischen Union (PYD) ab. Darum konnten wir sie in diese Gespräche nicht mit einschließen. Dann kehrte die Delegation nach Rojava zurück und traf sich dort mit der PYD. Dieser Dialog führte zum aktuellen Gesellschaftsvertrag als Verfassung für die demokratische Selbstverwaltung. Das führte zur aktuellen Regierungsbildung in Cizîre.

Viele Assyrer unterstützen unserer Beobachtung nach gleichzeitig das Regime und auch die Selbstverwaltung – was können Sie dazu sagen?

Diese Menschen haben vor allem Angst um ihre Sicherheit als assyrische Minorität. Sie unterstützen den, der ihre Sicherheit garantieren kann oder von dem sie meinen, er könne es. Wenn sie meinen, das Regime schütze sie, dann unterstützen sie dieses. Wenn sie meinen, die Selbstverwaltung schütze sie, dann unterstützen sie diese. Sie sind gefangen im Grundbedürfnis nach Sicherheit. Sie stehen nicht an dem Punkt, über Demokratie oder Pluralismus nachzudenken. Das machen wir als politisch Engagierte, aber für die assyrische Bevölkerung auf der Straße geht es darum, die Familie, sich selbst und den eigenen Besitz zu schützen.

Wie verhalten sich die Kirchen in diesem Zusammenhang?

Die Baath-Partei hatte die assyrischen Kirchen dazu ermutigt, nicht nur die spirituelle, sondern auch die politische Führung zu übernehmen. Sie standen unter der Kontrolle des

Regimes, andere politische Führer unter den Assyrern wurden nicht geduldet. Das Regime legitimierte nur seine Unterstützer und marginalisierte so die Opposition. Jetzt sagt das Regime zu uns, die wir in der Opposition sind, ihr seid Assyrer, die Assyrer sind aus Heseke (Al-Hasaka) geflohen, was wollt ihr also noch über Politik reden, ihr seid am Ende. Es versucht mit uns zu spielen, um uns zum Schweigen zu bringen.

Eines unserer Probleme mit der Koalition ist, dass wir sagen, ihr könnt unsere Probleme nicht lösen, indem ihr die Geschichte ignoriert und so tut, als sei die syrische Gesellschaft eine unschuldige. Wir müssen sagen, um welche Krankheit es sich handelt, um die richtige Medizin zu finden, sonst leiden wir als Gesellschaft weiter an derselben Krankheit wie seit 1400 Jahren.

In Rojava ist ein Rätesystem mit eigenen Sicherheitskräften etabliert worden. Inwiefern partizipieren die Assyrer daran?

Wir haben als Assyrer unsere eigene Sicherheitskraft, die Sutoro, um auf das Sicherheitsbedürfnis der assyrischen Bevölkerungsgruppe einzugehen. Wir wollten verhindern, dass sie fliehen, und sie zum Bleiben ermutigen. Deswegen sollte ihre Identität in einer eigenen Polizeikraft repräsentiert werden. Unsere kurdischen Partner verstanden das sehr gut, denn sie selbst kennen die Verfolgung wegen ihrer Identität. Sie verstehen die Wichtigkeit von Sicherheitskräften mit der eigenen Sprache. Sie haben uns sehr unterstützt. Sutoro und Asayîş *[selbstorganisierte Sicherheitskräfte in den drei Kantonen Rojavas]* arbeiten eng zusammen für die Sicherheit der Bürger Rojavas. Wenn wir Stabilität haben, dann werden wir wahrscheinlich eine gemeinsame Einheit aufbauen.

Wie sehen Sie die Zukunft von Rojava und Syrien?

Die Zukunft Syriens erscheint aus den genannten Gründen nicht sehr ermutigend, wenn man sich an der Agenda der Koalition orientiert. Denn wir sehen, dass dies nicht den Zielen der syrischen Revolution entspricht. Die syrische Revolution stand für ein Syrien für alle Syrer, ein Land, das auf Bürgerschaft setzt und nicht auf religiöse Dominanz. Wir als assyrische Minderheit hatten die Hoffnung, dass unsere muslimischen, sunnitischen Kollegen begriffen hätten, dass man in Syrien kein Land auf sektiererischer und religiöser Dominanz aufbauen kann. Das ist gerade aufgrund der Diversität der syrischen Bevölkerung hochproblematisch. Ohne Repräsentation von und Respekt vor allen Identitäten in Syrien kann keine Stabilität in der Region erreicht werden. Die Koalition hat daran kein Interesse. Sie wollen die Region dominieren. Das ist in einem gewissen Sinne eine Wiederholung der Vergangenheit. Es erscheint wie die zwei Seiten einer Medaille; eine Seite ist das Regime, das seine Herrschaft auf das Sektierertum einer Minderheit gründet, die andere das Sektierertum einer Mehrheit – beide basieren auf Unterdrückung. Es muss ein Modell geben, das auf Partnerschaft, Pluralismus, Privilegien teilen basiert. Das ist es, warum die Erfahrung in Cizîre und Rojava extrem wichtig ist. Ich weiß, dass nicht alles perfekt läuft. Die Menschen haben 40–50 Jahre Unterdrückung erfahren und es gibt keine Sicherheit, die eigene Sicherheit ist massiv bedroht. Deshalb wird manchmal nicht auf dieselbe Weise reagiert wie in einer ähnlichen Situation. So kommen Leute und sagen, wir wollen die Demokratie unterstützen, aber Asayîş foltern und verhaften, und ich muss zunächst mal sagen, dass ich nicht wünsche, dass irgendjemand gefoltert oder inhaftiert wird. Ich bin Direktor der Menschenrechtsvereinigung. Jahrelang habe ich über Übergriffe Berichte erstellt. Aber dies ist keine normale Situation, es gibt keine stabile Regierung. Wir stecken in einem Bürgerkrieg und man versucht natürlich, seine Leute zu schützen. Trotzdem können Menschenrechtsorganisationen in Rojava die Gefängnisse kontrollieren – können sie das denn bei ISIS, Al-Nusra oder dem Regime? Daher ist diese Erfahrung wichtig und deswegen sind wir Ziel einer Schmutzkampagne all der Feinde von wirklicher Demokratie, wirklichem Pluralismus und einem säkularen politischen System in der Region.

Die syrische Revolution stand für ein Syrien für alle Syrer, ein Land, das auf Bürgerschaft setzt und nicht auf religiöse Dominanz. Wir als assyrische Minderheit hatten die Hoffnung, dass unsere muslimischen, sunnitischen Kollegen begriffen hätten, dass man in Syrien kein Land auf sektiererischer und religiöser Dominanz aufbauen kann. Das ist gerade aufgrund der Diversität der syrischen Bevölkerung hochproblematisch. Ohne Repräsentation von und Respekt vor allen Identitäten in Syrien kann keine Stabilität in der Region erreicht werden.

Warum schweigen die westlichen Regierungen zur Lage in Rojava?

Soweit ich das verstehe, ist es so, dass die NATO, die USA und die Regionalmächte den Sturz von Assad unterstützen. Sie

wollen einen großen Teil Syriens in ein Schlachtfeld für die Extremisten verwandeln. Sie haben Syrien in so etwas wie eine Falle verwandelt, dass die in diese Falle gehen und dort kämpfen können. Sonst gibt es eigentlich keinen Grund, warum NATO oder USA daran gelegen sein könnte, Al-Qaida zu stärken. Das Einzige, was ich mir denken kann, ist, dass sie wollen, dass sie dort hinkommen und sich gegenseitig bekämpfen. Außerdem profitieren viele dieser Länder vom Waffenhandel, der von den Erdöl produzierenden Ländern finanziert wird. Also geht es eben auch um Ökonomie. Ich denke, das erklärt das, was passiert. Eigentlich ist das ja sehr gefährlich für die Türkei, wenn Al-Qaida im Nachbarland in großem Stil operiert. Ich denke, sie hoffen, dass sie Al-Qaida kontrollieren und für ihre eigenen Zwecke benutzen können. Aber das ist ein Spiel mit dem Feuer. Es ist also nicht mehr die Agenda des Volkes in Syrien, die hier eine Rolle spielt, sondern andere Akteure kämpfen auf dem Rücken dieses Volkes. Deshalb glaube ich, dass sie – zumindest nicht öffentlich – die Revolution in Rojava nicht unterstützen. Denn sie wollen kein demokratisches, säkulares Syrien, sondern einen Krieg entlang religiöser Gegensätze. Andererseits sind Nachbarländer von Rojava möglicherweise auch wegen dessen Modell besorgt. Denn es ist kein nationalistisches oder zentralistisches Modell, es geht um dezentralisierte Selbstverwaltung. Deshalb könnten sie sich unsicher und bedroht fühlen und sie setzen den Westen und die USA unter Druck, und insbesondere die USA wollen die Türkei nicht verlieren. Deshalb glaube ich, dass Rojava deswegen alleine ist.

Wie viele Assyrer leben in Rojava und weltweit?

Im Moment leben in Rojava etwa 200 000 Assyrer, vorher 300 000. Ursprünglich aus Rojava kommende und im Ausland lebende Assyrer sind ebenfalls nochmal so viele. Aber alle assyrischen Christen, unabhängig von ihrer Glaubensrichtung, machen etwa 10 % der syrischen Bevölkerung aus und außerhalb Syriens etwa eine Million. Die meisten leben in Europa, Australien, den USA, Südamerika. ♦



Foto: Rojava-Delegation Kampagne TATORT Kurdistan

Über die sich ändernden Kräfteverhältnisse in Iran und Ostkurdistan

Die Demokratisierung des Iran ist unabdingbar

Adem Uzun, 06.06.2014

Das Staatssystem des Iran wird von seinen eigenen Volksgruppen, insbesondere den hier lebenden Kurdinnen und Kurden infrage gestellt, ebenso werden die Konzepte der kapitalistischen Moderne als ein überholtes Modell wahrgenommen. Der Iran, mit seiner langen Geschichte und Staatstradition, wurde im 20. Jh. von westlichen Staaten entsprechend ihren Interessen politisch umstrukturiert. Das seitdem geschaffene Gefüge mit dem Westen ist mit der islamischen Revolution von 1979 ein wenig ins Wanken geraten. Die Beziehungen und Dialoge der neuen Islamischen Republik mit westlichen Staaten, allen voran den USA und Israel, waren von diesem Zeitpunkt an von Widersprüchen geprägt. Während zu Deutschland und Frankreich solide Beziehungen gepflegt wurden, dauerten die Gegensätze mit den USA und Israel an. Heute lässt sich besser verstehen, dass derartige Differenzen in Szene gesetzt werden, um den eigenen Einfluss im Mittleren Osten zu stärken. Nach innen nimmt der Iran den »Feind von außen« zum Vorwand und sucht damit sein undemokratisches und despotisches System zu legitimieren.



Adem Uzun Foto: ANF

Auf der anderen Seite wurden nach dem Niederwerfen der ersten kurdischen Republik von Mahabad (1946) die Spezialkriegsmethoden und die Vernichtungspolitik gegenüber ihren Nachfolgern in gleicher Härte fortgesetzt. Obwohl der iranische Staat die Verantwortung trägt für die von Sonderkommandos in Europa verübten Morde an zwei Vorsitzenden der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran/PDK-I (am 13. Juli 1989 in Wien an Dr. Qasimlo und zweien seiner Begleiter, die sich auf Einladung der iranischen Regierung an einer Friedenskonferenz beteiligten, und am 13. September 1992 in Berlin an Dr. Sadiq Sherefkendi und dreien seiner Freunde), sind diese Taten ungestraft geblieben. Derartige Massaker wie auch die fortgesetzte Unterdrückung von KurdInnen im Iran hatten zur Folge, dass der Widerstandskampf für längere Zeit verstummte. Genauso wenig konnten die dort lebenden aserbaidschanischen, arabischen, belutschischen und anderen ebenfalls einer grausamen Assimilierungspolitik ausgesetzten Volksgruppen aktiven Widerstand leisten.

Angesichts der sich wandelnden Kräfteverhältnisse im Mittleren Osten erscheint die Fortsetzung einer solchen Politik durch das Iran-Regime schwer vorstellbar. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass auch die Machtbalance im Iran selbst nicht mehr wie bisher gewahrt werden kann, sind die anderen sich

parallel zu den Entwicklungen im Mittleren Osten organisierenden Volks- und Oppositionsgruppen innerhalb des Landes, einschließlich der kurdischen Freiheitsbewegung, die große Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren.

Angesichts dieser regionalen Veränderungen und der Eigendynamik und Organisierung im Land ist die Islamische Republik auf der Suche nach neuen Konzepten:

Autonomes Kurdistan – demokratischer Iran

Infolgedessen werden Unterdrückung, Folter, Hinrichtungen und eine Politik der Angst im Zeichen einer wahren Diktatur intensiviert. Die verschiedenen Volksgruppen werden gegeneinandergehetzt. Außerdem werden diverse regionale Krisen und Konflikte dazu missbraucht, ein schiitisch zentriertes Umfeld zu stärken. Damit wird bezweckt, einen Schutz gegenüber vermeintlichen Angriffen aufzubauen. Gleichzeitig wird der Öffentlichkeit mit den Atomverhandlungen das Bild eines kompromissbereiten, einsichtigen und lösungsorientierten Kurses vorgespiegelt. Darüber hinaus hat es sogar Äußerungen in Richtung einer Anerkennung des Staates Israel und des Holocaust gegeben. Während die Islamische Republik Iran gegenüber dem Westen politische Maskerade betreibt, verhält sie sich in der eigenen Region und nach innen wie eine typische Besatzungsmacht. Es hat den Anschein, als ob sich der Westen davon täuschen lässt und den Staatsterror ignoriert. Mit welchen Absichten oder aus welchen Gründen auch immer, die Folgen der aktuellen Innen- und Außenpolitik des Iran deuten darauf hin, dass er sein System auf die bisherige Art und Weise nicht bewahren kann. Zum ersten Mal hat die kurdische Freiheitsbewegung, welche die innere oppositionelle Dynamik anführt, einen derart hohen Organisierungsgrad erreicht, dass sie überall in Kurdistan präsent ist und von verschiedenen Kreisen unterstützt wird, wodurch sie auch in der Lage ist, allen Angriffen mit aktiver Verteidigung zu begegnen.

Dazu kommt, dass das Projekt »autonomes Kurdistan – demokratischer Iran« zu einem attraktiven und einigenden Konzept geworden ist. Auch wenn die kurdischen Parteien im Iran noch immer keine Einheit unter sich gebildet haben, unter der Führung der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK, 2004 gegründet) hat sich in der Bevölkerung mittlerweile eine starke Mobilisierung und Unterstützung entwickelt. In politischer und gesellschaftlicher wie auch in militärischer Hinsicht hat die kurdische Befreiungsbewegung große Schritte gemacht und dies mit dem KODAR-Modell vervollständigt (um die kurdische Frage im Iran auf dem Wege des Dialogs zu lösen, wurde mit dem Kongress für Demokratie und Freiheit in Ostkurdistan, KODAR, der Demokratische Konföderalismus proklamiert). Unter kurdischer Führung hat die Organisierung und Mobilisierung der Bevölkerung für eine Wende im Kräfteverhältnis sowie im politischen Diskurs gesorgt. Mit dem KODAR ist gleichzeitig das Thema der Beziehungen und Verhältnisse der KurdInnen im Iran untereinander von Neuem angestoßen worden. Um diese Entwicklungen und die Bestrebungen der anderen Volksgruppen im Iran auf eine gemeinsame politische Linie zu bringen und einen Demokratisierungsprozess voranzutreiben, stehen zahlreiche Bemühungen auf der Tagesordnung. Der KODAR kann dabei den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen im Kampf für Freiheit und Gleichberechtigung eine geeignete Plattform bieten.



Protest vor der iranischen Botschaft in Ankara — Foto: ANF

Dialoggruppe Ostkurdistan ins Leben gerufen

Um zum einen auf die genannten Veränderungen in der Region und zum anderen auf die Entwicklungen im Iran besser vorbereitet zu sein, hat der Nationalkongress Kurdistan (KNK) vom 19. bis 20. Mai 2014 in Schweden eine »Ostkurdistan-Tagung« unter Beteiligung wichtiger Individuen und Parteien veranstaltet. Es konnten nicht alle bekannten Parteien aus Ostkurdistan teilnehmen, trotzdem war es möglich, eine wesentliche Präsenz zu realisieren. Neben der Strategie der nationalen Einheit war eines der Hauptthemen der Tagung die Rolle der KurdInnen angesichts der sich wandelnden Kräfteverhältnisse in Iran, Ostkurdistan und der gesamten Region.

Die Ostkurdistan-Tagung wurde in der kurdischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Zudem wurde begrüßt, dass aus den Diskussionen eine »Dialoggruppe Ostkurdistan« resultiert, die eine Zusammenarbeit mit dem KNK fortsetzen wird. Wie sich in den letzten Entwicklungen des kurdischen Befreiungskampfes im Iran als auch auf der zweitägigen Tagung gezeigt hat, besteht Konsens darüber, dass die KurdInnen zu einem wesentlichen Akteur im Befreiungskampf gereift sind und die Demokratisierung des Iran eine unabdingbare Notwendigkeit für alle seine Volks- und Gesellschaftsgruppen darstellt. In diesem Kontext wurde die Lösung der kurdischen Frage als eine wesentliche Bedingung für Stabilität und Frieden verstanden. Außerdem haben die KurdInnen aufgrund ihres Kampfes sowie aus geostrategischen Gründen in der Region größeres Gewicht gewonnen. Dies ist der Hauptgrund, warum eine Politik, in der die KurdInnen keine Berücksichtigung finden, zum Scheitern verurteilt ist.

Iran will antikurdische Allianz reaktivieren

Deshalb ist verständlich, dass die Islamische Republik Iran gegen die Bestrebungen der kurdischen Bewegung, sich in Iran und Ostkurdistan noch stärker zu organisieren und zu einem bedeutenden politischen Akteur zu werden, an ihre alte antikurdische Bündnispolitik anzuknüpfen und die Beziehungen mit der Türkei, Syrien und Irak wieder aufzufrischen versucht. Mit der Absicht, einen Status für die KurdInnen zu verhindern, unterstützt sie in Syrien in einem Stellvertreterkrieg in widersprüchlicher Weise radikal-sunnitische islamistische Gruppen gegen die KurdInnen. In der Türkei sucht der Iran den Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu sabotieren. Im Irak erhofft er sich mit der Unterstützung der Al-Maliki-Regierung, seinen Einfluss noch weiter zu festigen. Zurzeit werden von ihm radikale terroristische Gruppen wie ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien), die mit al-Qaida in Verbindung gebracht wird und deren Angriffe auf die Revolution in Rojava (Westkurdistan) andauern, heimlich unterstützt. Daneben wird die Existenz des Baath-Regimes gewährleistet, um Druck auf die KurdInnen auszuüben, weil eine erfolgreiche Autonomie in Rojava mit anerkanntem Status Auswirkungen auf die KurdInnen im eigenen Land hätte und ein Modell für sie darstellen könnte. Daher ist es verständlich, dass ein kurdischer Status, unabhängig davon, in welchem Teil Kurdistans, den Interessen des Iran widerspricht. Der steht massiv unter Druck, weil er quasi umzingelt ist und jederzeit Gefahr läuft, angegriffen zu werden, und daneben mit einem Wirtschaftsembargo konfrontiert ist. Um sich daraus zu befreien, ist eine Demokratisierung unumgänglich. Die undemokratische Politik gegenüber den KurdInnen und anderen Volksgruppen ist wesentliche Ursache dafür, dass er sein eigenes Ende herbeiführt.

Der Westen erhält mit seiner Politik die Islamische Republik aufrecht

Wie oben bereits angeführt, irrt die Islamische Republik Iran mit dem Versuch, kraft ihrer undemokratischen und despotischen Politik gegenüber den KurdInnen und allen anderen Volksgruppen ihre Existenz zu verlängern. Außerdem glaube ich nicht, dass ihre politischen Täuschungsmanöver zum Erfolg führen werden. Von Bedeutung ist jedoch, dass die Politik der westlichen Staaten diejenige des Iran hinsichtlich Heuchelei übertrifft. Diese Staaten wissen genau, dass die wahre Antriebskraft für die Demokratisierung des Iran in der inneren demokratischen Opposition und im Freiheitskampf der verschiedenen Volksgruppen liegt. Anstatt diese demokratischen Kräfte zu unterstützen, erhält der Westen mit seiner Politik die Islamische Republik aufrecht. Das illustriert nur die Tatsache, dass ein Konflikt zwischen beiden Seiten inszeniert ist.

Demnach verändern sich die Kräfteverhältnisse in der Region nicht nur zum Nachteil Irans, sondern auch zum Nachteil aller mit ihm kooperierenden Kräfte, die eine gemeinsame Politik betreiben. Die westlichen Staaten, die immer noch an ihrer Nationalstaatspolitik festhalten und auf Kosten der Rechte der Völker auf ihre eigenen ökonomischen, militärischen und diplomatischen Interessen pochen, verlieren die Möglichkeit, ihren Einfluss im Mittleren Osten weiterhin aufrechtzuerhalten. Das Beispiel der KurdInnen, die es mit ihrem Befreiungskampf in allen vier Teilen Kurdistans geschafft haben, ihre Unterdrückung abzuwenden, und eine Position erkämpft haben, in der sie selbst die Kräfteverhältnisse mitbestimmen, beweist, dass es im Hinblick auf ihre Rechte von nun an keine Umkehr mehr gibt. ♦

Gespräch mit dem Literaturtheoretiker und politischen Philosophen Michael Hardt

Kurdische Bewegung – ein Modell für den Mittleren Osten

Kenan Aydin und Nûhat Muğurtay, Özgür Gündem 26.05.2014

Im Rahmen seines Gastbesuchs an der Boğaziçi-Universität in Istanbul hat der Literaturtheoretiker und politische Philosoph Michael Hardt an einer Reihe von Veranstaltungen und Konferenzen teilgenommen. Unser Gespräch mit Hardt, der in der Türkei und in Kurdistan für seine mit Antonio Negri geschriebenen Bücher »Empire«, »Multitude« und »Commonwealth« bekannt ist, begann einleitend mit dem Begriff »Multitude«. Anschließend sprachen wir über die HDP, das Konzept der »Demokratischen Autonomie«, die Entwicklungen in Rojava und dem Mittleren Osten im Allgemeinen, die Organisierungsform sozialer Bewegungen weltweit und die sozialen Medien. Da Hardt wusste, dass wir eine Zeitung sind, welche die kurdische Politik intensiv verfolgt, und er mehr Fragen hatte als wir, bekam das Interview mehr den Charakter einer Unterhaltung.



Michael Hardt Foto: http://de.wikipedia.org

In Ihren zusammen mit Antonio Negri verfassten Büchern und in Ihren Artikeln betonen Sie immer wieder den Begriff Multitude. Während die traditionelle Linke im Allgemeinen Ausdrücke wie Volk oder Klasse benutzt, nehmen Sie stattdessen Multitude. Warum hatten Sie das Bedürfnis, diesen Begriff von Spinoza aus dem Staub der Geschichte wieder zu benutzen?

Wir nutzen diesen Begriff, um Konzepte wie Klasse und Arbeit neu zu denken. Traditionell wurde der Begriff der Klasse als eine Art von Vereinheitlichung und Gesamtheit benutzt. Es war offensichtlich, dass er eine sehr spezifische Bedeutung hatte. Dieses Konzept drehte sich im Allgemeinen um die Industriearbeiter und Folgendes erschien uns wichtig: Die Klasse müssen wir endlich als plural und vielfältig denken. Nicht nur die Industriearbeiter müssen wir berücksichtigen, sondern gleichzeitig die Arbeitslosen, die Teilzeit Arbeitenden und noch viele andere Kreise der arbeitenden Bevölkerung. Die Existenz all dieser Vielfältigkeit verändert unsere traditionelle Wahrnehmung der Klasse. Der Begriff Multitude kann als Terminus charakterisiert werden, der die Klasse als Pluralität bzw. Vielfalt auffasst. Heute sind die Menschen in vielen verschiedenen Arten von Arbeit tätig. Nicht alle sind in Fabriken. Das ist es, was unser Begriff erfordert.

Gestaltet sich der Aufbau dieses Konzepts der Multitude nur über industrielle Beziehungen?

Nein, so nicht. Als einer der wichtigen Aspekte der Multitude muss der Begriff der Klasse in ökonomischem Kontext neu gedacht werden. Jedoch umfassender und auch in sozialer Hinsicht; denn gleichzeitig beinhaltet Multitude das Denken der Menschen als Pluralität. Die Menschen stellte man sich traditionell über einheitliche, unitäre Darstellungen vor. Zum Beispiel war das im traditionellen Sinne der Fall bei der Nation oder der Klasse. Die Menschen wurden in diesem Sinne ausgeschlossen. Ich war zum Beispiel sehr beeindruckt vom Namen der HDP (Demokratische Partei der Völker). Er verkörpert Vielfalt und Pluralismus. Multitude bedeutet in diesem Sinne, die Menschen nicht über Einheit, Geschlossenheit oder eine Identität zu denken, sondern über Vielfalt und Unterschiedlichkeit. In diesem Sinne sehe ich die HDP als wichtig an. Es hebt die Diversität und die Vielfalt der Menschen hervor.

Die kurdische Bewegung verfolgt in der Türkei das Ziel, genau diese Vielfalt zusammenzubringen und schlägt als Organisierungsmodell die Demokratische Autonomie vor. Was können Sie darüber sagen?

Ich muss auf diese Frage mit einer Gegenfrage antworten (lacht). Unsere Autonomieperspektive ist nicht dieselbe wie beim traditionellen Konzept von Autonomie. Wir denken Autonomie nicht als eine Identitätsperspektive aus Souveränität und Einheit. Wir denken sie nicht als eine neue Form der Macht. Wir sind gegen eine souveräne Autonomie, die sich über die Einheit einer Identität bildet. In den letzten Jahren hat bei uns der Kurs des Transformationsprozesses bei der kurdischen Bewegung Aufmerksamkeit erregt. Es sieht so aus, als habe sie das Format einer klassischen nationalen Befreiungsbewegung verlassen, die eine neue Form von Souveränität zum Ziel hat. Es ist, als entspreche dies dem von uns gedachten Rahmen. Es sieht aus wie die gleiche Konzipierung und Problematisierung der Begriffe Identität und Souveränität. Wo positioniert die kurdische Bewegung hier die Identität?

Sie bringen in Ihren Büchern die Problematik der »Repräsentation« zur Sprache. Zur Zeit der nationalen Befreiungskriege waren Systeme wie Autonomie, Föderation und Konföderation Teil der Probleme um die Souveränität. Also beanspruchten in einem bestimmten Gebiet lebende Minderheiten regionale Souveränität aus dem Blickwinkel ihrer eigenen Identität. Allerdings ging das nicht über das alte Paradigma »nationale Identität und ihr Rechtsstaat« hinaus. Zum Beispiel findet sich in der kurdischen Geschichte die Parole »Autonomie für Kurdistan, Demokratie für den Irak«. Aber wie gesagt, diese Parole bewegte sich innerhalb der alten Theorie von Souveränität. Es ging um eine Organisierung einer gewissen Identität auf einer regionalen Ebene als Proto-Nationalstaat. Nun hat die kurdische politische Bewegung genau in der von Ihnen erwähnten Art und Weise eine Änderung vollzogen. Die Bedeutung von Autonomie ist nun nicht mehr eine souveräne Autonomie, im staatlichen Kontext einer »Identität«. Es ist eine radikaldemokratische Struktur, die auf der direkten Repräsentation der verschiedenen Identitäten und unterdrückten Teile basiert und den Nationalstaat und seine Machtkanäle ins Leere laufen lässt. Genau an diesem Punkt lässt sich in dieser Hinsicht eine Verbindung herstellen zwischen Ihrer Theorie und dem neuen Paradigma der kurdischen Bewegung. So hat Öcalan das auch in einigen Gesprächsnotizen betont. Genauer gesagt, die kurdische Bewegung denkt die Autonomie nicht als Souveränität einer Identität, sondern für das gesamte Territorium der Türkei und des Mittleren Ostens. Die Kurden haben den Aufbau dieses Modells der Demokratischen Autonomie in Rojava mit verschiedenen ethnischen und religiösen Strukturen gemeinsam begonnen. Die Ideen Öcalans zu dieser Thematik kommen in seinen Büchern zur Sprache.

Wir wollen Ihnen eine Frage zu den Ereignissen im Mittleren Osten stellen. Wie kann in einer politischen Landschaft wie im Mittleren Osten, mit so viel Zersetzung, ein demokratisches und pluralistisches Gebilde errichtet werden? Wie muss in diesem Sinne das Konzept der Multitude ansetzen, welche Methode schwebt Ihnen vor?

Vielleicht wird das zu spezifisch, aber ich kann das so sagen: Zusammen mit den letzten kriegerischen Auseinandersetzungen wurde ein Friedensprozess mit extrem brutalen Mitteln gefangen genommen. Die demokratischen Vorstellungen, die im Jahr 2011 neu angegangen wurden, sind in diesem Moment völlig aus dem Blickfeld verschwunden. Die Lage in Syrien hat sich noch weiter zurückentwickelt und die Situation ist sehr schlimm. In gewisser Weise ist das Organisationsmodell der Demokratischen Autonomie und der Multitude im Zusammenhang mit dem Krieg vollständig unterdrückt worden. Mit dem Krieg in Syrien ist eine regelrechte Unterdrückung einhergegangen. Es sieht so aus, als ob das auch in Ägypten so passieren wird. Mit einem Bürgerkrieg niederer Intensität und Polizeirepression liegt diese Möglichkeit dort nicht allzu fern. In diesem Moment ist das, was wir tun müssen, einen Weg für

den Frieden zu finden. Leider scheint es keine Alternative zu geben.

Seit hunderten Jahren bestehen im Mittleren Osten Konflikte und wenn es so weitergeht, werden sie andauern. Müssen wir, um Alternativen zu finden, unbedingt auf ein Ende des Krieges warten? Können wir das nicht mit einem alternativen System überwinden? Kann zum Beispiel das System in Rojava nicht eine solche Alternative sein?

Bei diesem Thema stimme ich Ihnen zu. Ja, wir müssen für unsere Verteidigung einen Weg schaffen, auch im Kriegszustand. Die kurdische Bewegung kann für Syrien und den Mittleren Osten als Beispiel dienen. Doch ich möchte Folgendes anfügen: Alternative Bewegungen und Formationen wurden leider von verschiedenster Seite unterdrückt, oder um es anders auszudrücken, alternative Formationen werden verborgen. Um zu verhindern, dass Menschen davon erfahren, werden sie versteckt. Außerdem werden die Betreffenden der Repression des Staates und verschiedenster Kräfte ausgesetzt. Ich weiß nicht, was ich noch sagen könnte. Es ist eine sehr schwierige Frage. Wenn es nur so wäre. Leider ist es sehr schwer, inmitten der Gewalt politische Projekte umzusetzen. Aber ich stimme zu, dass es so sein sollte. Ich hoffe, es wird so sein.

Hier wird der Begriff »schwer« als sehr politischer Begriff benutzt. Für die Kurden war alles sehr schwer, aber sie haben vieles geschafft. Warum sollte dies nicht geschafft werden?

Meiner Meinung nach sollten Sie Fragen solcher Art nicht an Intellektuelle richten. Wirkliche Kreativität ist innerhalb der Bewegung selbst zu finden. In Bewegungen, in denen Menschen zusammenkommen, sind die kreativen Vorstellungen viel lebendiger.

In den letzten Jahren entstanden von Lateinamerika bis in den Mittleren und Nahen Osten über die sozialen Medien neue Arten von Organisierungsmodellen, in denen sich verschiedene Identitäten selbst organsierten und es keine Anführer gab. Wie ist die Linke oder sind die oppositionellen Kreise davon beeinflusst worden, wo können wir darin die sozialen Medien verorten? Wie können wir diese neuen Bewegungen in Bezug auf die Kontinuität einer gesellschaftlichen Opposition bewerten?

Die 2011 in Tunesien und Spanien und später in Brasilien und der Türkei aufgekommenen Bewegungen weisen Parallelen auf. Im Allgemeinen hatten sie zum Ziel, bestimmte



... Ich weiß nicht, was im Kopf *[der Vertreter]* des türkischen Staates vor sich geht. Ich bin mir nicht sicher, ob sie wirklich Frieden machen wollen. Natürlich ist ein nachhaltiger Frieden wichtig. Aber ich bin mir der Aufrichtigkeit des Staates nicht sicher. Das wissen Sie am besten. ... Foto: DIHA

Bereiche der Stadt in öffentliche Räume umzuwandeln. Für die Entscheidungsfindung wurden demokratische Mechanismen realisiert. Wir haben sehr starke Beispiele gesehen. Aber diese öffentlichen Räume haben trotz einer Veränderung des Stadtbilds für drei Monate für keine langfristige Transformation gesorgt. Die Sache ist, die Kontinuität der genannten traditionellen Anführer und Parteistile zu unterbinden, indem wir nun die Alternativen in den vielen Bereichen der Gesellschaft verbreiten. Eine dieser Möglichkeiten habe ich diese Woche in der Türkei beobachtet: Im Falle des Gezi-Parks waren die Menschen im Allgemeinen gebildet, die neue Arbeiterklasse war dort; es war kein Ort, an dem die im herkömmlichen Sinne verstandene Arbeiterklasse dominant war. In dieser Hinsicht handelte es sich bei der bei Gezi zu findenden Bevölkerungsgruppe um eine bestimmte Schicht der Gesellschaft. Aber es war wichtig, dass der aktivste Kreis von Gezi mit den traditionellen Arbeitern bei Soma zusammengekommen ist; genau dies bildet die Grundlage für eine kontinuierliche Koexistenz. Es ist sehr wichtig für die Bewegungen, dass verschiedenste Triebkräfte und gesellschaftliche Kreise zusammenkommen. Auf diese Weise kann sich der Ring um die Bewegung erweitern, und noch breitere und dauerhaftere Strukturen können aufgebaut werden. Die Unterbrechungen können so verringert werden.

Die sozialen Medien haben im Hinblick auf die klassische Organisierung für eine klare Verschiebung gesorgt, sie sind ein anderes Organisierungsfeld. Kreise, zwischen denen keinerlei körperlicher Kontakt besteht, können auf einmal eine Aktion organisieren. Wie kommentieren Sie diese Tendenz der sozialen Medien? Wo stehen die sozialen Medien beim Übergang von traditionellen zu neuen Organisierungsformen?

Ich finde, dass soziale Medien ein sehr wichtiges Werkzeug für die horizontale Organisierung der Menschen darstellen. Die Ausbreitungsdimension der sozialen Medien ist horizontal, die der Mainstream-Medien ist vertikal. Dennoch sollte die zentrale Rolle sozialer Medien nicht zu sehr übertrieben werden. Bei Gezi waren zum Beispiel das physische und das politische Zusammenstehen von Bedeutung. Die Stimmung und die Freunde von Gezi liegen dem physischen Zusammenkommen zugrunde.

Zwischen dem Staat und der kurdischen Bewegung gibt es seit über einem Jahr Gespräche, aber die Staatsseite flieht davor, diesen Gesprächen einen gesetzlichen Rahmen zu geben. Wie bewerten Sie die stattfindenden Gespräche?

Ich werde Schwierigkeiten haben, zu diesem Thema einen Kommentar zu finden. Ich weiß nicht, was im Kopf *[der Vertreter]* des türkischen Staates vor sich geht. Ich bin mir nicht sicher, ob sie wirklich Frieden machen wollen. Natürlich ist ein nachhaltiger Frieden wichtig. Aber ich bin mir der Aufrichtigkeit des Staates nicht sicher. Das wissen Sie am besten. Ich kann als Außenstehender nur so viel dazu sagen.

Es gibt eine internationale Unterschriftenkampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans. Würden Sie für die Freiheit Herrn Öcalans unterzeichnen?

Natürlich unterschreibe ich.

Die folgende Frage betrifft die wechselnden globalen politischen Kräfteverhältnisse. Über die anhaltenden Geschehnisse in Syrien und der Ukraine ist ein Gebilde von zwei Blöcken entstanden. Auf der einen Seite Russland, China und der Iran, auf der anderen Seite die USA, die EU und einige arabische Länder. Es bietet ein dem Kalten Krieg ähnelndes Bild, wie bewerten Sie das?

Ich denke, dass der jetzt zu beobachtende Krieg ein Krieg der Zombies ist. Es gibt nun keinen Kalten Krieg mehr wie früher, und es sieht auch nicht so aus, als würde es ihn wieder geben. Aber weil die Relikte des Kalten Krieges über keine Alternativen verfügen, versuchen sie sich trotz ihrer Agonie wie Zombies gegenseitig zu fressen. Wir sprechen also von untoten Monstern. Es ist Zeit, diese Toten zu begraben. Es gibt in Filmen ja die Szenen, wenn jemand gestorben ist, aber im letzten Moment noch seine Hände aus dem Boden streckt und denjenigen in seiner Umgebung zu schaden versucht. Der derzeitige Zustand ist statt eines Kalten Krieges eine Art Krieg der Zombies.

Der Iran, Russland und China scheinen an Macht zu gewinnen. Zum Beispiel kann die Ukraine, trotz ihrer Hinwendung zur EU, nicht wirklich gegen Russland aktiv werden.

Wenn Sie die Weltpolitik mit den Augen der Staaten betrachten, ist Ihre Aussage richtig, aber wir müssen aus der Perspektive der Multitude schauen. Die Staaten sind immer noch sehr stark und ja, wir müssen uns selbst schützen; wenn wir als Multitude denken, können wir eine andere Bewertung vornehmen. ♦

Die aktuellen internationalen Krisen als Scheitern der repräsentativen Demokratie

Wo der Staat keine Macht hat, lohnt sich auch die Eroberung der Staatsmacht nicht

Dr. Elmar Millich

Waren die Kriegshandlungen bis Mitte des 20. Jahrhunderts entweder sogenannte konventionelle Kriege, also zwischen souveränen Staaten, oder koloniale Kriege zur Erhaltung des Status quo, hat sich dieses Bild im 21. Jahrhundert entscheidend geändert. Die Nachrichten werden geprägt von Bürgerkriegen, die teilweise den gesamten Staat oder aber auch nur Regionen erfassen, und Interventionskriegen zumeist westlicher Staaten, die sich nach ihrem eigenen Verständnis gar nicht als Kriege betrachten, sondern als »humanitäre Intervention« oder als »Kampf gegen den Terrorismus«. Auch wenn sich die verschiedenen Konflikte in den unterschiedlichsten Regionen sicher nicht über einen Kamm scheren lassen, können sie doch als Krise der in Europa entwickelten Demokratieform interpretiert werden, die gemeinhin als »repräsentative Demokratie« bezeichnet wird. Die in der europäischen Aufklärung entwickelte Demokratievorstellung geht von dem Gewaltmonopol des Staates aus, das von der Bevölkerung durch freie, gleiche und geheime Wahlen an Repräsentanten des Staates delegiert wird. Die zwei wesentlichen Spielarten sind hier die parlamentarische Demokratie, wie in den meisten europäischen Staaten, oder präsidiale Demokratien, wie etwa in Frankreich oder den USA. Gemeinhin gilt auch noch die Gewaltenteilung, also Trennung zwischen Regierung, Gesetzgebung und Justiz, als Kriterium für eine funktionierende Demokratie. Wahlen haben in dieser Vorstellung eine befriedende Funktion, in dem Sinne, dass sie die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bündeln und priorisieren.

Ein Blick auf die zurückliegenden Jahre zeigt, dass diese befriedende Wirkung aufgrund unterschiedlicher Trennungslinien in der Gesellschaft zunehmend verloren geht. Vordergründig lassen sich im Wesentlichen vier Trennungslinien ausmachen, die anhand exemplarischer Konflikte plakativ dargestellt werden sollen. Ein aktuelles Beispiel für ethnische Auseinandersetzungen liefert der Südsudan. Noch bevor er 2011 nach einem Referendum seine Unabhängigkeit erreichte, wurde Salvador Kiir als Staatspräsident bestätigt. Nach der anfänglichen Euphorie über die Unabhängigkeit kam es Ende 2013 zu einem Zerwürfnis zwischen Kiir und seinem Vizepräsidenten Rieck Machar. Zur Tragödie entwickelte sich dieses Zerwürfnis dadurch, dass beide unterschiedlichen Volksgruppen, den Dinka und Nuer, angehören. Quasi aus dem Nichts spaltete sich die Bevölkerung anhand ethnischer Linien in einem Bürgerkrieg, der bislang tausende Tote und Hunderttausende Vertriebe forderte.

Der Irak befindet sich elf Jahre nach dem Sturz von Saddam Hussein am Rand des Bürgerkrieges zwischen den verschiedenen Religionsgruppen. Die schiitischen und sunnitischen Teile der Bevölkerung stehen sich misstrauisch gegenüber, und immer wieder gibt es verheerende Bombenattentate gegen die Zivilbevölkerung. Nach UN-Angaben kamen allein 2013 8 000

Menschen dabei ums Leben. Der seit acht Jahren amtierende schiitische Regierungschef al-Maliki schließt die unter Saddam Hussein tonangebende sunnitische Bevölkerung systematisch von der Macht aus und kriminalisiert stattdessen politische Gegner.

Auch soziale Konflikte können eine Rolle spielen. In Thailand putschte das Militär kürzlich zum zweiten Mal nach 2006. Vorausgegangen waren Proteste der als »Gelbhemden« bekannten städtischen Mittelschicht, die den Rücktritt der Regierungschefin Yingluck Shinawatra forderte, die sich durch Sozialprogramme auf die Unterstützung der ärmeren ländlichen Bevölkerung verlassen kann. Bis zu 30 Menschen sind in den letzten Monaten ums Leben gekommen. Ähnlich verlaufen die Grenzen zwischen der Bevölkerung aktuell in Venezuela. Seit Monaten finden militante Proteste statt, und Angehörige der Mittelschicht fordern den Rücktritt von Präsident Maduro, der die sozialistische Politik seines Vorgängers Hugo Chávez fortführt.

Im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit steht aktuell die Ukraine. Nachdem Präsident Janukowytsch sich weigerte ein wirtschaftliches Assoziierungsabkommen mit der EU einzugehen, erzwangen vom Westen massiv unterstützte Proteste auf dem Maidan-Platz seinen Rücktritt. Die neu gebildete Regierung wurde aber von der tendenziell prorussischen Bevölkerung im Ostteil des Landes nicht anerkannt, die eine Unabhängigkeit oder Angliederung an Russland will. Hier verläuft die Trennungslinie entlang prorussischer oder proeuropäischer Identität.

In der Türkei forderten im Juni letzten Jahres während des Gezi-Aufstands Millionen von Menschen den Rücktritt von Ministerpräsident Erdoğan. Die säkular und liberal orientierten Kräfte fühlen sich von der zunehmenden Islamisierung und dem autoritären Regierungsstil überrollt. Oft überlagern sich die verschiedenen Konfliktlinien auch und werden zusätzlich von außen angeheizt.

Der Staat wird zur Beute

Schaut man sich die Ursachen dafür an, warum auch anerkanntermaßen demokratische Wahlen nicht in der Lage sind, die Länder zu stabilisieren, lohnt sich eine ökonomische Betrachtung. Die oben beschriebene in Europa entwickelte Demokratievorstellung hat als weitere Prämisse eine kapitalistische Privatwirtschaft, bei der sich der Staat im Wesentlichen darauf beschränkt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorzugeben. Damit findet eine weitgehende Entkopplung zwischen der gewählten Regierung und dem individuellen finanziellen Wohlergehen statt. In Deutschland etwa weiß sowohl der Millionär als auch der Harz-IV-Empfänger, dass sich an seinem Schicksal im Wesentlichen nichts ändern wird, egal ob CDU oder SPD an der Macht sind. In vielen Ländern der Welt sieht das aber anders aus. Große Teile des Wirtschaftsgeschehens sind staatlich gelenkt und stellen einen großen Teil des Beschäftigungssektors. Rohstoffexporte wie etwa Öl stellen einen großen Teil der Staatseinnahmen und auch Investitionsgelder und Entwicklungshilfe sind unter Kontrolle des Staates. Der Hang zur Korruption und die Praxis, die eigene ethnische, religiöse oder weltanschauliche Klientel mit Posten und Geld zu versorgen, geben Wahlen eine direkte individuelle ökonomische und soziale Sprengkraft. Die gewählten Kräfte machen sich den mit dem Gewaltmonopol versehenen Staat zur Beute und teilen die Pfründe unter sich auf. Das führt verständlicherweise bei dem unterlegenen Teil der Bevölkerung zu Verbitterung und Aufruhr. Gefährlich wird es dann, wenn diese Klassenauseinandersetzungen, wie in vielen Teilen der Welt, ethnisiert oder religiös verbrämt werden. Aus dem eigentlichen Kampf Arm gegen Reich entwickeln sich mörderische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volks- oder Religionsgruppen. Dass solche Entwicklungen nicht naturgegeben sind, sondern aus der kapitalistischen Dynamik entspringen, zeigt das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen im ehemaligen sozialistischen Jugoslawien. Die Interpretation bürgerlicher Kräfte, die Gewaltausbrüche Anfang der 1990er Jahre seien die Folge davon, dass der Hass der Volksgruppen aufeinander von dem autoritären sozialistischen Staat unterdrückt wurde und nun zum Ausbruch kommt, ist an Zynismus nicht zu überbieten.

Natürlich geht es nicht nur um ökonomische Vorherrschaft, sondern auch um kulturelle Hegemonie im Staat. Etwa in der Türkei, wo die türkischstämmige sunnitische Bevölkerungsmehrheit keinen offiziellen Platz für Kurden oder Aleviten sieht. Oder wenn etwa Israel von der Welt verlangt, als »jüdischer Staat« anerkannt zu werden, obwohl seine Bevölkerung zu 20 % aus Arabern besteht. Hier werden Auseinandersetzungen schon in der Struktur und Festschreibung des Staates angelegt. Auch demokratische Wahlen zementieren hier nur die gesellschaftliche Ausgrenzung von Minderheiten.

Rätedemokratie als Alternative

Es gibt also gute Gründe zu hinterfragen, ob das Modell der repräsentativen Demokratie mit dem uneingeschränkten Gewaltmonopol des Staates wirklich als weltweiter Exportschlager taugt oder nicht eher Konflikte schürt. Es liegt auf der Hand, dass politische Modelle, die eher auf Konsens als auf Mehrheiten setzen, ein hohes Potential zur Konfliktlösung besitzen. Solche politischen Modelle haben oft in indigenen Gemeinschaften eine lange Tradition, gelangten aber erst durch

den Aufstand der Zapatisten in Mexiko in den internationalen Fokus. Ein solcher politischer Ansatz wird gerade in Rojava unter dem Namen »Demokratischer Konföderalismus« umgesetzt. Die verschiedenen Volks- und Religionsgruppen werden hier ausdrücklich als Bereicherung der Gesellschaft und nicht als irgendwie gearteter Fremdkörper in einer Mehrheitsgesellschaft gesehen. Auch wenn in den verschiedenen Kantonen demnächst Regierungswahlen stattfinden, dienen diese doch hauptsächlich einer gewissen demokratischen Legitimation nach außen, während die politischen Entscheidungen über ein verzweigtes Rätesystem von der Basis der Bevölkerung getroffen werden. Auf ein in westlichen Staaten verbreitetes ausgeklügeltes Rechtssystem mit tausenden Gesetzen und Verordnungen, deren Überwachung sich der Staat zur Hauptaufgabe macht, will man bewusst verzichten und stattdessen im gesellschaftlichen Umgang immer wieder neuen Konsens finden. Im Mittelpunkt steht die Gesellschaft und wo der Staat keine Macht hat, lohnt sich auch die Eroberung der Staatsmacht nicht. Mag ein Staat sich ethnisch oder religiös einseitig definieren, eine Gesellschaft ist immer so heterogen wie die Bevölkerung, aus der sie sich zusammensetzt.

Warum wird dieses Modell in Rojava angesichts der furchtbaren Verhältnisse in den anderen Teilen Syriens nicht international begrüsst, sondern von der Türkei aktiv bekämpft und von den westlichen Staaten bestenfalls argwöhnisch beäugt? Das rührt vor allem daher, dass das Projekt Rojava nicht in der westlich liberalen, sondern in der kommunistischen Tradition liegt. Der arabische Frühling in Tunesien und Ägypten wurde im Westen mit Gelassenheit betrachtet, forderten die anfänglichen Protagonisten lediglich die Umsetzung demokratischer Standards statt korrupter Diktaturen.

Warum wird dieses Modell in Rojava angesichts der furchtbaren Verhältnisse in den anderen Teilen Syriens nicht international begrüßt, sondern von der Türkei aktiv bekämpft und von den westlichen Staaten bestenfalls argwöhnisch beäugt? Das rührt vor allem daher, dass das Projekt Rojava nicht in der westlich liberalen, sondern in der kommunistischen Tradition liegt. Der arabische Frühling in Tunesien und Ägypten wurde im Westen mit Gelassenheit betrachtet, forderten die anfänglichen Protagonisten lediglich die Umsetzung demokratischer Standards statt korrupter Diktaturen. Anhand dieser Maßstäbe muss man die Umwälzungen mittlerweile als gescheitert betrachten. Die heterogene Mittelschichtsopposition hatte zwar das Potential im Verbund mit wohlmeinender westlicher Berichterstattung die Autokraten zu stürzen, aber in das Machtvakuum zogen dann die besser organisierten Muslimbrüderschaften ein. In Ägypten erfolgte nach dem Militärputsch und der Wahl Sisis zum Staatspräsidenten gar eine komplette Rückkehr zum alten Status quo. Demgegenüber erfolgte in Rojava eine klare Revolution durch die Partei der Demokratischen Union PYD als eine in der Bevölkerung verankerte revolutionäre Partei mit klaren ideologischen Vorstellungen. Die Erfolge dieser Revolution wurden auch direkt durch die bewaffneten militärischen Kräfte der Volksverteidigungseinheiten YPG abgesichert. Genauso hat es Lenin 1917 vorgemacht. Würde ein solches Vorgehen in der Region Schule machen, hätte der Imperialismus seine liebste Spielwiese Mittlerer Osten verloren. Generell ist die Vorstellung einer in basisdemokratischen Rätestrukturen organisierten Gesellschaft dem Kapitalismus ein Gräuel. Für die kapitalistische Durchdringung einer Gesellschaft bedarf es einer stringenten Gesetzgebung, die Investitionssicherheit garantiert und Ausbeutungsverhältnisse festschreibt. Ebenso braucht es die Kumpanei mit lokalen Eliten, die das staatliche Gewaltmonopol nutzen, um gegebenenfalls Unruhen durch Polizei und Militär zu unterdrücken. Daher ist es konsequent, dass nicht nur die Türkei aufgrund ihrer eigenen kurdischen Bevölkerung am Gedeih einer kurdischen Selbstverwaltung kein Interesse hat, sondern sich auch die feudalistische kurdische Autonomieregierung im Nordirak an der ökonomischen Strangulierung von Rojava beteiligt und westliche Regierungen auf Distanz gehen.

Inwieweit Rojava im Mittleren Osten auch über Kurdistan hinaus Ausstrahlungskraft gewinnt, hängt von den weiteren Entwicklungen ab. Zuerst einmal steht die militärische Verteidigung gegen dschihadistische Gruppierungen und das Assad-Militär im Vordergrund. Eine Stabilität in Rojava wird nur zu erreichen sein, wenn es auch für Gesamtsyrien zu einer Lösung kommt. Wann diese erreicht wird und wie sie aussehen wird, lässt sich aktuell nicht vorhersagen. Unter Kriegsbedingungen, wie sie aktuell in den kurdischen Gebieten herrschen, kommt es naturgemäß zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die eigentliche Bewährungsprobe ist der Frieden, wenn dann die »Mühen der Ebenen« beginnen. Erfahrungsgemäß sind es dann die ökonomischen Verhältnisse, die für die Zufriedenheit der Gesellschaft ausschlaggebend sind. Es ist jetzt schon abzusehen, dass die Anrainer- und imperialistischen Staaten alles daransetzen werden, die Entwicklungen in Rojava eher zu behindern als zu fördern. ♦

Zur Darstellung von kurdischen Kämpferinnen in den Medien

Sexistische Propagandamethoden zur Delegitimierung der Frauenbewegung

Dilar Dirik

In der Zeit nach den Morden an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris richteten die Mainstream-Medien ihre Aufmerksamkeit plötzlich auf ein lang vernachlässigtes, aber dennoch faszinierendes Thema: auf die bemerkenswerte Rolle der Frau in der kurdischen Freiheitsbewegung.

In den letzten zwei Jahren übernahmen die Kurden die Kontrolle über Westkurdistan (Rojava) und etablierten dort nach und nach Selbstverwaltungsstrukturen inmitten des syrischen Bürgerkriegs. Von Anfang an nahmen Frauen an der Rojava-Revolution durch ihren sozialen und politischen Aktivismus teil, aber was die westlichen Mainstream-Medien vor allem verwunderte, ist die Teilnahme dieser Frauen als gleichberechtigte Kämpferinnen im Krieg. Diese Frauen, die sowohl gegen das Assad-Regime als auch gegen dschihadistische Gruppen kämpfen, betonen immer wieder, dass sie an mehreren Fronten für ihre Freiheit als Kurdinnen und als Frauen Widerstand leisten. Auch wenn die Existenz von weiblichen Kämpferinnen seit Jahrzehnten ein natürliches Element der Politik in Kurdistan ist, scheint die Weltöffentlichkeit erst jetzt zu dieser Einsicht gekommen zu sein. Vor allem nach den Ereignissen der letzten zwei Jahre hat die kurdische Frauenbewegung das Vorstellungsvermögen der Mainstream-Medien auf verschiedenste Weise vereinnahmt, von erstaunter Ehrfurcht über arroganten Orientalismus bis zu schierem Sexismus.

Die meisten Artikel über die kurdischen Kämpferinnen sind gelinde gesagt banal, frauenfeindlich, orientalistisch oder herablassend. Anstatt zu versuchen, das faszinierende Phänomen in all seiner Komplexität zu verstehen, beuten diese Artikel mit ihren sensationalistischen Aussagen das Erstaunen der Leserschaft über die Tatsache, dass »die armen Frauen des Nahen Ostens« Militante sein könnten, aus. Statt die kulturelle Revolution, die diese Frauen in einer ansonsten konservativ-patriarchalischen Gesellschaft bewirken, anzuerkennen, fallen viele Reporter auf die gleichen veralteten Kategorien rein: Während die staatsnahen Medien, insbesondere in der Türkei und im Iran, Guerillakämpferinnen als »böse terroristische Prostituierte«, familienhassende, Gehirnwäsche unterzogene Sex-Spielzeuge der männlichen Kämpfer porträtieren, bezeichnen westliche Medien diese Frauen häufig als »unterdrückte Opfer, die einen Ausweg aus ihrer rückständigen Kultur suchen«, um einem Leben voller Ehrenmorde und Kinderheirat zu entkommen. Abgesehen davon, dass sie die Menschenrechtsverletzungen gegen die Kurden, die diesen Widerstand überhaupt erfordert haben, völlig ignorieren, basieren diese Aussagen nicht nur nicht auf Fakten, sondern verzerren die Realität absichtlich. Ja, kurdische Frauen sind mit einer stark patriarchalischen Gesellschaft mit ungeheurer Gewalt gegen Frauen konfrontiert, aber die Motivation dieser kämpfenden Frauen ist sehr vielfältig und komplex, und – wenn man die gesellschaftlichen Strukturen Kurdistans und des Nahen Ostens berücksichtigt – in vielerlei Hinsicht revolutionär. Ob man ihre Ziele unterstützt oder nicht, ist nicht wichtig, um einzusehen, dass die Annahme, diese Frauen suchten bloß eine »Flucht«, ungerechtfertigt und problematisch ist. Diese Frauen kämpfen aktiv gegen das Patriarchat – wie kann man das nur als »Flucht« bezeichnen?! Sobald man aber die Gründe für diese verzerrten Darstellungen betrachtet, wird deutlich, dass die Anerkennung der Entschlossenheit dieser Frauen eindeutig eine Gefahr für das System darstellt …

Militant zu sein gilt als »unweiblich« …

Die Tatsache, dass kurdische Frauen zur Waffe, dem traditionellen Machtsymbol des Mannes, greifen, ist in vielerlei Hinsicht eine radikale Abwendung von der Tradition. Daher ist es wichtig festzustellen, dass die Kritik der Mainstream-Medien an der Beteiligung kurdischer Frauen am Kampf nicht auf pazifistischen Gründen beruht, sondern auf essentialistischen binären Vorstellungen von »Weiblichkeit«. Militant zu sein gilt als »unweiblich«, es überschreitet soziale Grenzen und rüttelt an den Grundlagen des Status quo. Militanten Frauen wird vorgeworfen, die »Heiligkeit der Familie« zu verletzen, weil sie es wagen, aus dem jahrhundertealten Gefängnis, das ihnen zugewiesen wurde, auszubrechen. Weil sie es wagen, sich dem

patriarchalen, frauenmordenden System als agierende Subjekte entgegenzustellen, statt Opfer zu sein. Krieg wird als Männersache betrachtet; von Männern angefangen, geführt und beendet. Es ist demnach der Teil »Frau« in »militante Frau«, der dieses allgemeine Unbehagen verursacht. Auch wenn die Verteilung von traditionellen Geschlechterrollen Frauen oft als Heilige essentialisiert und idealisiert, ist die Strafe für Frauen, die diese zugewiesenen Rollen verletzen, recht bösartig. Das ist auch der Grund, warum viele widerstandleistende Frauen, überall auf der Welt, als Kämpferinnen im Krieg und als politische Gefangene sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind. Wie viele Feministinnen darauf hingewiesen haben, haben Vergewaltigung und sexuelle Gewalt kaum etwas mit sexuellem Verlangen zu tun, sondern sind Werkzeuge der Macht, um das Gegenüber zu dominieren. Im Zusammenhang mit militanten Frauen ist das Ziel sexualisierter Gewalt, ob körperlich oder verbal, diese Frauen dafür zu bestrafen, sich in eine für männliche Privilegien vorbehaltene Sphäre gewagt zu haben.

Diese sexistischen Propagandamethoden sind in erster Linie dafür gedacht, die Frauenbewegung zu delegitimieren und die radikale Wirklichkeit, die die hypermaskulinisierten heteropatriarchalen Systeme, gegen die diese Frauen kämpfen, herausfordern, stürzen und traumatisieren würde, zu vertuschen. Sie sollen von der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der kurdischen Frauen sich dem Kampf aus Überzeugung, aus dem Wunsch, gegen Unterdrückung zu kämpfen, anschliessen, dass sie bewusste Akteure sind, die ihr Leben autonom bestimmen wollen, ablenken.

Ein Kampf aus Überzeugung

Ein kurzer Blick auf die Darstellungen von kurdischen militanten Frauen in türkischen und iranischen Medien zeigt Schlagzeilen wie »Sie wurde schwanger«, »Verzweifelte Bergfrauen«, »Die Vergewaltigungsrealitäten in den Bergen«, »Schau, wessen Liebhaberin sie ist«, »Sie war keine Jungfrau« etc. Dies gibt die diesen Aussagen zugrundeliegende sexistische Mentalität preis, welche verbreitete konservative soziale Werte wie die sexuelle »Ehre« der Familie instrumentalisiert und Frauenfeindlichkeit mit rassistischen Stereotypen von Kurden als rückständiges Volk kombiniert. Statt sich über die Vergewaltigung und sexuelle Gewalt durch die Armee und Gefängniswärter (vor allem an Kindern im Gefängnis) zu empören, sind die Medien von der »Jungfräulichkeit« der Guerilla-Frauen besessen. Diese sexistischen Propagandamethoden sind in erster Linie dafür gedacht, die Frauenbewegung zu delegitimieren und die radikale Wirklichkeit, die die hypermaskulinisierten heteropatriarchalen Systeme, gegen die diese Frauen kämpfen, herausfordern, stürzen und traumatisieren würde, zu vertuschen. Sie sollen von der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der kurdischen Frauen sich dem Kampf aus Überzeugung, aus dem Wunsch, gegen Unterdrückung zu kämpfen, anschließen, dass sie bewusste Akteure sind, die ihr Leben autonom bestimmen wollen, ablenken. Es wird deutlich, dass dieser »Instrumenalisiertes Öpferchen«-Diskurs ein Versuch ist, das Bewusstsein dieser kämpfenden Frauen zu untergraben. Ein pseudo-wissenschaftlicher Akademiker behauptet dazu sogar: »Da Frauen emotionaler als Männer sind, sind Frauen leichter zu konditionieren.« Wenn die kurdische Bewegung tatsächlich Frauen als rein physische Kriegswerkzeuge oder Sexobjekte rekrutieren wollte, würde sie wirklich Wert auf so große Mengen anspruchsvoller feministischer Ideologie und Bildungsseminare legen, um sie zu mobilisieren? Wären denn die PKK und die ihr verbundenen Organisationen beispielsweise nicht besser dran ohne einen ideologischen Vorsitzenden, der sagt, *»Der Mann wurde zum Staat und verwandelte diesen in die dominante Kultur. Klassen und sexuelle Unterdrückung entwickelten sich gemeinsam; Die Männlichkeit hat das herrschende Geschlecht, die herrschende Klasse und den herrschenden Staat erzeugt. Wenn der Mann in diesem Zusammenhang analysiert wird, ist es klar, dass die Männlichkeit getötet werden muss.*

In der Tat ist es das Grundprinzip des Sozialismus, den dominanten Mann zu töten. Das Töten der Macht bedeutet: die einseitige Dominanz, die Ungleichheit und die Intoleranz zu töten. Darüber hinaus bedeutet es, Faschismus, Diktatur und Despotismus zu töten.« (Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau, Abdullah Öcalan, S. 55)

Die Behauptung, dass die Mobilisierung von Frauen eine heimtückische Art der Rekrutierung sei, entzieht sich der Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass die feministische Philosophie der Bewegung die Frauenbefreiung ausdrücklich als Kernprinzip betont.

Warum finden Frauen die Freiheit – über die sie sonst in ihrem Leben nicht verfügen – im Widerstand?

Eine weitere Art, die Bedeutung des Frauenkampfes zu verleugnen, ist die Behauptung, diese Frauen zögen in die Ber-

ge, um ihrer unterdrückenden Kultur zu »entfliehen«. Sowohl westliche Medien als auch staatsnahe Medien haben diese Behauptung wiederholt propagiert, wahrscheinlich ohne jemals mit einer einzigen kurdischen Kämpferin gesprochen zu haben. Auch wenn wir, um der Diskussion willen, die Prämisse akzeptieren, dass die Berge eine »Flucht« für Frauen sind, warum fragen wir nicht, welche sozio-ökonomischen und politischen Situationen diese Staaten verursacht haben, dass eine Frau das Leben als Freiheitskämpferin ihrem zivilen Leben vorzieht? Warum finden Frauen die Freiheit – über die sie sonst in ihrem Leben nicht verfügen – im Widerstand? Auf alte Staatspropaganda, die die Kämpferinnen oft als verwirrte Opfer, leichte Rekruten bezeichnet hat, hereinzufallen, ist sehr faul und problematisch und vereinfacht ein sehr komplexes Phänomen. Kurdische militante Frauen verfügen über ein hohes Maß an politischem Bewusstsein, welches durch Bildungsseminare erweitert wird. Indem behauptet wird, die Mobilisierung von Frauen, insbesondere derer, die ohne formale Bildung aus den ländlichen Gebieten kommen, sei ein Beweis für die Oberflächlichkeit der Frauenbewegung und ihren Mangel an »Kultiviertheit«, haben sogar selbsternannte Feministinnen auf problematische Art Frauen aus diesen sozialen Hintergründen bevormundet. Diese »Erläuterungen« sind nicht nur orientalistisch-chauvinistischer oder sexistischer Natur, sie sind des Weiteren nicht in der Lage zu erklären, wie die kurdische Bewegung eine populäre basisorientierte Frauenbewegung geschaffen hat, die die Tradition herausgefordert, die Gesellschaft in einem grandiosen Maße transformiert und dabei Frauen in der breiteren Gesellschaft gestärkt hat.

Interessant ist ebenfalls, dass, obwohl die Frauenbewegung seit neuestem in den globalen Medien erscheint, die Motivationen und Ideologien hinter der Bewegung absichtlich ausgelassen zu werden scheinen. Während beispielsweise einige Artikel die Stärke und den Mut der Frauen, die gegen das Assad-Regime und Al-Qaida-Gruppen in Westkurdistan kämpfen, bewundern, erwähnen dieselben Autoren oft nicht, dass diese Frauen Abdullah Öcalans Ideologie ausdrücklich als treibende Kraft hinter ihrer Mobilisierung bezeichnen.

Den Entscheidungen der militanten kurdischen Frauen Elemente wie Verzweiflung, Irrationalität oder Verwirrung aufzuzwingen und Propaganda über sexuelle Ausbeutung zu verbreiten, sind sexualisierte Werkzeuge der Kriegsführung, um die Legitimität der Frauenbewegung zu untergraben. Warum scheinen alle, ohne sich überhaupt die Mühe zu machen, mit diesen Frauen zu sprechen, vorgefertigte Erklärungen für ihre Militanz zu haben? Woher kommt diese unheimliche Angst vor den Entscheidungen dieser Frauen? Wenn wir die bizarre und verzerrte Darstellung von kurdischen Kämpferinnen in den Medien verstehen wollen, müssen wir uns fragen: »Gegen wen kämpfen diese Frauen?« Die Antwort wird uns wichtige Erkenntnisse liefern. Kurdische Frauen kämpfen (derzeit) gegen den türkischen Staat, mit der zweitgrößten NATO-Armee mit ihrer hypermaskulinen Militärstruktur und einem Premierminister, der an Frauen appelliert, mindestens drei Kinder zu gebären, gegen das iranische Regime, das Frauen angeblich im Namen des Islams entmenschlicht und gegen mit al-Qaida verbundene Dschihadisten, die es als »halal« erklärt haben, kurdische Frauen zu vergewaltigen, und denen für ihre barbarischen Taten 72 Jungfrauen im Paradies versprochen sind. Aber abgesehen davon kämpfen diese Frauen gegen das unerträgliche Patriarchat in der kurdischen Gesellschaft selbst. Gegen Kinderheirat, Zwangsheirat, Ehrenmorde, häusliche Gewalt

Wenn wir die bizarre und verzerrte Darstellung von kurdischen Kämpferinnen in den Medien verstehen wollen, müssen wir uns fragen: »Gegen wen kämpfen diese Frauen?« Die Antwort wird uns wichtige Erkenntnisse liefern. Kurdische Frauen kämpfen (derzeit) gegen den türkischen Staat, mit der zweitgrössten NATO-Armee mit ihrer hypermaskulinen Militärstruktur und einem Premierminister, der an Frauen appelliert, mindestens drei Kinder zu gebären, gegen das iranische Regime, das Frauen angeblich im Namen des Islams entmenschlicht und gegen mit al-Qaida verbundene Dschihadisten, die es als »halal« erklärt haben, kurdische Frauen zu vergewaltigen ...

und Vergewaltigungskultur. Kein Wunder, dass bewaffnete kurdische Frauen als Gefahr gefürchtet werden! Der Versuch, diese Frauen verbal und körperlich sexuell anzugreifen, ist eine Überlebenstaktik der patriarchalen Strukturen, gegen die sich diese Frauen bewaffnen. Kurdische Frauen als gleichberechtigte Feinde im Kampf anzuerkennen, würde diese zerbrechlichen testosterongeladenen Konstrukte in Stücke bröseln lassen. ♦

Dilar Dirik, geboren 1991, hat Geschichts- und Politikwissenschaften studiert und den Master in Internationalen Studien. Das Thema ihrer Masterarbeit lautet »Die Rolle der Frau in der Ideologie und Organisation der PKK«. Sie schreibt regelmäßig für die »Kurdistan Tribune« und »Your Middle East«. Auf ihrem Blog »Peace in, peace out« finden sich weitere Texte: http://dilar91.blogspot.co.uk/

Baskenland:

Strategie des Friedens in Richtung Unabhängigkeit und Sozialismus

Jonan Lekue (RA) u. Isa Marin (EHL-Deutschland/Freund_innen des Baskenlandes)

An den 20. Oktober 2011 wird man sich in der Zukunft als einen historischen Tag erinnern. Nach 52 Jahren des bewaffneten Kampfes verkündete ETA *[bask.: Baskenland und Freiheit]* das endgültige Ende all ihrer bewaffneten Aktivitäten. Diese Entscheidung markierte den Beginn einer neuen politischen Ära. Sie war eine Folge der internen Diskussion und entsprechender Beschlüsse innerhalb der Abertzalen *[bask.: Patriotischen]* Linken und hat auch eine wichtige internationale Dimension. Die in der internen Diskussion beschlossenen einseitigen Schritte öffneten die Tür für einen Paradigmenwechsel im politischen Szenario im Baskenland: den Übergang von der bewaffneten zu einer demokratischen Konfrontation.

Der politische Konflikt und seine Ursachen, die territoriale Teilung des Baskenlandes und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, sind immer noch nicht gelöst. Die Haltung des spanischen Staates und seiner Regierung hat sich bisher nicht grundsätzlich geändert.

Die Krise des spanischen Staates betrifft nicht nur die territoriale Frage im Baskenland und in Katalonien: Die Monarchie genießt keine Unterstützung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Krise geht mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als 25 % einher und Korruptionsfälle wiederholen sich endlos. Die Europawahl 2014 und die historisch niedrigen Wahlergebnisse für die zwei großen Parteien *[Volkspartei PP und Sozialdemokraten PSOE]* sind Zeichen der tiefen Krise des politischen Rahmens, der nach dem Ende des Faschismus gesetzt wurde.

Trotz der politischen Haltung des spanischen Staates ist die Unterstützung für eine friedliche Lösung des Konflikts im Baskenland und für das Recht, selbst zu entscheiden, präsenter als je zuvor. Als letzte Beispiele können wir nennen: Am 25. Mai 2014 wurde Josu Juaristi für die baskische Koalition Bildu *[bask.: versammeln]* ins Europaparlament gewählt und am 8. Juni forderte eine über 150 000-köpfige Menschenkette durch das Baskenland das Recht der Basken und Baskinnen zu entscheiden.

a) Interne Diskussion 2009–2010

Die Gespräche der Jahre 2005–2007, die einerseits zwischen Batasuna *[bask.: Einheit]* und PSE *[PSE-EE-PSOE, Baskenland-Regionalpartei der PSOE des damaligen Ministerpräsidenten Zapatero]* und andererseits zwischen ETA und spanischer Regierung geführt wurden, scheiterten. Dafür gab es mehrere Gründe. Als Hauptgrund sehen wir die Nichteinhaltung vereinbarter Abkommen durch die spanische Regierung.

Am Ende der Verhandlungen kehrte die offene Konfrontation zurück. Der bewaffnete Kampf und die schlimmste Serie repressiver Maßnahmen wurden zum Alltag. Es kam zur politischen Blockade: Einerseits reichte der Kampf nicht aus, um die bestehende politische Struktur zu überwinden, obwohl es dafür im Baskenland eine Mehrheit gibt. Andererseits war auch die harte Repression nicht in der Lage, Batasuna oder ETA zu zerstören.

Eine wirksame Strategie musste ein Ende der bewaffneten Konfrontation bewirken, weil die spanische Regierung darin ihre Stärke hatte und dabei von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wurde. Die öffentliche Debatte um die politischen Fragen, das Selbstbestimmungsrecht, die territoriale Teilung des Baskenlandes und die Forderung nach internationalen Beobachtern wollte sie immer vermeiden. Deshalb musste sich die Unabhängigkeitsbewegung auf folgende politische Instrumente konzentrieren: den ideologischen Kampf, die Massenmobilisierung, die institutionelle Arbeit und die Bündnispolitik.

b) Strategie des Friedens: einseitige Schritte

Die Schlussfolgerungen der strategischen Debatte wurden in einer Erklärung zusammengefasst: »Steh auf, Baskenland!« –

»Zutik Euskal Herria«. Seit deren Veröffentlichung hat sich das politische Szenario in einer rapiden Dynamik verändert.

Die neue Strategie wurde ohne Beteiligung Spaniens oder Frankreichs realisiert. Beide Staaten haben kein Interesse an einer Änderung im Baskenland in Richtung Demokratie. Die Verhandlungsprozesse in den 80ern, 90ern und 2005–2007 und die Erfahrungen daraus haben dieses Desinteresse deutlich gezeigt. Es ist bequemer für Spanien, den Konflikt als Sicherheitsproblem zu behandeln und nicht über seine politischen Ursachen zu reden.

Der laufende Prozess ist einseitig begonnen und entwickelt worden. Er hat zwei Ebenen: einerseits die baskische Gesellschaft mit der Mehrheit ihrer politische Parteien, plus Unterstützung von Vertretern der internationalen Gemeinschaft andererseits. Es ist deshalb richtiger, von einer Strategie des Friedens als von einem traditionellen Friedensprozess zu sprechen. Im bisherigen politischen Dialog glänzt der spanische Staat durch seine absolute Abwesenheit.

Als Folge und Entwicklung dieser Strategie leiteten am 17. Oktober 2011 Bertie Ahern, Kofi Annan, Gerry Adams, Jonathan Powell, Gro Harlem Bruntland, Pierre Joxe eine internationale Konferenz im Baskenland. Alle baskischen politischen Parteien (außer der rechten PP), Gewerkschaften, Unternehmervereinigungen, Kulturgruppen der spanischen und französischen Teile des Baskenlandes waren dabei.

Die sechs Vertreter der internationalen Gemeinschaft verlasen am Ende der Konferenz eine von allen Anwesenden akzeptierte und als Friedensfahrplan verstandene Deklaration, bekannt als die Erklärung von Aiete.

Sie fasst zwei Hauptempfehlungen zusammen: Einerseits müssen die Verhandlungen für einen neuen politischen Konsensus zwischen Parteien und sozialen Kräften so bald wie möglich aufgenommen werden. Andererseits muss der Dialog über die Konsequenzen des Konflikts ebenfalls beginnen. ETA und beide Regierungen sollen über die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Entmilitarisierung aller Seiten und die multilateralen Opfer verhandeln.

c) ETA und die Gefangenen

Als Antwort auf die internationale Konferenz von Aiete und als logische Folge des Strategiewechsels der Abertzalen Linken erklärte ETA das endgültige Ende ihres bewaffneten Kampfes. Obwohl 2011 der bewaffnete Kampf von ETA definitiv be-



Für ein Ende der Politik der Zerstreuung *[Unterbringung der Gefangenen weit entfernt vom Heimatort]*, einer willkürlich auf baskische Gefangene angewendeten Maßnahme, und deren Unterbringung in Gefängnissen in der Nähe ihrer Familien.

endet wurde, ist die Gewalt des spanischen Staates gegen das Baskenland immer noch präsent. Spanien hält an seiner polizeilichen Strategie fest und versucht dauerhaft, den politischen Prozess zu blockieren.

Um diese politische Blockade zu überwinden, organisierten im März 2013 die im spanischen Südbaskenland aktive Organisation für Konfliktlösung Lokarri und die im französischen Baskenland angesiedelte Bake Bidea ein Sozialforum als Stärkung der direkten Beteiligung der Bevölkerung. Mit der Beteiligung einer Vielzahl baskischer Organisationen und internationaler Experten gelten seine Empfehlungen auch als ein positiver Schritt im Friedensprozess.

Die Empfehlungen präsentieren vier Aufgabenbereiche: die militärischen ETA-Strukturen abbauen und entwaffnen; die Gefangenen und Flüchtigen wiedereingliedern; die Menschenrechte einhalten; sowie das Geschehene unter Einbeziehung aller Opfer aufarbeiten und die Grundlagen für das künftige Zusammenleben legen.

Ende 2013 antwortete das Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen (EPPK) auf die Empfehlungen des baskischen Sozialforums mit der vollständigen Unterstützung des neuen friedlichen Szenarios im Baskenland sowie mit einer verantwortungsvollen und konstruktiven Haltung. Kernthemen waren hier ebenso die Haftbedingungen und ein gleichberechtigtes Gegenüberstellen aller Opfer des Konflikts.

Für die Rechte der Gefangenen und für eine friedliche Lösung des Konflikts marschierten im Januar 2014 in Bilbao 130 000 Menschen. Eine der größten Demonstrationen in der baskischen Geschichte.

Das EPPK und die Mehrheit der baskischen Gesellschaft fordert folgende initiale Schritte zur Konsolidierung des Friedensprozesses:

- Die sofortige Freilassung schwerkranker Gefangener, für die die aktuelle Gesetzeslage eine Freilassung vorsieht, um eine adäquate Behandlung ihrer Krankheit zu ermöglichen.

- Die Freilassung der Gefangenen, die die Bedingungen vorzeitiger Entlassung erfüllen.

- Ein Ende der Politik der Zerstreuung *[Unterbringung der Gefangenen weit entfernt vom Heimatort]*, einer willkürlich auf baskische Gefangene angewendeten Maßnahme, und deren Unterbringung in Gefängnissen in der Nähe ihrer Familien.

- Die unverzügliche Freilassung Arnaldo Otegis und all derer, die sich allein wegen ihrer Gesinnung oder ihrer politischen Aktivitäten in politischen Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, sozialen Bewegungen und den Medien in Haft befinden. Anklagen und europäische Haftbefehle, die wegen solcher Aktivitäten ergangen sind, müssen aufgehoben werden.

Gleichzeitig hat ETA im Januar 2014 in Anwesenheit der »Internationalen Kommission zur Überprüfung des Waffenstillstands« (IVC) einen Teil ihres Waffenarsenals inventarisiert und danach versiegelt, um ihn für den »operativen Einsatz unbrauchbar« zu machen. Kurz danach sagte ETA ihre vollständige Entwaffnung zu. Das gesamte Waffenarsenal werde aufgegeben und versiegelt, kündigte sie an.

Die Entscheidung von ETA folgt exakt der einseitigen Strategie für den Frieden und zeigt ihre volle Bereitschaft, den Prozess zur Demokratie vollständig weiterzuführen.

d) Soziale Bewegungen und Selbstbestimmungsrechtsforderungen

Die Staaten Spanien und Frankreich haben Angst vor dem Wort und der freien Entscheidung der Basken und Baskinnen und deshalb verweigern sie ihre Teilnahme an einem Prozess für eine umfassende demokratische Lösung des Konflikts.

Ihr demokratisches Defizit besteht nicht nur in territorialen oder nationalen Auseinandersetzungen, es ist struktureller Natur. Ihr Mangel an Demokratie ist nicht nur systematisch, sondern kann als systemisch bezeichnet werden. Das bestehende kapitalistische System, seine Politiker und viele der Staaten, die es unterstützen, wollen die Menschen von politischen, wirtschaftlichen und institutionellen strategischen Entscheidungen ausschließen.

Die aktuelle globale Wirtschaftskrise (oder zumindest diejenige der meisten der »entwickelten« Länder) hat diese Tendenz verschärft, sodass die Meinungen und Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen noch rigoroser ignoriert werden. Eine herrschende Klasse, vertreten durch Institutionen und Lobbygruppen, die so wenig transparent sind wie IWF, EZB, Goldman Sachs, Standard & Poor‘s ..., bestimmen das Leben von Millionen Menschen und entscheiden sogar, wer in einigen Staaten regiert – ohne irgendwelche demokratische Kontrolle.

Gegen diese Mächte mobilisiert sich auch dauerhaft die Linke aus dem Baskenland. Am 3. März versammelte sich die EU-Troika *[IWF/EU-Kommission/EZB]* im Baskenland und Zehntausende machten in Bilbao deutlich, dass »die Troika und ihre Komplizen« im Baskenland unerwünscht seien. Die erfolgrei-

che Europawahlkampagne konzentrierte sich vor allem auf die Verteidigung der sozialen Rechte.

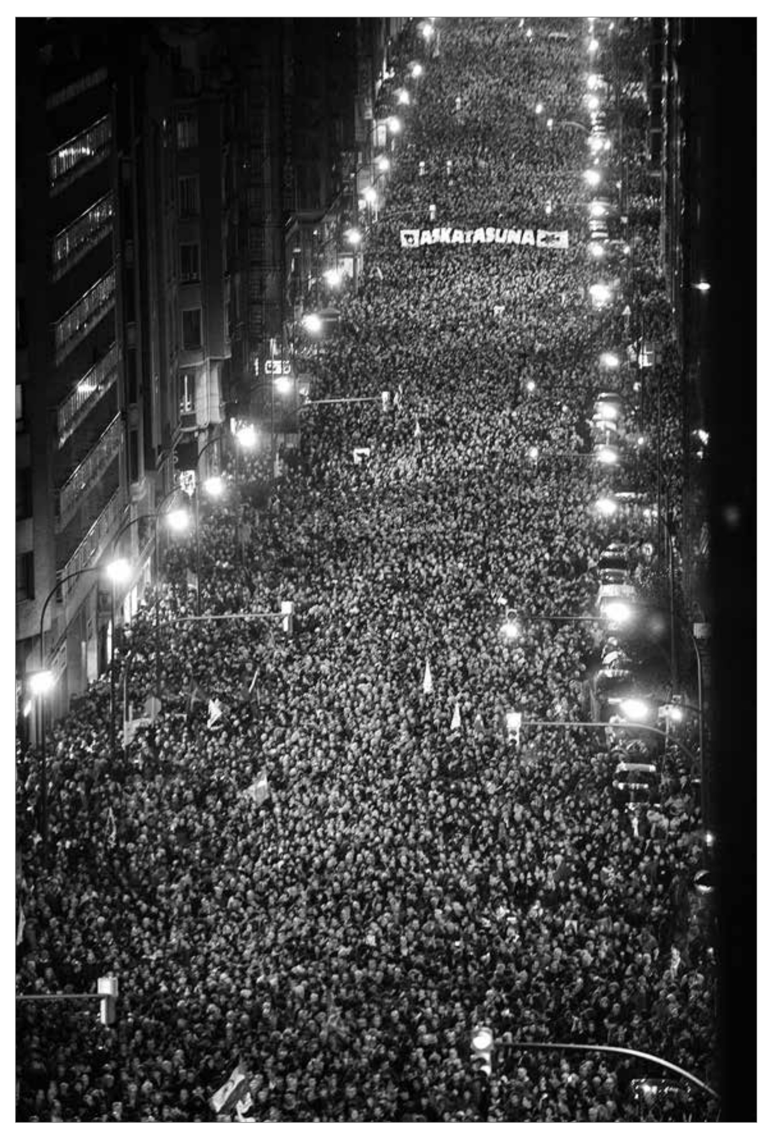
Aber Hauptdarstellerin aller dieser Kämpfe ist die »herri mugimendua« oder Volksbewegung. Sie ist eine bunte Sammlung von Organisationen, Gruppen oder Netzwerken, die grundsätzlich in einer offenen Form zusammenkommen. Es gab in den letzten Jahrzehnten viele praktische Erfahrungen, und wir konzentrieren uns auf einige, die erfolgreich gewesen sind und echte Alternativen zum bestehenden System geschaffen haben.

Demokratie und das Recht der Basken und Baskinnen zu entscheiden sind die Grundlagen der Initiative Gure Esku Dago *[bask.: Es liegt in unserer Hand]*. 150 000 gingen am vergangenen 8. Juni im Baskenland für das Recht auf Selbstbestimmung auf die Straße. Gure Esku Dago hatte diese Großaktion organisiert und war von der Resonanz überwältigt. Das ursprüngliche Ziel war gewesen, mindestens 50 000 Menschen auf die Straße zu bringen und zwischen Durango und Iruña (Pamplona) eine Menschenkette von 123 km zu bilden.

e) Standpunkt und Perspektiven

Der politische Konflikt besteht weiter und seine Ursachen sind immer noch existent. Nichts ist gelöst, aber eine neue Zeit hat begonnen und die politischen Umstände sind positiv, um eine demokratische Lösung zu entwickeln.

Die letzten fünf Jahre hat die Abertzale Linke viel erreicht: Die Legalisierung der Partei Sortu *[bask.: Aufbauen]*, die massive Unterstützung der Koalition Bildu (erste Kraft bei der Europawahl 2014), die großen Mobilisierungen für die Rechte der Gefangenen, der dauerhafte soziale Dialog für den Friedensprozess, eine sehr lebendige Bewegung für soziale Rechte und die Beteiligung bei der Selbstbestimmungsrechtsinitiative »Gure Esku Dago« zeigen, wie positiv der Strategiewechsel gewirkt hat.



Für die Rechte der Gefangenen und für eine friedliche Lösung des Konflikts marschierten im Januar 2104 in Bilbao 130 000 Menschen. Eine der größten Demonstrationen in der baskischen Geschichte. :

Trotz dieser gewaltigen positiven Kraft sind bisher alle Schritte einseitig gewesen. Nun ist die Zeit für multilaterale Schritte gekommen, um eine dauerhafte Lösung des Konflikts zu finden.

Der spanische Staat steckt in einer tiefen strukturellen Krise. Das existierende politische System versucht einige erste Änderungen umzusetzen. Der spanische König hat abgedankt und es ist öffentlich die Rede von einer »zweiten Transición« – Übergangsphase – oder Verfassungsreformen.

Die regierenden zwei Parteien werden minimale Änderungen verwirklichen. Wir Basken, aber auch Katalanen und Demokraten überall im spanischen Staat sind gerade zu einer großen politischen Aufgabe verpflichtet.

Wir müssen endlich demokratische Bedingungen erreichen, damit das Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird, den Friedensprozess bis zum Ende bringen und den Weg für Sozialismus im Baskenland freimachen. Es wird schwer, aber die politischen Umstände sind die besten seit 40 Jahren. ♦

Hintergründe der Friedensgespräche zwischen FARC-EP und Staat

Frieden und Ökologie in Kolumbien

Metin Yeğin

Die offiziellen Gespräche zwischen der FARC-EP und der kolumbianischen Regierung hatten bereits begonnen. Wir waren auf Kuba in Havanna an einem Ort, der für unser Treffen ausgesucht worden war. Kommandant Ricardo Téllez sprach zu uns. In der Weltpresse ist er als Sprecher der FARC-EP bekannt. »Wir sind in eine andere Etappe des Dialogs getreten. Nach geheimen und prüfenden Treffen haben wir uns nun als Ergebnis all dessen an einen Tisch gesetzt. Wir und die kolumbianische Regierung hatten die Vereinbarung erreicht, die Gespräche ohne Unterbrechung fortzusetzen, um den sozialen Problemen Kolumbiens ein Ende zu bereiten. (...) Wir wollen, dass diese Diskussionen von allen Organisationen in Kolumbien geteilt werden. Wir wollen, dass die Schüler, Dorfbewohner, Indigenen, Studierenden, Vermittler, Journalisten, Intellektuellen und Künstler dies teilen«, sagte er und definierte den ersten Gegenstand der Diskussion als »neoliberalen Zustand«.

Der »neoliberale Zustand«, den Ricardo Téllez zu Beginn der Verhandlungen erwähnte, ist das Problem ganz Lateinamerikas, und wie wir wissen, das der ganzen Welt. Doch muss man auch erwähnen, dass der Neoliberalismus, bevor er überhaupt erst so benannt wurde, auf der Welt zuerst in Chile mit dem militärisch-faschistischen Diktator Pinochet begonnen hatte. Aus diesem Grund sind die Auswirkungen des in Lateinamerika früh beginnenden Neoliberalismus mit seinen verheerenden Folgen viel stärker. Obendrein ist in Kolumbien, weil es als Land nahezu vollständig den USA ausgeliefert wurde, die Kluft in der Einkommensverteilung am größten und es gehört zu den Ländern mit der größten Ungleichheit bei der Landverteilung. Während 57 % der Bevölkerung auf weniger als 3 % des Landes zu leben versuchen, besitzen die reichsten 3 % über 70 % der Anbauflächen. Während das reichste Prozent der Bevölkerung 45 % des Vermögens besitzt, ist die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in den Händen von nur 37 Grundbesitzern.

In Kolumbien ist – auch historisch gesehen – der Widerstand der Bevölkerung gegen diese Ungerechtigkeiten sehr radikal. »Radikalität« ist nicht nur gleichbedeutend mit bewaffnetem Widerstand. Gegen die Ausbreitung der von den USA angeführten imperialistisch-kapitalistischen Verhältnisse ab den 1930ern entstanden radikal-kommunistische autonome Kommunen, die mit den lokalen traditionellen Strukturen zusammengewachsen sind. In der Zeit bis 1950 bauten die Organisationen der kleinen Grundbesitzer, der Dorfbewohner und Landarbeiter gegen die vom Staat unterstützten Repressionen und Gewaltakte eine starke Verteidigung auf. Diese »Selbstverteidigung« der autonom-kommunalen Gemeinden beruhte auf Bauernorganisationen, die kollektive, kommunale Landwirtschaft betrieben. Diese versuchten mit der Stärkung ihrer Organisierung und der Ausbreitung in andere Regionen, autonom-kommunale Gebiete gegen die Repression und Gewalt zu schaffen. Unter der Kontrolle dieser »Selbstverteidigungsgruppen« standen, insbesondere zu Anfang der 1960er, viele Gebiete in Süd- und Zentralkolumbien. Im Jahr 1964 gab es beispielsweise mehr als 16 autonome Gemeinden. Die Gemeinden waren friedlich, doch für die Latifundisten (Großgrundbesitzer) stellten sie immer eine direkte Gefahr dar. Gleichzeitig bargen sie eine Gefahr für die kapitalistischen Verhältnisse, die eine schnelle Ausbreitung im Land anstrebten, und insbesondere für die USA. Die beiden eigentlich auf den Tod zerstrittenen Parteien im Land, die Konservativen und die Liberalen, kamen vor allem aufgrund der finanziellen Unterstützung der Vereinigten Staaten zusammen und griffen die wichtigste der autonomen Gemeinden, die Gemeinde Marquetalia, an. Der beginnende Widerstand gegen diesen Angriff am 27. Mai 1964 gilt als Gründungstag der FARC-EP. Der Krieg beruht somit von Anfang an auf dem Widerspruch zwischen der Kommune und den neuen kapitalistischen Verhältnissen.

Der Neoliberalismus ist, ironisch und paradox, einer der Gründe für die Bereitschaft der kolumbianischen und der US-amerikanischen Regierung zum »Frieden«. Die neoliberale Ökonomie, deren eine Hauptachse die schnelle Plünderung der Natur darstellt, gelüstet es nach den Gebieten, die unter Kontrolle bzw. dem Einfluss der Guerilla stehen.

Die sehr wichtigen Erdöl-, Erdgas-, Silber- und reichen Mineralreserven, die auf den von der FARC-EP- und der ELN-Guerilla kontrollierten Gebieten zu finden sind, machen den transnationalen Monopolen den Mund wässrig. Außerdem ist hier auch die Hauptquelle der weltweiten pharmazeutischen Industrie, ein Teil des Regenwaldes, zu finden. Gleichzeitig ist der Amazonas die Quelle des Wassers, das in naher Zukunft wohl der weltweit wertvollste Rohstoff sein wird; dazu die geplanten großen hydroelektrischen Staudämme und Kraftwerke. So sitzt die Guerilla heute in der einen Hinsicht im großen Profitgebiet des Kapitalismus, in der anderen Hinsicht im Herzstück der Ökologie für die Menschheit.

Die »Landreform«, die historisch gesehen eines der Hauptthemen des Aufstandes war, bildete den ersten wesentlichen Gegenstand der Friedensverhandlungen in Kolumbien und wurde unter dem Haupttitel »eine ganzheitliche Agrarentwicklungspolitik«, unter Ausklammerung einiger Punkte, akzeptiert und unterschrieben. Diese Vereinbarung war für die FARC-EP ein Anfang in Richtung einer radikalen Transformation für Gleichheit und Demokratie in der Realität des Landlebens und in der Landwirtschaft. Neben der Landreform sind gegen die neoliberale Agrarpolitik und die Hegemonie von Unternehmen der Aufbau und die Unterstützung von Kooperativen für die Verteilung der Produkte von Kleinproduzenten und das Ankommen dieser Produkte auf dem Markt vorgesehen. Dem durch die große Armut in der Region entstandenen Hunger wurde der Kampf angesagt.

Die neoliberale Ökonomie, deren eine Hauptachse die schnelle Plünderung der Natur darstellt, gelüstet es nach den Gebieten, die unter Kontrolle bzw. dem Einfluss der Guerilla stehen.

Die FARC-EP hat diese Garantien erhalten, aber ihr wichtigstes Anliegen ist trotzdem bestehen geblieben. Denn paradoxerweise ist einer der Gründe, warum man sich auf diesen Punkt der Landreform geeinigt hat, die Forderung des neoliberalen Kapitals nach »Frieden«. Denn die Unternehmen der Latifundisten bzw. der Großgrundbesitzer, die aufgrund der Existenz der Guerilla nicht in der Lage waren, sich frei zu bewegen, sind nun in die Landwirtschaft mit einbezogen und für die transnationalen Monopole, die in Kolumbien sowie in Brasilien, Argentinien und Paraguay ihre genmanipulierte Landwirtschaft betreiben, stellen diese Gebiete Neuland dar. Dies wird also die Grenzen, wie zum Beispiel des Biotech-Unternehmens Monsanto, über die drei oben erwähnten Staaten erweitern. Wieder baut sich eine ökologisch paradoxe Situation auf. Der auf der einen Seite von den Verwüstungen des Krieges befreite Boden kann nun unter den noch stärkeren Einfluss von GVO-Soja, GVO-Mais und GVO-Raps gelangen. Gleichzeitig werden die für die Erzeugung von Biokraftstoffen neu produzierten Eukalyptuswälder den ganz natürlichen Reichtum in noch größere Gefahr bringen.

Hier muss man auch den »Drogenhandel«, über den bis jetzt noch keine Vereinbarung getroffen wurde, aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Auf der einen Seite erwecken die transnationalen Monopole den Anschein, als beunruhige sie das Kapital des »Drogenhandels«. Im Grunde wünscht sich an keinem Ort der Welt das eine Kapital, mit einem anderen konkurrieren zu müssen. Das gilt umso mehr, wenn das konkurrierende Kapital so unberechenbar und undurchsichtig fließt, wie es beim Drogenverkehr der Fall ist. Das »legale« Kapital tut sich also seit jeher schwer mit dem »illegalen« Kapital aus dem internationalen Drogenverkehr. Dennoch sind seine Einwände gegen den starken Drang dieses illegalen Kapitals, sich zu legalisieren und mit dieser Legalisierung insbesondere das Bankensystem zu füttern, nur Augenwischerei. Auf der einen Seite unterstützt das transnationale Kapital den Krieg gegen den »Drogenhandel«, auf der anderen Seite schnappt es nach einem wichtigen Anteil davon. Allein die Existenz von *[dem Schwarzgeld in den]* Bankfilialen in sogenannten Steueroasen ist dafür Beweis genug.

Als wir den Kommandanten der FARC-EP Olmedo Ruiz nach dem Drogenhandel fragten, antwortete er: »Bei diesem Thema wollen die Herrschenden die Menschen wieder mit Täuschungen auf ihre Seite ziehen. Wir haben wiederholt erklärt, dass wir mit Drogenhandel nichts zu tun haben. Wir haben gesagt, dass die Dorfbewohner dies für ihren eigenen Bedarf anbauen.[1] Denn der Staat zwingt sie dazu, er bietet ihnen keine Alternative zum Anbau an. Außerdem ist das nicht nur eine politische Angelegenheit, sondern eine soziale sowie ein Ergebnis dieses Systems. Wenn das System diesen Menschen einen Weg zum Anbau eines alternativen Produktes weisen würde, mit dem sie ihr Leben bestreiten könnten, dann könnte sich dies ändern. Und im Grunde sind es nicht die Dorfbewohner, sondern die Autoritäten und das System, die einen Nutzen daraus ziehen. Das System akzeptiert diesen Handel mit Drogen. Wissen Sie denn nicht, dass die Soldaten die Drogen transportieren? Wer trägt sie in andere Länder? Wir sagen, dass der Staat dies tut. Sie werden sehen, dass all diejenigen, die den Drogenhandel erlauben, innerhalb des Staates zu finden sind. Aus diesem Grund ist in der eigenen Strafverfolgung des Staates zu sehen, dass

1 Die Dorfbewohner bauen Coca an. Coca wird als natürlicher Tee gebraucht, es ist keine Pflanze, die eine Droge darstellt. In Lateinamerika gibt es ein Sprichwort: »Aus Coca kann man zwei schlechte Dinge machen, Coca-Cola und Kokain. Und beides machen nicht wir, sondern die USA.«

die politischen Parteien der Bourgeoisie, die Streitkräfte, die Armee, ihre Polizei, die Polizeichefs und Bürokraten in den Drogenhandel involviert sind. Auch die Staatsspitzen sind mit eingeschlossen.«

Eine Einigung in diesem Punkt und eine erfolgreiche Anwendung des Programms ist höchstens gleichbedeutend mit einer Verlagerung des Anbaus nach Peru, Bolivien und Ecuador, oder tiefer in den Amazonas hinein – wie es die letzten Jahre ohnehin geschehen ist. Deshalb ist es ein anderes Thema, wie man die seit hunderten Jahren bestehende Gewohnheit, Coca-Blätter ständig wie Tee zu nutzen, in einer Umwandlungsphase beseitigen will. Hier muss noch einmal daran erinnert werden, dass das Coca-Blatt keine Droge ist. Ein Umwandlungsplan, in dem »die Guerilla mit eingeschlossen ist«, kann vielleicht die einzige Chance sein, aber es steht außer Frage, dass es sich um kein einfaches Thema handelt. Solange die Nachfrage nach Kokain innerhalb der Bourgeoisie der USA und anderswo besteht und solange die extreme Ungleichheit, vor allem in den Vororten und Ghettos der Städte, bleibt, so lange wird sich der Drogenhandel auch nicht aus der Welt schaffen lassen. Wenn wir es ironisch ausdrücken wollen, wird sich an der Situation grundlegend nichts ändern, wenn der Macht symbolisierende Hummer-Jeep nicht verschwindet.

Es ist schwieriger, den Frieden zu organisieren als den Krieg. Der *[ehemalige]* Guerillakommandant und Unterzeichner des Friedensabkommens in El Salvador, Roberto Cañas *[López]*, erklärte dazu: »Stellt Euch vor, früher habt Ihr Basketball gespielt und später müsst Ihr auf einmal Fußball spielen.« Die Tatsache, dass der Guerillawiderstand und der darauffolgende politische Widerstand so unterschiedlich sind, macht deutlich, dass die Friedensverhandlungen, selbst wenn sie zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, lediglich einen Anfang darstellen. Denn wenn man der zerstörerischen Wirkung der neoliberalen Politik keine alternative und revolutionäre Wirtschaftspolitik entgegensetzt, wird das Land größere Verluste erleiden als zu Kriegszeiten. Dieser Zustand hat sich auf frappante Art und Weise in Guatemala gezeigt. Wir sprachen mit dem Parlamentarier der URNG-Guerillabewegung, Miguel Ángel Sandovalile, der sagte: »Vor einer halben Stunde kam ein Genosse. Er sprach von der Bodenkommission und der Notwendigkeit eines Rechts für die landlosen Bauern. Eigentlich war dies in der Friedensvereinbarung enthalten. Es gibt also 13 Jahre nach dem Friedensschluss überhaupt keine Veränderung bei der Landverteilung.«

Darüber hinaus ist auch die Rückkehrmöglichkeit für die Menschen, die von ihrem Land vertrieben wurden, ein Problem für sich. Die Zahl der Rückkehrer liegt in El Salvador und Guatemala fast bei null. Einer der wichtigsten Gründe dafür liegt bei den verschiedenen Arten der Repression durch die Großgrundbesitzer, die die Rückkehr zu verhindern suchen. Aber gleichzeitig ist vielleicht auch das Fehlen eines ökonomischen Programms, das den Bauern ermöglicht, ihr Leben dort wieder fortzuführen, der Grund. Im Artikel zur »Agrarreform«, der von der FARC-EP und der Regierung unterzeichnet wurde, sind insbesondere die umfassenden Maßnahmen zur Organisierung der Verteilung der Produkte von Kleinbauern und das Vorhaben der Organisierung von Kooperativen Ergebnisse der bedeutenden Anstrengungen der FARC-EP, die sich der oben genannten Problematik bewusst ist. Trotz dieser Tatsache gibt es eigentlich noch einen anderen Ist-Zustand, der meiner Meinung nach noch maßgebender ist als die eben genannten zwei Gründe. Das ist der »soziale Wandel«. Auf der ganzen Welt kehrt nur ein Bruchteil der Menschen aus den Städten in die Dörfer zurück, aus welchen Gründen auch immer sie migriert sein mögen. Insbesondere für Jugendliche ist es trotz städtischer Slums und Armut schwer, sich von der Stadt zu lösen. Selbst bei der »Bewegung der Landlosen« (MST) in Brasilien, die dies ganz erfolgreich meisterte, nennt die häufigste Beschwerde der Familien die Neigung der Jugendlichen, in die Städte zu gehen. Man darf dabei die kapitalistische Hegemonie der Stadt nicht aus den Augen verlieren. Auch wenn es Menschen gibt, die zurück aufs Land wollen, so ist die Tendenz, die ländliche Existenz zu verkaufen, und das sehr oft für sehr wenig Geld, und in Richtung Stadt zu ziehen, doch sehr bedrückend. Dies impliziert den Verkauf des Landes an Agrarunternehmen und ein Andauern der sozialen und ökologischen Zerstörung. Nur ein radikales Programm, eine ganzheitliche Alternative wie eine »Dorfkommune«, könnte vielleicht für eine Verwirklichung der Rückkehr in die Dörfer sorgen.

Der Frieden erfordert eine gute Organisierung. Dazu äußerte der FARC-Kommandant Iván Márquez während der Verhandlungen: »Ein schlechter Frieden ist schlimmer als Krieg.«

Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden! ♦

Metin Yeğin ist Autor, Filmemacher, Journalist, Arbeiter, Rechtsanwalt und Wanderer. Er studierte Filmwissenschaften an der Cambridge University. Beim Militärputsch 1980 in der Türkei wurde er verhaftet. In seinen Kolumnen für die Zeitungen Radikal, Özgür Gündem, Yeni Özgür Politika und andere internationale Zeitungen schreibt er über die Auswirkungen des Neoliberalismus in Lateinamerika und der Türkei sowie den Widerstand dagegen.

Demonstration »Halim Dener: gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.« im Gedenken an den kurdischen Jugendlichen am 21.06.14 in Hannover

Solidarität muss Praxis werden ...

Thomas Marburger (Kampagne Halim Dener)

20 Jahre nach dem Tod Halim Deners haben etwa 1500 Menschen mit einer Gedenkdemonstration in Hannover an den damals 16-jährigen kurdischen Jugendlichen und seine Geschichte erinnert. Damit hat die Kampagne Halim Dener ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Sie hatte mit der Unterstützung von 53 Organisationen aus verschiedensten linken Spektren zu der Demonstration am 21.06.14 aufgerufen.

Die Kampagne hat damit ihr Ziel erreicht, keinen reinen Trauermarsch zu veranstalten, sondern vor allem die Aktualität der Konflikte, welche zum Tod Halim Deners geführt hatten, aufzuzeigen. Der andauernden Krieg in Kurdistan, das undemokratische PKK-Verbot, die unmenschliche Lage nach Europa flüchtender Menschen sowie die andauernde Polizeigewalt gegen Migrant*innen wurden anhand der Geschichte Halim Deners als thematische Inhalte der Kampagne verknüpft. Halim Dener selbst war 1994 vor dem Krieg in Kurdistan nach Europa geflohen, um Asyl in der BRD zu suchen, wo er beim Plakatieren des Symbols einer PKK-nahen Organisation von einem Polizisten erschossen wurde.

Gerade diese Verknüpfung verschiedener Aspekte führte zu einer Unterstützung des Demonstrationsaufrufs unter anderem durch kurdische Organisationen, antifaschistische und antirassistische Gruppen vor allem der autonomen Bewegung, Vereinigungen der deutschen und türkischen Linken sowie Flüchtlingsselbstorganisationen. So wurde das zweite Ziel der Kampagne, Gruppen aus verschiedenen linken Spektren zusammenzubringen, ebenfalls erreicht.

Im Vorfeld der Demonstration fanden 17 Informations- und Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Städten zu den



Inhalten der Kampagne statt, in Mainz sogar eine Demonstration zur Mobilisierung mit 150 Teilnehmer*innen.

Die Kampagne war von vornherein offen und transparent mit ihren Forderungen sowie ihrem Konzept für die Demonstration aufgetreten. Sie wollte ein angemessenes Gedenken an Halim Dener und ihren Protest gegen den Tod und dessen Ursachen auf die Straße tragen und sich dabei nicht von der Polizei gängeln lassen. Dabei war ihr durchaus bewusst, dass sich die Demonstration im Spannungsfeld der Gegensätze von der Legitimität der kurdischen Freiheitsbewegung und dem Zeigen ihrer Symbole auf der einen und dem PKK-Verbot mit seinen repressiven Konsequenzen auf der anderen Seite bewegen würde.



Fotos: Z. Ekinci, A. Alvensleben u. A. Bender

Die Polizei war in Hannover mit einem total überzogenen Aufgebot an Personal, Material und Maßnahmen aufgetreten: Mindestens fünf Wasserwerfer und zwei Räumpanzer belagerten mit zahlreichen Beamt*innen und einer Reiter*innenstaffel die Innenstadt. Bei massiven Vorkontrollen waren etwa 120 Demonstrationsteilnehmer*innen in einem Polizeikessel festgesetzt und einzeln durchsucht worden. Offenbar trieb die Suche nach verbotenen Symbolen die Ordnungshüter*innen an.

Die Demonstration hat sich von diesem Vorgehen nicht provozieren lassen. Stattdessen zog die bunt zusammengesetzte und laut Parolen skandierende Demonstration über ihre geplante Route vom Klagesmarkt am türkischen Konsulat vorbei zu einer Zwischenkundgebung am Steintor, dem Ort, an dem Halim Dener in der Nacht vom 30.06.94 erschossen wurde. Die zahlreichen Redebeiträge spiegelten die vielfältige Zusammensetzung der Demonstration wider; so wurden u. a. Beiträge gehalten von: der Kampagne TATORT Kurdistan, der Roten Hilfe, der Interventionistischen Linken Hannover, der Yeni Demokratik Genclik, einem Flüchtlingsaktivisten des Camps am Weißekreuzplatz in Hannover, der Gruppe Lampedusa in Hamburg, der Antifa Burg.

Bei der Zwischenkundgebung am Steintor wurden zahlreiche Fahnen der PKK und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) geschwenkt. Die Kampagne Halim Dener hatte immer erklärt, dass sie das Zeigen der Symbole des kurdischen Befreiungskampfes für legitim hält, dabei aber an dem Ziel festhält, die Demonstration geschlossen zu beenden. Die Demonstrant*innen holten nach einer Schweigeminute im Gedenken an alle von der Polizei Ermordeten und im Kampf um Freiheit Getöteten die Fahnen ein, woraufhin sich der Demonstrationszug ohne weitere Vorkommnisse bis zum Klagesmarkt fortsetzte und auflöste.

Der Verlauf ohne Auseinandersetzungen hielt die Polizei allerdings nicht davon ab, im Anschluss an die Demonstration mehrere Personalienfeststellungen wegen angeblichen Verstoßens gegen das Vereinsgesetz und das Versammlungsgesetz durchzuführen, was von der Kampagne scharf kritisiert wird. Dass die Demonstration von so vielen Menschen geschlossen durchgeführt wurde, die ihre Haltung zum PKK-Verbot und dem Mord an Halim Dener ausdrückten, sieht die Kampagne hingegen als großen Erfolg an.

Am 30.06.14, dem eigentlichen Jahrestag der Tötung, wird eine kleine Aktion zum Gedenken an Halim Dener in Hannover die Kampagne abrunden. Ob sich die Stadt Hannover in Zukunft zu diesem Teil ihrer Geschichte verhalten wird, indem sie z. B. eine Straße nach Halim Dener benennt, ist noch ungewiss. Doch jetzt schon ist die Kampagne Halim Dener ein Erfolg, wenn sie als weiterer Schritt zur notwendigen praktischen Solidarität linker und fortschrittlicher Kräfte verschiedenster Hintergründe verstanden wird. ♦

Blog der Kampagne: http://halimdener.blogsport.eu/
Kontakt zur Kampagne: halim.dener@riseup.net

Im Krieg den Frieden vorbereiten

Spendenaufruf von CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. für das Frauenzentrum SARA zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Qamişlo, Rojava (Nordsyrien)

Seit Anfang 2011 herrscht in Syrien Krieg. Die kurdischen Gebiete im Norden Syriens (Rojava) waren anfangs wenig von den kriegerischen Auseinandersetzungen betroffen und wurden zum Zufluchtsort vieler Menschen, die als verfolgte Minderheiten aus den Kampfgebieten flüchten mussten. Im Juli 2012 gelang es der Bevölkerung in Rojava, die marode syrische Zentralregierung aus den kurdischen Gebieten zu vertreiben. Seit Sommer 2013 jedoch müssen sie sich zunehmend gegen die brutalen Angriffe islamistischer Söldnergruppen wehren, die die Bevölkerung ganzer Dörfer regelrecht abschlachten.

Der kurdischen Bevölkerung ist es gelungen, eine demokratische Selbstverwaltung aufzubauen und das Leben im Krieg zu organisieren. In allen Gremien dieser noch vor kurzem konservativen, patriarchalen Gesellschaft sind Frauen mit einer Quote von 40 % vertreten, bei den bewaffneten Volksverteidigungskräften kämpfen 35 % Frauen, davon ein Großteil in den neu gegründeten autonomen Frauenverbänden. Die Befreiung der Frau bildet einen wesentlichen Grundsatz im Neuaufbau der Gesellschaft, was sie und den gesellschaftlichen Neuaufbau zum Angriffsziel der fundamentalistischen islamistischen Gruppen werden lässt. Darüber hinaus geraten insbesondere Frauen im Krieg und durch erzwungene Flucht in Situationen, in der sie neben bitterer Armut auch sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen bis hin zu Menschenhandel ausgesetzt sind.

Mitten im Krieg lernen die Menschen in Rojava jedoch, eine alternative Gesellschaft zu gestalten und zu verteidigen, in ihr zu leben und sich mit ihr zu verändern. Frauenräte und Frauenakademien spielen dabei eine große Rolle und die Situation von Frauen konnte bereits wesentlich verbessert werden. Trotz der vielen Strukturen, die bereits aufgebaut wurden, besteht ein großer Bedarf an Einrichtungen, die Frauen bei einem selbstbestimmten Leben zu unterstützen.

Am 1.7.2013 wurde der Frauenverein SARA in Qamişlo (Rojava) gegründet zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: »Wir möchten als Frauenverein SARA während des Krieges und danach Gewalt gegen Frauen verhindern und für die individuelle Freiheit der Frauen kämpfen.« beschreibt Mona Abdulselam, eine Sprecherin des Vereins, in einem Interview das Ziel des Vereins.

SARA organisiert u. a. Kampagnen und Demonstrationen, um auf die in der Gesellschaft verwurzelten patriarchalen Gewohnheiten wie das Schlagen, Erniedrigen und Ermorden von Frauen hinzuweisen und sie zu überwinden. Es werden Seminare und Vorträge durchgeführt, in denen Frauen über ihre Rechte aufgeklärt und ermutigt werden, die erlittene Gewalt anzuzeigen. Es besteht hohe Nachfrage nach juristischer Beratung aber auch der Vermittlung von Arbeit und dem Erlernen eines Berufes.

Wir als CENÎ möchten die Arbeiten von SARA unterstützen, die sich bisher nicht ausreichend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzieren. Mit unserer und Ihrer Hilfe soll ein Zentrum entstehen mit Büro, Küche, Seminar- und Ausbildungsraum, Raum für Kinderbetreuung und der Möglichkeit, von Gewalt betroffene Frauen zu schützen und unterzubringen.

SARA wünscht sich neben der finanziellen Unterstützung auch einen Austausch mit anderen Frauengruppen, besonders in Nordkurdistan, wo eine vergleichbare Veränderung der Gesellschaftsstrukturen stattfindet. Im Frühjahr konnte eine Delegation trotz Krieg und Grenzblockade nach Amed (Diyarbakır) reisen. Auch Austausch mit anderen syrischen Frauengruppen ist geplant, sobald dies wieder möglich ist.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Kurdistan Hilfe e. V., Hamburger Sparkasse IBAN: DE40200505501049222704, BIC: HASPDEHHXXX, Stichwort: SARA

Blog: http://frauenzentrumsara.blogsport.eu/

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
ceni-kurdistan.com



Nûce
isku.org

AZADI FREIHEIT infodienst

AZADÎ infodienst
nadir.org/azadi/

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Rojava/Nordsyrien
Foto: Rojava-Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan

Rückseite:
Plakat von CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e. V.
Spendenaufruf für das Frauenzentrum SARA in Rojava

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Im Krieg den Frieden vorbereiten

STOP
NA
منظمة سارا لمناهضة العنف ضد المرأة

Logo des Frauenzentrums SARA

Spendenaufruf von CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. für das Frauenzentrum SARA zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Qamişlo, Rojava (Nordsyrien)

Spendenkonto:

Kurdistan Hilfe e. V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40200505501049222704
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: Sara

Weitere Infos: http://frauenzentrumsara.blogsport.eu/



CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Postfach 10 18 05, 40009 Düsseldorf
Tel.: +49 (0)211 598 92 -51/ Fax: -53, E-mail: ceni_frauen@gmx.de, www.ceni-kurdistan.com, face.: Ceni Frauen

ISSN 0935-5375